



**BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN**

Inhalt

1	Aktionärsbrief
5	Unternehmensprofil
6	Unsere Aktie
8	Wirtschaftliches Umfeld
11	Performance in den Geschäftssegmenten
18	Privatkunden
22	Private Vermögensanlagen
25	Firmenkundengeschäft
28	Immobilien-Finanzierungen
30	Öffentliche Hand
32	Großkunden/Ausland
34	Kapitalmarktgeschäft
37	Zinsmanagement
39	Corporate Center
40	Immobilien-Dienstleistungen
45	Fördergeschäft
45	Sponsoring in Sport und Kultur für die Region
47	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
49	Lagebericht
49	Allgemeiner Geschäftsverlauf
53	Ertragsentwicklung
58	Volumensentwicklung
63	Bankgesellschaft Berlin AG
64	Risikobericht
90	Ausblick
94	Jahresabschluss AG und Konzern
94	Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG
98	GuV der Bankgesellschaft Berlin AG
100	Konzernbilanz
104	Konzern GuV
106	Anhang
116	Erläuterungen zur Bilanz und GuV
165	Bestätigungsvermerk
167	Bericht des Aufsichtsrats
175	Organe der Bankgesellschaft Berlin AG
178	Konzernbanken und wichtige Beteiligungen des Konzerns

Konzern Bankgesellschaft Berlin im Überblick

Eigenkapital	2000	1999	1998	1997	1996
Ausgewiesenes Eigenkapital	Mio. € 2.611	Mio. € 4.366	Mio. € 4.199	Mio. € 4.280	Mio. € 4.267
Kernkapitalquote nach KWG	3,3 (5,0 ¹⁾) %	5,7%	5,5%	5,7%	6,3%
Gesamtkapitalquote nach KWG	5,1 (9,5 ¹⁾) %	10,1%	8,5%	8,1%	8,0%
Anzahl der dividendenberechtigten Aktien	218.077.870	218.077.870	218.077.870	218.077.870	218.077.870
GuV-Rechnung	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	1.642	2.048	2.007	1.887	1.890
Provisionsüberschuss	462	420	447	422	350
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	139	105	559	70	38
Personalaufwand	973	965	968	934	868
Andere Verwaltungsaufwendungen	572	583	670	562	548
Normalabschreibungen	129	136	134	136	119
Verwaltungsaufwand	1.674	1.684	1.772	1.632	1.535
Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	- 755	175	94	125	165
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	- 186	1.064	1.335	872	908
Risikovorsorge (ohne § 340f-HGB-Reserve)	1.564	368	851	379	984
Betriebsergebnis (ohne § 340f-HGB-Reserve)	- 1.750	696	484	493	- 76
Bewertung § 340f-HGB-Reserve („-“ = Auflösung)	- 366	229	- 218	151	- 258
Betriebsergebnis	- 1.384	467	702	342	182
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	- 175	- 28	- 472	- 26	- 42
Gewinn vor Steuern	- 1.559	439	230	316	140
Steuern	89	282	195	165	116
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 1.648	157	35	151	24
nachrichtlich: Risikovorsorge	1.198	597	633	530	726
Ergebnis nach DVFA/Banken je Aktie	€ - 9,52	€ 1,71	€ 0,73	€ 1,49	€ - 1,57
Dividende je Aktie ²⁾	- ²⁾	€ 0,60	-	€ 0,56	€ 0,56
Bilanz	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Bilanzsumme	204.808	193.786	188.739	181.438	166.598
Kundenkreditvolumen	103.268	101.482	101.644	98.299	90.396
davon:					
Hypothekendarlehen	34.652	35.415	33.660	32.351	30.611
Kommunaldarlehen	30.886	31.980	32.955	32.695	29.994
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62.728	62.513	65.667	62.796	63.871
Verbriefte Verbindlichkeiten	57.985	56.368	54.324	49.080	42.607
Off-balance-Sheet					
Nominalvolumen	1.009.404	860.770	851.413	706.974	328.246
Kreditäquivalent (KWG)	1.912	1.936	4.115	2.829	1.430

1) Erwartete Kapitalquoten nach Durchführung von Kapitalmaßnahmen.

2) Vorschlag an die Hauptversammlung.

Ratingübersicht

1. Moody's (Stand: 25.7.2001)	Long-term Deposit Rating	Short-term Deposit Rating	Financial Strength Rating	Öffentliche Pfandbriefe
Bankgesellschaft Berlin	A2	P-1	D-	
Landesbank Berlin	Aa3	P-1	C*	Aaa*
EMTN-Programm der Bankgesellschaft Berlin BGB Finance (Ireland) plc.	Aa3			
* under review for possible downgrade				
2. Fitch (Stand: 31.5.2001)	Long-term Rating	Short-term Rating	Individual Rating	Legal Rating
Bankgesellschaft Berlin	A+*	F1+*	E	2
Landesbank Berlin	AAA	F1+		1
EMTN-Programm der Bankgesellschaft Berlin BGB Finance (Ireland) plc.	AAA			
* on rating watch negative				
2. Standard & Poor's (Stand: 29.6.2001)				Rating für öffentliche Pfandbriefe
Berlin Hyp				AAA



Aktionärsbrief

**Sehr geehrte Aktionärin,
sehr geehrter Aktionär,**

im Geschäftsjahr 2000 stand die konsequente Weiterentwicklung des Konzerns in den Portfolios Privatkunden-, Vermögensanlage- und Firmenkundengeschäft (Retail), Kapitalmarkt- und Großkundengeschäft (Wholesale) und Gewerbliche Immobilien im Vordergrund. In diesem Zusammenhang ergaben sich für das Geschäftsfeld Gewerbliche Immobilienfinanzierung sowie für die Immobiliendienstleistungen der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) gegen Ende des Jahres die Notwendigkeit, akute und zukünftige Risiken aus Geschäftsentscheidungen früherer Jahre detailliert zu überprüfen. Daraus folgten neue Erkenntnisse über den hohen Betrag an Wertberichtigungen und Rückstellungen, deren Ausmaß den Konzern im ersten Halbjahr 2001 in eine schwierige Lage brachte.

Aus einer kritischen Betrachtung verschiedener großer Immobilienkredite Anfang 2001 ergab sich, dass die vom Konzern in den letzten Jahren vorgegebenen Methoden und Instrumente des Kredit- und Beteiligungsrisikomanagements in den großen Tochterinstituten, insbesondere im Bereich Immobilien, nicht konsequent umgesetzt wurden. Der Umfang der Überprüfung, die Aufarbeitung der wenig transparenten und vielfach nicht aktualisierten Informationen und Daten verzögerten die Aufstellung des Jahresabschlusses 2000. Die Ergebnisse der Sonderprüfungen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, Prüfungsaufträge der verschiedenen Kontrollgremien und der Vorstände sowie eine konzernweit vertiefte Jahresabschlussprüfung führten für den Konzern zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,6 Mrd. €. Die Zahlung einer Dividende muss deshalb entfallen.

Die Jahresfehlbeträge einzelner Konzernbanken haben dazu geführt, dass die aufsichtsrechtlich erforderlichen Quoten der Eigenkapitalausstattung der einzelnen Banken – wie auch des Konzerns – unterschritten wurden. Zur Sicherung der Geschäftsgrundlage des Konzerns ist daher eine Kapitalzuführung in Höhe von rund 2 Mrd. € erforderlich. Diesen Betrag hat auch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen festgestellt. Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin haben daraufhin zugesagt, dass das Land Berlin die dafür erforderlichen Mittel im Rahmen einer Kapitalerhöhung bereitstellen wird. Mit der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale und der Parion Versicherungsgruppe, die größere Beteiligungen an der Bankgesellschaft Berlin AG halten, sind Gespräche über eine Beteiligung an der vorgesehenen Kapitalerhöhung aufgenommen worden.

Der Hauptversammlung am 29. August 2001 wird eine Barkapitalerhöhung durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zum Bezugskurs von 2,56 € um rund 1,1 Mrd. € vorgeschlagen. Die Aktien werden allen Aktionären im Verhältnis 1:2 angeboten. Zusätzlich werden die Aktionäre um Zustimmung gebeten, dass der Bankgesellschaft Berlin AG bankaufsichtsrechtliches Kernkapital in Höhe von 1 Mrd. € durch Errichten einer stillen Gesellschaft zugeführt wird. Das Land Berlin hat seine Bereitschaft erklärt, allen Aktionären entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis eine mittelbare Beteiligung an der stillen Gesellschaft zu ermöglichen. Sollte die Errichtung einer stillen Gesellschaft nicht zustande kommen, werden Aufsichtsrat und Vor-

stand eine Kapitalerhöhung von etwa 2,2 Mrd. € durch Ausgabe von neuen Aktien im Verhältnis 1:4 zum Bezugskurs von 2,56 € vorschlagen.

Mit dieser Kapitalzuführung wird der Konzern zugleich in die Lage versetzt, die erforderlichen Kapitalzuführungen bei Tochtergesellschaften vorzunehmen. Die vom Kreditwesengesetz vorgeschriebenen Mindestsätze für die Eigenkapitalquoten werden nach Vollzug der Kapitalerhöhung und einer Aufnahme von Ergänzungskapital in Teilbanken des Konzerns wieder erreicht und so weit überschritten werden, dass eine zukunftsorientierte Fortführung der Geschäftstätigkeit sichergestellt ist.

Für die zukunftsorientierte Ausrichtung der Bankgesellschaft Berlin ist neben der Kapitalzuführung auch eine grundlegende Restrukturierung des Konzerns und eine Anpassung der Geschäftsvolumina an die veränderte Kapitalsituation geboten. Grundsätzlich hat der Aufsichtsrat die vom Vorstand vorgelegte Restrukturierung als eine gute Ausgangsbasis für die wertsichernde und wertsteigernde Entwicklung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin beurteilt. Die Ziele der Restrukturierung sind eine stärkere Spezialisierung und konsequente Ertragsorientierung des Konzerns. Damit einhergehend sollen die Transparenz und Kontrolle des Konzerns weiter verbessert werden. Der Schwerpunkt der Aktivitäten wird in Zukunft in einer Stärkung des Retailgeschäfts, vornehmlich in der Region Berlin/Brandenburg, liegen.

Das Retailgeschäft einschließlich der Servicestrukturen des Konzerns wird zukünftig in der Landesbank Berlin zusammengeführt sein. Das Wholesalegeschäft soll auf ertragsstarke Produkte unter besonderer Berücksichtigung der Kapitalbindung konzentriert werden. Das Gewerbliche Immobiliengeschäft wird – der besonderen Situation und dem allgemeinen Markttrend folgend – konsolidiert; das Neugeschäft wird unter konservativen Risikogesichtspunkten zurückgenommen. Die dazugehörigen Restrukturierungsmaßnahmen werden im Einzelnen noch ausgearbeitet und nach der erforderlichen Beschlussfassung im Aufsichtsrat den Aktionären vorgestellt.

Eine seit längerem beabsichtigte Herauslösung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts aus dem Bankkonzern ließ sich in der Ende des Jahres beschlossenen Konstruktion nicht umsetzen. Wir haben deshalb die nach einer Trennung von der bisherigen Gesellschaft, der IBG, entstandene neue Immobiliendienstleistungsgesellschaft, Immobilien- und Beteiligungen AG (IBAG), wieder in den Konzern zurückgenommen.

Das Immobiliendienstleistungsgeschäft des Konzerns wird in der neu gegründeten IBAG als Immobilienvermögensverwaltung ausgerichtet. Die bisherige breite Wertschöpfungskette wird deutlich reduziert, das Projektentwicklungsgeschäft wird zurückgeführt. Die Immobilienanlageprodukte werden ertrags- und performanceorientiert ausgestaltet. Wir sind zuversichtlich, auf dem bestehenden breiten Know-how diese Gesellschaft auch unter Eingehen strategischer Partnerschaften zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, so dass in einigen Jahren die unternehmerische Verselbstständigung durch Einführung an der Börse realisiert werden kann.

Risiken im Zusammenhang mit dem Altgeschäft der IBG, wie sie sich vor allem aus den Garantien für geschlossene Immobilienfonds sowie dem Immobilienvorratsvermögen ergeben haben, wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2000 durch die Erhöhung von Rückstellungen um 1,0 Mrd. € Rechnung getragen. Die IBG

hat die Aufgabe, diese Risiken zukünftig durch konsequentes Substanz- und Mietmanagement der Fondsimmobilien zu kontrollieren und gegebenenfalls Auflösungspotenziale zu realisieren.

Verschiedene Kreditrisiken sowie die Kreditbearbeitungsprozesse im Konzern und das Fondsgeschäft insgesamt wie auch einzelne Fonds waren im zurückliegenden Geschäftszeitraum Gegenstand mehrerer Prüfungen durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen sowie eigener Untersuchungen. Im Ergebnis sind im Bereich der Gewerblichen Immobilienfinanzierungen Wertberichtigungen für Kreditrisiken in Höhe von 1,1 Mrd. € gebildet worden, wobei in der Landesbank Berlin – Girozentrale – und in der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) die höchsten Wertberichtigungen anfielen. Die Wertberichtigungen für Kreditrisiken beliefen sich insgesamt im Konzern auf 1,5 Mrd. €.

Im Zuge der Prüfungen ergaben sich Erkenntnisse über das Zustandekommen der Risiken und die Zuordnung der Verantwortlichkeiten. Besonders am Fall der Gesellschaft Aubis – ein Kreditnehmer der Berlin Hyp – wurden Mängel in der Kreditentscheidung und in der Kreditbearbeitung sichtbar und durch Gutachten des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen bestätigt. Drei Vorstandsmitglieder der Berlin Hyp sind daraufhin ausgeschieden und vom Aufsichtsrat fristlos gekündigt worden.

Im Zusammenhang mit einer Prüfung des Geschäfts mit geschlossenen Immobilienfonds der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Bankgesellschaft Berlin mbH sind Freistellungserklärungen für Gesellschafter von Objekt-KGs bekannt geworden, die einen Verstoß gegen Vorschriften des Kreditwesengesetz darstellten. Sie waren in den Jahren 1995 bis 1997 von Vorstandsmitgliedern der Landesbank Berlin (LBB) erteilt worden. Die Aufdeckung führte zum Ausscheiden und zur fristlosen Kündigung von zwei Vorstandsmitgliedern der LBB.

Diese Vorkommnisse, deren Aufklärung und bilanzielle sowie juristische Verarbeitung sich über das gesamte erste Halbjahr 2001 hingezogen haben, überlagerte das operative Geschäft des Konzerns im Geschäftsjahr 2000. Das operative Ergebnis vor Risiko belief sich ohne die zusätzlichen Rückstellungen für Fondsriskiken im Berichtsjahr auf 537 Mio. €. Dieses Ergebnis wurde erstmalig seit Jahren im Wesentlichen ohne erhebliche Erträge aus der Fristentransformation erwirtschaftet. Dies konnte durch eine stärkere Ausrichtung des Konzerns auf die Kerngeschäftsfelder sowie ein stringentes Kostenmanagement erreicht werden. Damit steht der Konzern auf einer gefestigten operativen Basis. Dies ist eine erfolgreiche und dankenswerte Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das laufende Jahr 2001 ist gekennzeichnet durch vielfältige Prüfungen im gesamten Konzern, durch die Aufdeckung erheblicher Schwachstellen auch in der Risikostruktur und in der Umsetzung im Risikomanagement in den Teilbanken. Darüber hinaus litten die Geschäftsaktivitäten zunehmend unter der nicht nur kritischen, sondern auch vielfach unsachlichen negativen Berichterstattung über den Konzern. Im ersten Halbjahr 2001 wurden vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der erkannten Schwachstellen eingeleitet sowie die Basis für ein Restrukturierungskonzept erarbeitet. Dies wird sowohl die Ertrags- wie die Kostenseite erheblich belasten, zumal das konjunkturelle wie auch das Kapitalmarktumfeld wenig zusätzliches Ertragspotenzial eröffnen.

Der Vorstand ist zuversichtlich, dass die vorgeschlagene Kapitalerhöhung, die im Einzelnen von den EU-Behörden genehmigt werden muss, und die konsequente Umsetzung des Sanierungskurses, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunftsentwicklung des Konzerns darstellt. Er ist sich aber auch bewusst, dass dies ein schwieriger Weg ist, der erst mittelfristig zu einer soliden, angemessenen Ertragskraft führen wird. Für das Geschäftsjahr 2001 darf deshalb nicht mit einer Dividende gerechnet werden.

Sehr geehrte Aktionäre und Geschäftsfreunde, unser klares Ziel ist es, eine zukunftsfähige und ertragsstarke Bank in Berlin auf Dauer zu schaffen. Die gesunde Basis unseres Geschäfts, gute Produkte und die Verbundenheit mit dem regionalen Markt sowie eine Vielzahl hervorragend ausgebildeter und engagierter Mitarbeiter ermöglichen es, dieses Ziel zu realisieren.

Für die Unterstützung und den Rückhalt, den die Bank auch in dieser schweren Lage erhalten hat, möchten wir uns bedanken.

Im Juli 2001



Dr. Wolfgang Rupf



Dr. Johannes Evers



Dr. Thomas Kurze



Hans Leukers



Norbert Pawlowski



Hubert Piel



Dr. Lothar Wackerbeck



Unternehmensprofil

Der Bank- und Finanzkonzern
in der Hauptstadt

Wir sind ein börsennotierter Bank- und Finanzkonzern mit regionalem Schwerpunkt in der deutschen Hauptstadt, entstanden Anfang 1994 aus der Zusammenführung mehrerer ehemals im Besitz des Landes Berlin befindlicher Kreditinstitute. Das Land Berlin ist heute größter Einzelaktionär der Bankgesellschaft Berlin. Mit dem zweitgrößten Einzelaktionär, der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale, kooperieren wir im Rahmen einer strategischen Allianz.

Mit unseren verschiedenen Marken – Bankgesellschaft Berlin, Berliner Sparkasse, Landesbank Berlin, Weberbank, Berliner Bank, Berlin Hyp und ALLBANK – sind wir in den Marktsegmenten des Retailgeschäft, des Wholesalebanking und der gewerblichen Immobilienfinanzierung tätig.

Wir sind im Retailgeschäft eine führende Geschäftsbank für private Kunden und Firmenkunden in der Hauptstadt und Umgebung. Wir bieten unsere Leistungen unter verschiedenen Marken und Vertriebsformen von der Filiale bis zum Internet an. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dem anspruchsvollen Vermögensanlagegeschäft sowie Unternehmensgründungen in der Region, die Wachstumschancen nutzen und die Ertragsquellen der Zukunft darstellen.

Wir sind im Wholesalebanking ein namhafter europäischer Anbieter von anspruchsvollen Bankprodukten. Hierzu zählen die Einheiten Kapitalmarktgeschäft und Großkunden/Ausland. Im Kapitalmarkt sind wir einer der großen Marktteilnehmer in ausgewählten Bereichen und nutzen diese Positionen sowohl für kurzfristige Handelsstrategien wie auch für langfristig ausgelegte Portfolios von Zinsanlagen und Aktien. Im Geschäftsfeld Großkunden/Ausland stellen wir uns mit komplexen Finanzprodukten auf die Bedürfnisse der in- und ausländischen Kunden ein.

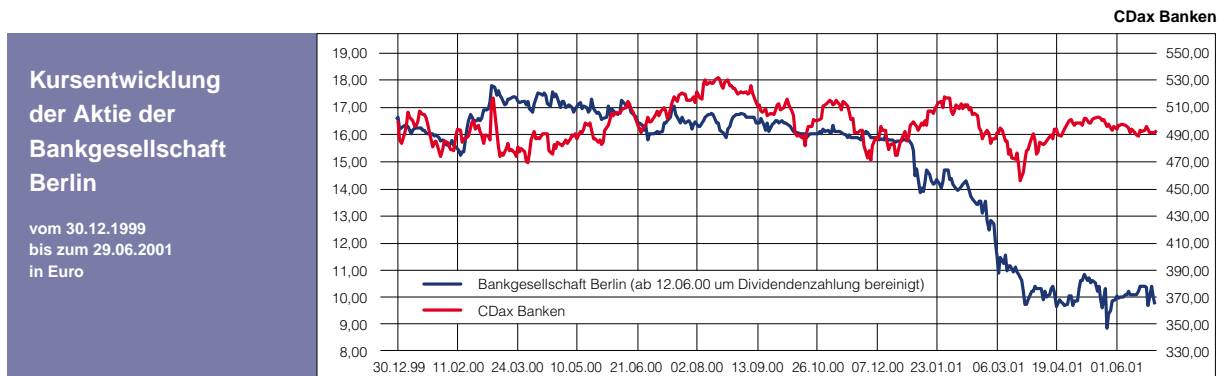
Wir sind bei gewerblichen Immobilien eine führende Finanzgruppe in Berlin/Brandenburg. Die rückläufige Marktentwicklung im Kernmarkt und neue ablauforganisatorische Anforderungen machen eine Neuorientierung des Konzerns in diesem Portfolio erforderlich. Die Immobiliendienstleistungsaktivitäten (IBG/IBAG) werden separat davon weiterentwickelt und für strategische Partner geöffnet.

Unsere Aktie

Kursentwicklung im Jahr 2000

Die Kursnotierung der Bankgesellschaftsaktie war eingebettet in eine recht volatile Gesamtmarktentwicklung. Die erste Jahreshälfte war geprägt von einer Kursrallye mit neuen Höchstständen bei den Indizes, angeführt von den Technologiewerten. Insbesondere Bankaktien profitierten von anhaltenden Fusions- und Übernahmephantasien. Im zweiten Halbjahr platzte die Spekulationsblase in der „New Economy“ und negative Nachrichten wie Zinserhöhungen, Gewinnwarnungen oder Rezessionsängste in den USA standen im Vordergrund. Die angestrebte Konsolidierung im heimischen Bankensektor ließ sich im Laufe des Jahres nicht verwirklichen, wobei die Problematik einer erhöhten Risikovorsorge neue Aktualität gewann.

Im Spannungsfeld der geschilderten Unsicherheiten erwies sich der Kursverlauf unserer Aktie im Jahr 2000 durchgängig als recht stabil. Die einzelnen Etappen der Kursbewegung sind in dem Schaubild gut ablesbar und dokumentieren im Ergebnis eine moderate Kursentwicklung mit relativ geringen Schwankungen. In den Monaten Oktober bis Dezember 2000 bewegte sich die Aktie in einem besonders engen Kursband von 15,10 € bis 15,90 € und beendete mit einer Schlussnotiz an der Frankfurter Börse von 15,24 € das Börsenjahr 2000.



Kursentwicklung in den ersten sechs Monaten 2001

In den ersten Monaten des Jahres 2001 hat sich die Kursentwicklung der Bankgesellschaftsaktie deutlich von der Performance des Branchenindex CDax, welcher sich zwischenzeitlich aufgrund von wiederkehrenden Fusionsphantasien im Bankensektor erholt hatte, abgekoppelt. Seit Jahresanfang verzeichnete unsere Aktie einen Kursrückgang in Höhe von 39%, bezogen auf einen Kurs von 9,35 € an der Frankfurter Börse am 29. Juni 2001.

Die Hauptursachen für die schlechte Kursentwicklung sind im Aktionärsbrief bereits angesprochen worden. Nach Veröffentlichung der Eckwerte aus den Sonderprüfungen und Abgabe der Garantie- und Patronatserklärung des Landes Berlin für den Konzern Bankgesellschaft Berlin hatte sich der Kurs knapp unter 10 € stabilisiert.

Belegschaftsaktien
zur Förderung der
Mitarbeiteridentifikation

Wie bereits in den vergangenen Jahren konnten sich die Mitarbeiter über den Bezug von Belegschaftsaktien am Kapital der Bankgesellschaft beteiligen. Die bisher guten Zeichnungsergebnisse wurden mit einer Steigerung von über 8%, bezogen auf die teilnehmenden Mitarbeiter, nochmals übertroffen.

Weitere Verbesserung der
Informationstransparenz

Die im Geschäftsbericht 1999 ausgeweitete Darstellung der Ergebniskomponenten setzen wir mit einem noch ausführlicheren Risikobericht und der Anwendung der aktuellen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) fort. Mit der entsprechenden Transparenz der relevanten Informationen und der ausführlichen Kommentierung der Ergebnisse im Lagebericht schlagen wir die Brücke von der momentanen HGB-Rechnungslegung zu den International Accounting Standards.

Professionelle
Kapitalmarktkommunikation

Über unsere Investor Relations standen wir als Unternehmen mit unseren Aktionären und institutionellen Anlegern in einem permanenten Dialog. Den hier vorliegenden Geschäftsbericht betrachten wir als ein Kernstück unserer Investor-Relations-Arbeit, ergänzt um aussagefähige Quartalsberichte. Die zahlreichen Gespräche mit Privatanlegern, Bankanalysten und institutionellen Anlegern rundeten unsere Investor-Relations-Aktivitäten ab.

Auch im Jahr 2001 haben wir das Ziel, das Anlagemedium Aktie und das Interesse an Aktienanlagen weiter zu fördern, insbesondere in unserer Kernregion, dem geographischen Schwerpunkt unserer privaten Aktionäre und Kunden.



Wirtschaftliches Umfeld

Weltkonjunktur

Mit 4,7% hat nach Angaben der OECD die Weltproduktion im Durchschnitt des Jahres 2000 gegenüber dem Vorjahr so stark zugenommen wie zuletzt Ende der 80er Jahre. Im Zuge der kräftigen Expansion der Weltwirtschaft hat sich auch das Welthandelsvolumen nochmals kräftig ausgeweitet. Der Welthandel ist im letzten Jahr mit knapp 15% mehr als doppelt so schnell gewachsen wie 1999.

Gleichzeitig hat die weltweite konjunkturelle Dynamik in der zweiten Jahreshälfte aber bereits wieder deutlich nachgelassen, da die 1999 eingeleitete Verschärfung der Geldpolitik in den USA und in Euroland und der zeitweilige Ölpreisanstieg von 10 US-Dollar pro Barrel Ende 1998 auf über 30 US-Dollar pro Barrel seit dem Frühjahr 2000 eine dämpfende Wirkung entfalteten. Besonders deutlich zeigen sich die Bremsspuren in den USA.

In Europa gestaltete sich die konjunkturelle Situation hingegen noch verhältnismäßig günstig. Die wirtschaftliche Belebung, die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1999 begann, hat sich im Jahr 2000 fortgesetzt und gefestigt, wobei sich zuletzt allerdings die Wachstumsdynamik etwas verlangsamt hat. Im Quartalsvergleich legte das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Halbjahr nur noch um jeweils gut 0,6% zu, nach jeweils knapp 1% in der ersten Jahreshälfte. Für das Gesamtjahr ergibt sich gleichwohl eine markante Beschleunigung des Wirtschaftswachstums von 2,5% auf 3,4%.

Wie in Euroland hat sich die wirtschaftliche Belebung auch in Deutschland im Jahr 2000 fortgesetzt. Wachstumsmotor war dabei vor allem der kräftige Anstieg der Auslandsnachfrage, wobei Deutschland von den verbesserten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im europäischen Vergleich sogar überproportional profitieren konnte.

Konjunkturelle Entwicklung Berlin/Brandenburg

Die Region Berlin/Brandenburg ist auch im vergangenen Jahr auf dem Weg zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur und Verbesserung der Lebensverhältnisse weiter vorangekommen. Während das Berliner Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 mit 0,9% deutlich über dem Vorjahreswert (-0,1%) lag, konnte das Brandenburger Ergebnis (+0,3%) nicht an das Niveau des Jahres 1999 (+2,0%) anknüpfen und bildete das Schlusslicht unter den Bundesländern. Im Jahr 2000 präsentierte sich die Region in den meisten Wirtschaftsbereichen mit realen Zuwachsraten. Lichtblicke sind vor allem in den

Bereichen Industrie, Export, Unternehmensgründungen, Tourismus sowie in den innovativen Wachstumsfeldern der Informations- und Kommunikationsbranche auszumachen.

Der Aufwärtstrend in der Berliner Wirtschaft wurde besonders vom Hauptstadt-Tourismus gestützt, von dem wiederum der Einzelhandel und insbesondere das Gastgewerbe profitierten. Gleichzeitig gingen lebhaftere Dienstleistungs- und Industrieumsätze mit einem deutlichen Exportplus einher. Dagegen waren im Baugewerbe weitere Rückgänge zu verzeichnen, und auch die Unternehmensinsolvenzen stagnierten auf hohem Niveau, so dass auf dem Arbeitsmarkt weiterhin keine durchgreifende Besserung festzustellen war.

Die Brandenburger Wirtschaft, die Ende 1999 wieder Anschluss an die gesamtdeutsche Wachstumsdynamik gefunden hatte, fiel im vergangenen Jahr deutlich zurück. Lediglich die Industrie, der Export und der Tourismus, die allerdings zweistellige Wachstumsraten aufwiesen, stützten noch die Konjunktur. Dagegen ist die Talfahrt sowohl im Baugewerbe als auch im Einzelhandel noch nicht beendet. Der Arbeitsmarkt in Brandenburg hat sich zwar im Verlauf des letzten Jahres erholt, ohne jedoch für eine deutliche Verringerung der hohen Arbeitslosenzahl sorgen zu können.

Die hervorragende regionale Ausbildungs-, Forschungs- und Wissenschaftslandschaft bildet eine fruchtbare Basis für die Entwicklung wachstumsstarker Zukunftsbranchen. Besondere Chancen für die Gesamtregion liegen in den Bereichen Produktions- und Mikrosystemtechnik, Biotechnologie, Medizin- und Verkehrstechnik sowie Medienwirtschaft, Information und Kommunikation. Hoffnungsträger der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsregion Berlin/Brandenburg ist und bleibt die mittelständische Wirtschaft, was sich im dynamischen Gründungsgeschehen niederschlägt: So lag im vergangenen Jahr der positive Saldo der Unternehmensgründungen in der Region deutlich höher als im Vorjahr. Dabei nahm das Gewicht der Dienstleistungen in der Region weiterhin stark zu und leistete erneut einen bedeutenden Beitrag zum Strukturwandel und damit zur wirtschaftlichen Erholung in der Region. Vor allem Unternehmensberater, Markt- und Meinungsforscher sowie Unternehmen der Werbebranche profitierten von den Vorteilen der Hauptstadt.

Alles in allem ist die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region Berlin/Brandenburg weiter aufwärts gerichtet. Für das laufende Jahr ist mit einem Wirtschaftswachstum von insgesamt etwa 1% zu rechnen.

Konjunkturelle Entwicklung Berlin

Die Berliner Wirtschaft hat sich im vergangenen Jahr deutlich erholt und profitiert mittlerweile kräftig von der Vollendung des Regierungsumzugs und der damit verbundenen neuen Zuversicht in der Hauptstadt. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 um real 0,9% und erhöhte sich erstmals seit Mitte der neunziger Jahre wieder.

Ausschlaggebend für das positive Ergebnis im vergangenen Jahr waren vor allem das Wachstum der Unternehmensdienstleistungen und der expandierende Tourismus. Der Einzelhandel hatte zuletzt unter der gedämpften privaten Konsumneigung zu leiden und legte nur geringfügig zu.

Im Verarbeitenden Gewerbe kam der Leistungsabbau der vergangenen Jahre zum Stillstand. In der Bauwirtschaft ist allerdings nach wie vor ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, Einbußen zeigten sich dabei in allen Bereichen des Baugewerbes.

Für das laufende Jahr ist wieder mit einem Wirtschaftswachstum zu rechnen, und der Wachstumsabstand zum Durchschnitt aller Bundesländer wird sich weiter verringern. Im nächsten Jahr dürfte die regionale Entwicklung dann allmählich mit dem Bundestrend gleichziehen.



Performance in den Geschäftssegmenten

Im vergangenen Jahr konnte die Geschäftstätigkeit des Konzerns Bankgesellschaft Berlin auf den im Rahmen der geschäftlichen Fokussierungsstrategie in 1999 geschaffenen konzerneinheitlichen Strategischen Geschäftsfeldern (SGFs) aufbauen. Diese sich kundengruppenorientiert definierenden Geschäftsfelder sind Privatkunden, Private Vermögensanlagen, Firmenkunden, Immobilien, Öffentliche Hand, Großkunden/Ausland und Kapitalmarktgeschäft.

Die einheitliche Führung im Rahmen der Strategischen Geschäftsfelder erfolgt durch den Konzernvorstand. Jedes Mitglied des Konzernvorstands ist teilinstitutsübergreifend für Geschäftsfelder oder Stabs- und Servicebereiche zuständig. Die Leitungen der Geschäftsfelder haben die Ergebnisverantwortung in den ihnen zugeordneten Konzernunternehmen und Marken. Die erfolgsorientierte Steuerung der Strategischen Geschäftsfelder leitet sich aus den grundlegenden Messgrößen für den Erfolg des Konzerns, Betriebsergebnis nach Risiko bzw. Gewinn vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio ab. Eine Basis für die Steuerung der Geschäftsfelder und der ihnen zugeordneten Struktureinheiten als Profit-Center bildet die Allokation von Eigenkapital. Hierbei handelt es sich um ein intern betriebswirtschaftlich definiertes ökonomisches Kapital, welches wir unter Berücksichtigung zweier Komponenten ermitteln. Zum einen bilden die dem Segment zugeordneten Risikopositionen gem. Grundsatz I zu § 10 KWG die Bezugsgröße der Kapitalbindung zur Absicherung der Markt- und Adressausfallrisiken. Um darüber hinaus der Eigenkapitalunterlegung der operationalen Risiken Rechnung zu tragen, fließt als zweiter Faktor ein Prozentsatz des Verwaltungsaufwands in die Berechnung ein. Die Überleitung auf das bilanzielle Eigenkapital erfolgt in der Segmentergebnisrechnung unter „Konsolidierung/Überleitung“.

Die Steuerungskennziffer „Rentabilität des allokierten Kapitals“ setzt den Gewinn vor Steuern des jeweiligen Geschäftsfelds in Relation zum ökonomischen Kapital. Die folgende Übersicht der Segmentergebnisrechnung folgt in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung von Kreditinstituten. Eine sekundäre Segmentierung nach Regionen erfolgt nicht. Zur vollständigen Abbildung der bankgeschäftlichen Tätigkeit werden die operativen Geschäftsfelder um die Segmente Zinsmanagement (entspricht im Vorjahr „AP/Treasury“ ohne inhaltliche Änderung) und Corporate Center ergänzt. Darüber hinaus bilden im Rahmen der Überleitung auf das Konzernergebnis das Immobiliendienstleistungsgeschäft der IBG sowie das Fördergeschäft der IBB separate Segmente der Ergebnisrechnung 2000.

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern IST/IST

in Mio. €		Privat- kunden	Private Vermögens- anlagen ¹⁾	Firmen- kunden ²⁾	Immobilien- Finanzie- rungen	Öffentliche Hand	Großkunden/ Ausland
Zinsüberschuss	2000	474	259	224	374	18	135
	1999	487	251	268	449	32	95
Provisionsüberschuss	2000	179	132	44	33	1	16
	1999	170	105	51	29	1	18
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2000		10	- 1			1
	1999			- 4			1
Saldo sonst. Erträge/Aufwendungen	2000	11	2		4	1	1
	1999	34	1		- 1		2
Summe Erträge	2000	664	403	267	411	20	153
	1999	691	357	315	477	33	116
Personalaufwand	2000	237	79	86	58	5	24
	1999	227	63	72	54	4	21
Anderer Verwaltungsaufwand	2000	366	142	82	46	5	51
	1999	409	120	110	39	6	31
Normalabschreibungen	2000	3	8		2		1
	1999	4	1		3		1
Verwaltungsaufwand	2000	606	229	168	106	10	76
	1999	640	184	182	96	10	53
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2000	58	174	99	305	10	77
	1999	51	173	133	381	23	63
Risikovorsorge	2000	38	79	199	1.011	4	42
	1999	30	35	116	280	- 1	13
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	2000	20	95	- 100	- 706	6	35
	1999	21	138	17	101	24	50
Außerordentliches Ergebnis	2000	- 13	4	3	- 269	- 1	- 7
	1999	3		- 1	- 17		- 30
Gewinn vor Steuern	2000	7	99	- 97	- 975	5	28
	1999	24	138	16	84	24	20
Segmentvermögen	2000	7.235	6.651	8.165	55.594	11.555	11.015
	1999	6.888	5.118	9.214	53.966	5.128	7.845
Segmentverbindlichkeiten	2000	12.463	9.599	3.363	46.354	1.119	2.162
	1999	13.310	8.798	3.956	45.303	1.091	1.239
Risikopositionen	2000	4.755	4.977	7.154	22.649	1.434	10.993
	1999	4.751	4.319	7.083	20.547	1.293	7.003
Allokiertes Kapital	2000	916	553	633	1.578	103	790
	1999	949	465	643	1.431	94	508
Zahl der Mitarbeiter (Ø MAK)	2000	4.330	1.923	1.357	724	68	320
	1999	4.618	1.203	1.005	657	59	398
Rentabilität des allokierten Kapitals (bezogen auf den Gewinn vor Steuern)	2000	0,8%	17,9%	- 15,3%	- 61,8%	4,9%	3,5%
	1999	2,5%	29,7%	2,5%	5,9%	25,0%	3,9%
Cost-income-ratio	2000	91,3%	56,8%	62,9%	25,8%	50,0%	49,7%
	1999	92,7%	51,5%	57,8%	20,1%	30,4%	45,3%

1) Zunahme der Mitarbeiterkapazitäten (MAK) wegen Erstkonsolidierung der Zivnostenska banka (724 MAK)

2) Zunahme der Mitarbeiterkapazitäten wegen Verschiebung von Corporate Centern (Work out/Kreditfabrik) zum Segment Firmenkunden (320 MAK)

3) Erstkonsolidierung der BG-SYS (130 MAK)

4) IBG: Die Sachaufwendungen und die Normalabschreibungen werden im Saldo sonst. Ertr./Aufw. ausgewiesen, zusätzlich enthalten:
Außerordentliche Aufwendungen einzelner Konzernbanken im Zusammenhang mit der IBG

Kapitalmarktgeschäft	Summe kundenorientierte SGFs	Zinsmanagement	Corporate Center ³⁾	Summe bankgesch. Tätigkeit	Immobilien-Dienstleistungen ⁴⁾	Fördergeschäft	Konsolidierung	Konzern
231	1.715	- 62		1.653	1	157	- 169	1.642
219	1.801	297		2.098	- 2	175	- 223	2.048
32	437	- 10		427		35		462
12	386	- 7		379		41		420
133	143	2		145			- 6	139
131	128			128			- 23	105
11	30		598	628	16	2	- 1.401	- 755
8	44		507	551	124	2	- 502	175
407	2.325	- 70	598	2.853	17	194	- 1.576	1.488
370	2.359	290	507	3.156	122	218	- 748	2.748
77	566		269	835	86	54	- 2	973
86	527		316	843	75	53	- 6	965
91	783		305	1.088		31	- 547	572
121	836		215	1.051		40	- 508	583
	14		104	118		10	1	129
	9		112	121		13	2	136
168	1.363		678	2.041	86	95	- 548	1.674
207	1.372		643	2.015	75	106	- 512	1.684
239	962	- 70	- 80	812	- 69	99	- 1.028	- 186
163	987	290	- 136	1.141	47	112	- 236	1.064
46	1.419	- 249		1.170		25	3	1.198
- 4	469	41		510		86	1	597
193	- 457	179	- 80	- 358	- 69	74	- 1.031	- 1.384
167	518	249	- 136	631	47	26	- 237	467
1	- 282	- 404		- 686	- 902	- 1	1.414	- 175
- 1	- 46	31		- 15			- 13	- 28
194	- 739	- 225	- 80	- 1.044	- 971	73	383	- 1.559
166	472	280	- 136	616	47	26	- 250	439
125.554	225.769	15.618		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
129.139	217.298	5.923	276	223.497	3.061	20.358	- 53.130	193.786
153.692	228.752	12.635		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
137.872	211.569	11.652	276	223.497	3.061	20.358	- 53.130	193.786
29.145	81.107	6.243		87.350		3.957		91.307
20.323	65.319	10.135		75.454		4.047		79.501
2.062	6.635	406	130	7.171	86	353	- 4.999	2.611
1.527	5.617	659	131	6.408	75	369	- 2.209	4.642
549	9.271		3.975	13.246	1.608	758		15.612
535	8.475		4.442	12.917	1.445	739		15.101
9,4%	- 11,1%			- 14,6%		20,7%		- 59,7%
10,9%	8,4%			9,6%		7,0%		9,5%
41,3%	58,6%			71,5%	505,9%	49,0%		112,5%
55,9%	58,1%			63,8%	61,7%	48,7%		61,3%

Das Konzernergebnis ist durch einen hohen Risikovorsorgeaufwand im gewerblichen Immobiliengeschäft geprägt. Ursächlich dafür waren Schwächen in der konsequenten Umsetzung des Kredit- und Beteiligungsrisikomanagements, Mängel in der Engagementsbearbeitung, eine marktnähere Bewertung der Kreditsicherheiten und eine heterogene Datenbasis im Konzern. Nähere Erläuterungen hierzu erfolgen im Risikobericht. Die Ergebnisse der Geschäftssegmente sind davon in unterschiedlichem Ausmaß betroffen.

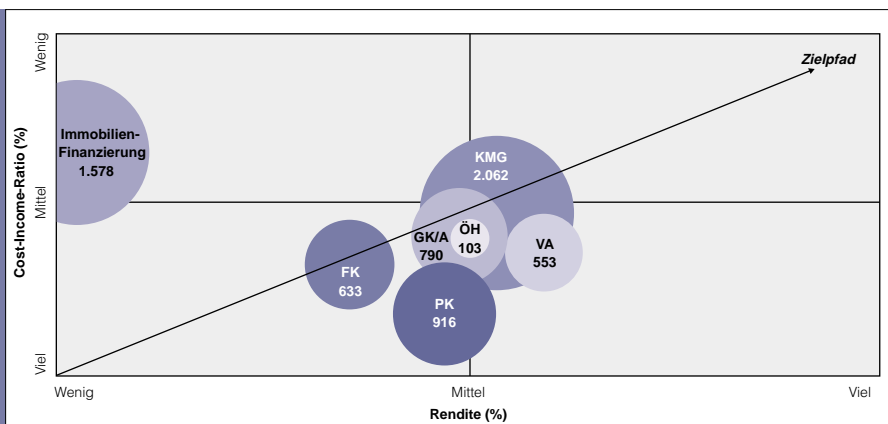
Die kundenorientierten Geschäftsfelder des Konzerns haben in der Summe in 2000 einen negativen Beitrag zum Konzernergebnis geleistet. Wie die Segmenttabelle „Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern“ zeigt, wird im Gewinn vor Steuern nach 472 Mio. € in 1999 nun ein Verlust von 739 Mio. € in 2000 ausgewiesen. Dieser Ergebnisswing wird ausschließlich durch die um 950 Mio. € höhere Risikovorsorge verursacht, davon 731 Mio. € im Segment Immobilienfinanzierungen, in dem zusätzlich im außerordentlichen Ergebnis von –269 Mio. € Rückstellungen für Risiken im Zusammenhang mit der Finanzierung von Vorratsgrundstücken der IBG enthalten sind.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge der kundenorientierten Segmente blieb mit 962 Mio. € nahezu konstant. Belastungen im Zinsüberschuss (–86 Mio. €) durch Margenrückgänge und Bestandsabschmelzungen bei hochmargigen Produkten konnten durch den steigenden Provisionsüberschuss (51 Mio. €) insbesondere im Wertpapiergeschäft, das weiter verbesserte Handelsergebnis und den leicht sinkenden Verwaltungsaufwand weitgehend ausgeglichen werden.

Die folgende Portfoliomatrix für das Jahr 2000 zeigt das durch die Geschäftssegmente gebundene ökonomische Kapital, die daraus erwirtschaftete Rendite und die erreichte Cost-Income-Ratio. Keines der Geschäftsfelder konnte seine Rendite gegenüber 1999 verbessern. Die Cost-Income-Ratio zeigt Verbesserungen nur für das Kapitalmarkt- und Privatkundengeschäft. Eine deutliche Ausweitung des gebundenen ökonomischen Kapitals erfolgt in den Geschäftsfeldern Kapitalmarktgeschäft und Großkunden/Ausland, was sich dort in steigenden Erträgen niederschlägt. Mit Ausnahme des Geschäftsfelds Großkunden/Ausland verschlechtert sich die relative Portfoliosition im Vergleich zum Jahr 1999.

Portfoliomatrix

für das Jahr 2000



Die höchsten absoluten Ergebnisbeiträge erzielen die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft (194 Mio. €) und Private Vermögensanlagen (99 Mio. €); die Geschäftsfelder Privatkunden (7 Mio. €) und Öffentliche Hand (5 Mio. €) liegen unter den Vorjahresergebnissen. Firmenkunden (-97 Mio. €) und Immobilienfinanzierungen (-975 Mio. €) wiesen im Vorjahr wegen der geringeren Risikovorsorge positive Ergebnisse aus.

Das Geschäftsfeld Privatkunden erzielt die höchsten Erträge aller Geschäftsfelder, es bindet aber im Verwaltungsaufwand auch die meisten Ressourcen. Die Cost-Income-Ratio ist daher im Vergleich der Segmente mit 91,5% die schwächste, konnte jedoch leicht verbessert werden. Zusätzlichen Belastungen aufgrund des Aufbaus neuer Vertriebsstrukturen konnte durch ein konsequentes Kostenmanagement entgegengewirkt werden. Ergebnisbelastend wirken eine gegenüber dem Vorjahr erhöhte Risikovorsorge sowie außerordentliche Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen in der ALLBANK.

Im Geschäftsfeld Private Vermögensanlagen sind im Jahr 2000 erstmals Ergebnisse der Zivnostenska banka wirksam. Unter Eliminierung dieses Effekts ist ein starker Anstieg im Provisionsergebnis zu verzeichnen. Der höhere Verwaltungsaufwand und die Zunahme der Mitarbeiterkapazitäten sind hauptsächlich in der Erstkonsolidierung der Zivnostenska banka begründet. Eine erhöhte Risikovorsorge – überwiegend auch in diesem Geschäftsfeld für Immobilienfinanzierungen – führt zu einem Ergebnisrückgang von 39 Mio. €. Die Einbeziehung des neuen Instituts und die erhöhte Risikovorsorge belasten die Cost-Income-Ratio und die nach wie vor im Segmentvergleich höchste Eigenkapitalrendite.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden musste Ertragsrückgänge durch Margenreduzierungen und Volumensrückgänge im Zusammenhang mit dem nun abgeschlossenen Rückzug aus dem überregionalen Geschäft hinnehmen. Die Zunahme des Personalaufwands und der Mitarbeiterkapazitäten ist bedingt durch die im Jahr 2000 erfolgten Zuordnungen zentraler Bereiche wie Kredit- und Risikobetreuung zum Geschäftsfeld, die zuvor über interne Leistungsverrechnungen im anderen Verwaltungsaufwand enthalten waren. Der gesamte Verwaltungsaufwand ist durch Ergebnisse des Kostenmanagements und der Fokussierungsstrategie gegenüber 1999 rückläufig. Die deutlich erhöhten Aufwendungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft – auch hier überwiegend im immobiliennahen Geschäft – führte zu einem negativen Gewinn vor Steuern.

Das Geschäftsfeld Immobilien benötigt im Geschäftsjahr 2000 eine Risikovorsorge von 1.011 Mio. €. Die Risikovorsorge Kredite ist darin mit 1.106 Mio. € enthalten. Kompensierend wirkt die Auflösung von § 340f-HGB-Reserven in Höhe von 82 Mio. € und ein positives Bewertungsergebnis Wertpapiere in Höhe von 13 Mio. € (beides in der Berlin Hyp). Somit entfällt auf dieses Geschäftsfeld eine Risikovorsorge, die der Höhe nach rund 71% der Risikovorsorge aller Geschäftsfelder ausmacht – ein entscheidender Belastungsfaktor für das Gesamtergebnis sowohl des Geschäftsfelds als auch des Konzerns. Das Zinsergebnis reduziert sich ebenfalls (–75 Mio. €) deutlich, was zum Teil in Margenrückgängen, überwiegend jedoch durch den Rückgang der Fristentransformationsbeiträge der hier vollständig enthaltenen Berlin Hyp verursacht wird. Zusätzlich sind im außerordentlichen Ergebnis von –269 Mio. € Rückstellungen für Risiken im Zusammenhang mit der Finanzierung von Vorratsgrundstücken der IBG in Höhe von 249 Mio. € enthalten.

Das Ergebnis des Geschäftsfelds Öffentliche Hand ist nur eingeschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar, da aufgrund von veränderten Betreuungszuständigkeiten im Jahr 2000 Kunden aus anderen Geschäftsfeldern dem Geschäftsfeld Öffentliche Hand zugeordnet worden sind.

Das Geschäftsfeld Großkunden/Ausland konnte seine Erträge gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern. Dieser Anstieg resultiert wesentlich aus dem Geschäft der strukturierten Finanzierungen. Der gezeigte Kostenanstieg resultiert aus der erstmaligen Verrechnung von Leistungen des Ressorts Kapitalmarktgeschäft zugunsten des Kundengeschäfts. Trotz des vorgenommenen Personalabbaus wird ein steigender Personalaufwand gezeigt. Dieser ist durch den erstmaligen Ausweis der für das gesamte Kapitalmarktgeschäft und das Großkunden-/Auslandsgeschäft tätigen Krediteinheit im zuletzt genannten Geschäftsfeld bedingt.

Das Kapitalmarktgeschäft konnte in allen Ertragsgrößen die Vorjahresergebnisse verbessern. Ergebnissteigernd wirkt außerdem der gesunkene Verwaltungsaufwand. Trotz einer erhöhten Risikovorsorge, die aus Wertberichtigungsbedarf bei Wertpapieren resultiert, verzeichnet das Geschäftsfeldergebnis insgesamt einen deutlichen Anstieg. Das trotz dieser Ergebnisverbesserung die Rentabilität gegenüber dem Vorjahr leicht sinkt, hat seine Ursache in der stärkeren Kapitalbindung der Geschäfte.



Privatkunden

Das Geschäftsfeld Privatkunden ist im Konzern Bankgesellschaft Berlin zuständig für das breite filialgesteuerte Privatkundengeschäft. Kredite und Einlagen, Anlagen und Versicherungen, Bausparen sowie Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr inklusive Kreditkarten gehören zum Angebotsspektrum des Geschäftsfelds. Im Jahr 2000 hat die Bankgesellschaft Berlin ihre marktführende Position im Privatkundengeschäft in Berlin gehalten und qualitativ ausgebaut. Die Maßnahmen zur integrierten Steuerung der unter verschiedenen Marken betriebenen Geschäftsaktivitäten über eine einheitliche Produktionsplattform wurden weiter fortgesetzt. Bei der Entwicklung von neuen digitalen Vertriebswegen gab es deutliche Fortschritte.

Kredite im Privatkundengeschäft

	31.12.2000	31.12.1999
	Mio. €	Mio. €
Kontokorrentkredite	596	605
Geldmarktnahe Kredite	154	150
Immobilienkredite	2.306	2.410
Konsumentenkredite	1.388	1.338
Andere Kredite	503	450
Summe	4.947	4.953

Einlagen aus dem Privatkundengeschäft

	31.12.2000	31.12.1999
	Mio. €	Mio. €
Sichteinlagen	3.385	3.378
Tagesgelder	0	11
Termineinlagen	339	431
Spareinlagen	6.671	7.081
Sparbriefe und Ähnliches	184	235
Summe	10.579	11.136

Filialgeschäft im Großraum Berlin

Das filialbasierte Privatkundengeschäft wird im Großraum Berlin von den Marken Berliner Bank, Berliner Sparkasse und ALLBANK betrieben. Die Filiale, ergänzt durch moderne Direktvertriebswege, ist die Basis unserer Vertriebsstrategie. Wir werden deshalb unser Filialnetz auch weiterhin laufend den veränderten Kunden- und Marktanforderungen anpassen. Dabei werden insbesondere moderne Filialkonzepte zunehmende Bedeutung gewinnen, die die Kundeninformation und den Kundendialog in den Mittelpunkt stellen.

Die bedarfsgerechte Beratung unserer Kunden bildet den Kern unserer Aktivitäten im Filialgeschäft. Mit ausführlichen Grundsatzgesprächen, die strukturiert die verschiedenen Aspekte der Finanz- und Vermögensplanung durchleuchten und Handlungsempfehlungen geben, wird die Basis für eine dauerhafte Kundenbeziehung gelegt. Dazu haben wir unsere Kundenberater weiter von administrativen Aufgaben entlastet und neue beratungsunterstützende EDV-Systeme eingeführt. Durch verlängerte Öffnungszeiten an ausgewählten Standorten in Berlin haben wir das zeitliche Angebot der Beratung erweitert. Mit neuen Ausbildungsprogrammen erhalten die Mitarbeiter unmittelbar vor Ort Unterstützung durch erfahrene Trainer, um die Qualität unserer Beratung stetig zu verbessern.

Innovative Vertriebswege

Im Rahmen der Multikanal-Strategie der Berliner Bank und der Berliner Sparkasse haben wir die Weiterentwicklung von Internetbanking und Telefonbanking im Jahr 2000 deutlich vorangetrieben. Unsere Kunden nutzen verstärkt die Möglichkeiten der neuen Medien: So stieg die Zahl der Internetbanking-Nutzer im Jahr 2000 von 130.000 auf 195.000, unser Call Center wird heute von 370.000 Kunden (Vorjahr 320.000) in Anspruch genommen.

Die Internetpräsenz der Teilbanken Berliner Sparkasse und Berliner Bank wurde im Berichtszeitraum um neue Funktionalitäten für die Kunden erweitert. Seit Herbst 2000 ist die Berliner Bank mit einem vollständig neu gestalteten Internetauftritt am Markt aktiv. Zusätzlich bieten wir unseren Kunden im Bereich Brokerage eine neue Finanzsoftware an. Stark steigende Zugriffszahlen rechtfertigen wachsende Investitionen in diesen neuen Vertriebskanal. So wird im laufenden Jahr auch das Depotkonto via Internet verfügbar sein.

Unsere bisher in den verschiedenen Häusern getrennt geführten Call Center haben wir im Jahr 2000 zu einer schlagkräftigen Einheit zusammengelegt. Zukünftig wird das Call Center den Filialvertrieb verstärkt durch Vertriebsaktivitäten und Terminvereinbarungen sowie telefonische Geschäftsabwicklungen und Kundeninformationen unterstützen.

ALLBANK

Die ALLBANK wurde im Jahr 2000 strategisch neu ausgerichtet. Randaktivitäten wurden aufgegeben und das Geschäft auf zwei Kernbereiche konzentriert: das Filialgeschäft an ausgewählten ertragsstarken Standorten im Bundesgebiet sowie das Finanzierungsgeschäft am Point of Sale. Das Filialgeschäft konzentriert sich zukünftig auf die Zielgruppe der wertkonservativen Kunden, die mit speziellen Vertriebsangeboten betreut werden. Das Filialnetz haben wir von 103 Standorten zu Beginn des Jahres 2000 auf 84 Standorte gestrafft. Das Finanzierungsgeschäft am Point of Sale wird weiter ausgebaut und um neue Vertriebswege ergänzt, insbesondere um die Konsumentenkreditfinanzierung im Internet. Die ALLBANK ist auf den großen Internet-Autobörsen vertreten und gehört dort bereits heute zu den führenden Finanzierern. Unsere Kompetenz in der Point-of-Sale-Finanzierung werden wir dazu nutzen, das Warenfinanzierungsgeschäft als neues Geschäftsfeld aufzubauen.

Kreditkartengeschäft

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin ist mit 1,2 Mio. herausgegebenen Kreditkarten der größte Kreditkartenemittent in Deutschland. Im Jahr 2000 haben wir die Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern im Co-Branding- und im Firmenkartengeschäft (insbesondere mit dem ADAC) weiter ausgebaut. Mit der Firma webmiles, dem führenden Bonusprogramm-Anbieter im Internet, haben wir ein neues Co-Branding-Programm gestartet. Zusätzlich wurde das WAP-Kreditkartenbanking eingeführt, bei dem unsere Kunden per Mobilfunk Kontostand und Umsätze abfragen können.

Privatkundengeschäft im Ausland

Im Jahr 2000 hat der Konzern Bankgesellschaft Berlin die geplante Ausweitung des Privatkundengeschäfts auf die osteuropäischen Länder vorangetrieben. In Polen haben wir uns an einem innovativen Direktbankvorhaben unter der Marke „Inteligo“ beteiligt, das in Polen Finanzdienstleistungen über Internet und Telefon anbietet. Diese werden über unsere Tochtergesellschaft Bankgesellschaft Berlin (Polska) S. A. verbreitet.

LBS

Das veränderte Bewusstsein in der Bevölkerung, insbesondere für die Altersvorsorge regelmäßige Sparbeiträge vermehrt in Investmentanlagen zu investieren, beeinflusste die Bausparbranche im Berichtsjahr negativ. Durch rund 18.900 Neuverträge wurde eine Neubauparvertragssumme von 314 Mio. € erzielt. Der Bestand über alle Kundensegmente belief sich Ende 2000 auf 134.000 Verträge, die eine Bausparvertragssumme von 2,7 Mrd. € repräsentieren.

Die Fusion der Landesbausparkassen von Niedersachsen und Berlin ist im Jahr 2000 abgeschlossen und von den Landesparlamenten verabschiedet worden. Das neue Institut firmiert seit dem 1. Januar 2001 unter LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover und ist die viertgrößte deutsche Landesbausparkasse.

Perspektive

Im Jahr 2001 wird das Geschäftsfeld Privatkunden seine Aktivitäten zur Optimierung der Kostenstruktur sowie zur Intensivierung der Kundenberatung fortsetzen.

Die Internetpräsenzen der Teilbanken des Konzerns werden um weitere Funktionalitäten für die Kunden ergänzt. Dies betrifft zum Beispiel die Einführung einer Webfiliale, die den Kunden einen personalisierten Zugriff auf unser Internetangebot ermöglichen wird. In Kooperation mit BerlinOnline werden wir das führende Berliner Stadtportal im Internet zu einer leistungsfähigen regionalen E-Commerce-, Informations- und Serviceplattform ausbauen.

Verstärkte Aufmerksamkeit werden wir auch dem Thema „EURO-Bargeldeinführung“ widmen, das nicht nur ein erhebliches zusätzliches Engagement unserer Mitarbeiter fordert, sondern auch zu einer weiteren Kostenbelastung führen wird.



Private Vermögensanlagen

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Geschäftsfelds Private Vermögensanlagen steht die Beratung vermögender Privatkunden, mit dem Ziel, die der Bank anvertrauten Vermögen nachhaltig auszubauen und private Immobilienfinanzierungen individuell bereitzustellen.

Die Marktposition des Geschäftsfelds ist in Berlin/Brandenburg besonders ausgeprägt. In dieser Region betreuen wir derzeit über 216.000 Kunden in 215 Standorten der Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse, Berliner Bank und Weberbank. Im übrigen Bundesgebiet ist der Konzern im Private Banking mit der Marke Bankgesellschaft Berlin an sechs Standorten präsent. Für das Geschäft mit vermögenden Privatkunden im Ausland zeichnen die Bankgesellschaft International S.A. in Luxemburg und die Zivnostenska banka a.s. in Prag verantwortlich.

Private Vermögensanlagen – Kredite

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Tages- und Termingelder	332	256
Kontokorrentkredite	473	510
Immobilienkredite	3.661	3.634
Andere Kredite	979	710
Summe	5.445	5.110

Private Vermögensanlagen – Einlagen

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Sichteinlagen	2.144	2.329
Tagesgelder	94	155
Termineinlagen	2.481	1.735
Spareinlagen	3.287	3.645
Sparbriefe und Ähnliches	432	432
Summe	8.438	8.296

Ergebnis 2000

Die Bedeutung des Geschäftsfelds Private Vermögensanlagen für den Konzern wird durch eine Eigenkapitalrendite von 17,9% und Wachstumsraten von +24,8% im Provisionsgeschäft unterlegt. Grundlage dieses Erfolges sind u. a. die hohe Motivation und Qualifikation der ca. 1.900 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die einen soliden Ausbau der Erträge möglich gemacht

haben. Auch die mit Blick auf umfassende Kundenbetreuung überarbeitete Produktpalette trug wesentlich dazu bei.

Wegen des erhöhten Vorsorgebedarfs für nachlaufende Kreditrisiken aus Altbeständen konnte das gute Vorjahresergebnis allerdings nicht wieder erreicht werden.

Wertpapiergeschäft

Die positive Entwicklung des Wertpapierprovisionsergebnisses stand im Zeichen der Popularisierung der Aktie und der zunehmenden Attraktivität von Fondsprodukten; dies ungeachtet eines unruhigen Börsenumfelds. Zur Optimierung unserer Beratungsdienstleistungen haben wir im Jahr 2000 eine neue beratungsunterstützende Software eingeführt, mit deren Hilfe der Betreuer das Kundenportfolio anleger- und anlagegerecht mit den jeweils aktuellen Empfehlungen und der vorgeschlagenen Depotstruktur abgleichen und effizient in Kauf- bzw. Verkaufsempfehlungen umsetzen kann.

Im Rahmen des individuellen Beratungs- und Betreuungskonzepts für vermögende Privatkunden wurde der ganzheitliche Vermögensmanagement-Ansatz, der insbesondere die persönlichen Anlageziele und die Anlagementalität des Kunden berücksichtigt, weiter ausgebaut und unter den Dachmarken „BB-BULL“ und „ProfiInvest“ gebündelt.

Den Schwerpunkt des Wertpapiergeschäfts bildete auch im Jahr 2000 der Absatz von Investmentfonds, wobei die Dachfondsfamilie BerolinaCapital weiterhin im Mittelpunkt des Anlegerinteresses stand. Daneben wurde über das Angebot einer fondsgebundenen Vermögensverwaltung das grundlegende Konzept der Dachfonds mit dem aktiven Managementansatz der Vermögensverwaltung verknüpft (BB-Fonds VV, Berolina Dynamik Depot, FONXX SELECT).

Den volatilen Kursentwicklungen an den Aktienmärkten haben wir mit der Entwicklung weiterer Index- und Aktienzertifikate Rechnung getragen, die dem Anleger sowohl die Chancen einer Aktienanlage, als auch in begrenztem Maße eine Absicherung gegen Kursverluste ermöglichen.

Das Geschäftsfeld Private Vermögensanlagen verwaltete Ende 2000 für seine Kunden Depotwerte (einschließlich Fondsanteile) im Volumen von 10,4 Mrd. €.

Steuereffiziente Anlagen

Eine weitere bedeutende Rolle spielte, wie in den Vorjahren, der Absatz steuereffizienter Anlagen bei vermögenden Privatkunden. Trotz der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen konnte der Absatz von geschlossenen Fonds gegenüber dem Vorjahr signifikant erhöht werden.

Private Immobilienfinanzierung/ Vermittlung von Immobilien

Das Neugeschäft in der Privaten Immobilienfinanzierung nahm – entsprechend der Markttendenz – im vergangenen Jahr eine verhaltene Entwicklung. Dem zunehmenden Wettbewerbsdruck begegnen wir mit der ständigen Verbesserung unseres Beratungs- und Leistungsangebots. Auch in der Zukunft wird die persönliche Beratung gegenüber dem ausschließlichen Preiswettbewerb ihr starkes Gewicht behalten.

Bei der Vermittlung von Immobilien über unsere Tochtergesellschaften und Kooperationspartner bauten wir unser Produktangebot für Ferienimmobilien an bevorzugten Standorten und Auslandsimmobilien aus.

Vermittlung von Versicherungen

Der Vermittlung von Versicherungen unseres Kooperationspartners Gothaer Versicherungen wurde in allen Kundensegmenten, besonders unter dem Aspekt der Vorsorgeberatung, erneut eine hohe Bedeutung beigemessen. Der überdurchschnittliche Umsatz des Vorjahres aufgrund der damals erwarteten Steuerrechtsänderung konnte jedoch nicht wieder erreicht werden. Mit der Einführung eines eigens für die Bankgesellschaft Berlin und ihre Teilbanken neu kalkulierten Tarifs konnte mit der fondsgebundenen Lebensversicherung das bestehende Produktspektrum abgerundet werden. Insgesamt wurde eine Beitragssumme in Höhe von 161,6 Mio. € vermittelt.

Perspektive

Der erweiterte und abgestimmte Einsatz der im abgelaufenen Geschäftsjahr eingeführten beratungsunterstützenden Software wird einerseits die Beratungs- und Servicequalität verbessern und andererseits zu einer Optimierung in der Gestaltung der Prozesse beitragen.

Darüber hinaus wird der Vertriebsweg über das Internet z.B. durch das Online-Brokerage konsequent ausgebaut.

Im Jahr 2001 stellen wir unsere Kernkompetenz im Wertpapiergeschäft schwerpunktmäßig rund um die Themen „Private Altersvorsorge“ und „Erben und Vererben“ heraus. Basis hierfür bleibt die Optimierung der Vermögensstruktur, unterlegt durch geeignete Produktinnovationen.

Firmenkundengeschäft

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG hat im Geschäftsjahr 2000 seine Marktführerschaft im Firmenkundengeschäft im Rahmen der Neuausrichtung des Geschäftsfelds gefestigt. Rund 90.000 Kunden werden in 122 Filialen, Filialdirektionen und Betreuungszentren von der Existenzgründung bis zum Börsengang betreut. Die Marktanteile bei inländischen Unternehmen erreichten je nach Produktgruppe des Aktiv- und Passiv-Geschäfts deutlich über 40%.

Kredite im Firmenkundengeschäft

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Tages- und Termingelder	430	656
Kontokorrentkredite	1.260	1.240
Grundpfandrechlich gesicherte Kredite	2.479	2.461
Andere Kredite (Kommunaldarlehen)	3.799	4.435
Summe	7.968	8.792

Einlagen im Firmenkundengeschäft

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Sichteinlagen	1.418	1.413
Tagesgelder	81	150
Termineinlagen	956	1.316
Spareinlagen und Ähnliches	157	194
Summe	2.612	3.073

Mehrmarkenauftritt in der Region Berlin/Brandenburg

Das Geschäftsfeld Firmenkunden mit der regionalen Fokussierung im Firmenkundengeschäft und einer konsequent zielgruppenorientierten Ausrichtung auf kleine, mittlere und große Firmenkunden ist auf einem erfolgreichen Weg. Auch der Marktauftritt mit mehreren Marken, der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse, der Berliner Bank und der Weberbank, hat sich bewährt.

Risiken im Firmenkundengeschäft

Das Kreditvolumen im Firmenkundengeschäft hat sich auf 7.968 Mio. € reduziert. Die Wachstumsziele im Kredit-Neugeschäft wurden einer strikten Risikopolitik untergeordnet.

Eine intensive Überprüfung des Engagementbestands, unter Anwendung strengstmöglicher Kriterien, hat zu einer Erhöhung der Risikokosten im Berichtsjahr geführt. Diese Maßnahme erhöht die Risikovorsorge für Engagements, für die in den vergangenen Jahren bereits Wertberichtigungen vorgenommen wurden. Notwendig wurde diese Vorgehensweise vor allem aufgrund der Neubewertung von Immobiliensicherheiten im Rahmen der schwachen Marktentwicklung. Das Geschäftsfeldergebnis wurde deshalb in 2000 negativ, bei einer Aufwand-/Ertrag-Relation von 62,9%.

Verstärkung des Passiv- und Provisionsgeschäftes

Unsere Strategie ist es, die Maßnahmen zur Senkung der Risiko- und Verwaltungskosten zu bündeln und Erträge zu steigern, indem wir den Anteil aus dem Geschäft mit Anlagen für Firmenkunden und Provisionseinnahmen erhöhen.

Unsere Maßnahmen zur Ertragssteigerung bei verstärkter Betreuung mit Passiv- und Provisionsprodukten richteten sich sowohl auf den Ausbau bestehender Kundenbeziehungen als auch auf die Gewinnung von Neukunden. Neue geschäftspolitische Positionierungen unserer Wettbewerber haben die Akquisitionsspielräume verändert. Im Aktivgeschäft setzen wir eine Preispolitik um, die die individuelle Bonität des Kunden verstärkt berücksichtigt.

Die Integration des Beteiligungsgeschäfts/Going Public und die Bündelung von Know-how in Kompetenzzentren für Gründungen, Leasing und Anlagen für Firmenkunden verbesserte unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Fokus bei Unternehmensgründungen und Going Public

In der Tendenz hat sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe der Region stabilisiert, was sich im Wachstum der Brutto-Wertschöpfung zeigt. Die Bedeutung des Dienstleistungssektors in Berlin/Brandenburg steigt. Zahlreiche Unternehmensgründungen sind insbesondere in den Branchen Biotechnologie, Verkehrstechnik, Medien/Kommunikation und Touristik zu beobachten.

Unser Geschäft zielt auf traditionelle ebenso wie auf innovative Unternehmen, aber auch auf Unternehmensgründungen. Bei Unternehmensgründungen ist insbesondere die Berliner Sparkasse, die den Wettbewerb Start Up durchführt, für den Konzern aktiv. Mit 153 im Rahmen des Wettbewerbs eingereichten Geschäftsplänen lag Berlin im Vergleich zu den anderen dreizehn Wettbewerbsregionen auf dem zweiten Platz.

Im Bereich Beteiligungsgeschäft/Going Public haben wir trotz der rückläufigen Entwicklung der Börse im zweiten Halbjahr 2000 zufrieden stellende Erfolge verzeichnet. Nunmehr bestehen über 68 Beteiligungen mit einem Volumen von insgesamt 105,0 Mio. €. Im Gesamtjahr haben wir insgesamt 10 Firmen an die Börse begleitet.

Perspektive

Hinsichtlich der Entwicklung unseres Produkt- und Dienstleistungsangebots wurden im vergangenen Geschäftsjahr vorbereitende Arbeiten abgeschlossen, die nunmehr im Markt zum Tragen kommen. Diese sind beispielsweise die Einführung des Mittelstands-Caps zur Minimierung von Zinsänderungsrisiken und das Produkt Factoring zur Optimierung des Liquiditäts- und Forderungsmanagements unserer Kunden.

Das Internetbanking für Firmenkunden wird im kommenden Geschäftsjahr um spezielle Produkte des Zahlungsverkehrs und der Anlagen erweitert und damit als Vertriebsweg im Rahmen unserer Multikanal-Strategie an Bedeutung gewinnen. Die Beteiligung unseres Hauses an einem regionalen Portal bietet darüber hinaus eine hervorragende Basis für in 2002 wirksam werdende Aktivitäten im B2B-Bereich für unsere Firmenkunden und für die Gewinnung von Neukunden.

Die Vertriebsstandorte unserer Marken werden hinsichtlich Aufgabenstellung und Anzahl laufend optimiert. Kriterien sind die Erhöhung der Dienstleistungsqualität für unsere Kunden, die Abstimmung mit dem Vertriebsweg Internet und die Optimierung unserer Kostenstruktur. Der Einsatz eines hoch leistungsfähigen Customer-Relationship-Managementsystems wird, beginnend im Jahr 2001, sowohl die Kundenbetreuung und Beratung in unseren Vertriebsmarken als auch das Vertriebscontrolling weiter verbessern.

Wir werden die Bündelung unserer Maßnahmen zur Kosteneffizienz, Ertragssteigerung und Senkung der Risikokosten fortsetzen.



Immobilien-Finanzierungen

Der gewerbliche Wohnungsbau, große Siedlungsprojekte und gewerblich genutzte Immobilien stehen im Mittelpunkt der Immobilien-Finanzierungen. Innerhalb des Geschäftsfelds Immobilien bekommen die Kunden über die Immobilien Center der Bankgesellschaft Berlin sowie die übrigen Vertriebskanäle der Berliner Bank (Niederlassung der Bankgesellschaft Berlin), der Berlin Hyp und der Landesbank Berlin im In- und Ausland alle Finanzierungs- und Dienstleistungen angeboten. Der Immobilienmarkt blieb im Berichtsjahr trotz einiger hoffnungsvoller Signale im Jahresverlauf deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Insbesondere in den neuen Ländern war und ist die Lage schwierig, wobei die Situation der gewerblichen Finanzierungen wie auch der industriell gefertigte Wohnungsbau die größten Probleme bereiten. Eine beträchtliche Aufstockung der Kreditrisikovorsorge für die Finanzierung gewerblicher Objekte stellte sich als erforderlich heraus. Dies gab auch den Ausschlag für eine veränderte Geschäftsausrichtung in diesem Segment.

Darüber hinaus bot die Zinssituation aufgrund des geringen Abstands zwischen kurz- und langfristigen Zinsen nur geringe Ertragsspielräume und beeinträchtigte zusätzlich das Ergebnis.

Kredite im Immobilienkundengeschäft

	31.12.2000	31.12.1999
	Mio. €	Mio. €
Tages- und Termingelder	2.653	2.132
Kontokorrentkredite	1.198	1.534
Geldmarktnahe Kredite	0	299
Immobilienkredite	24.013	22.648
Andere Kredite (Kommunaldarlehen)	18.497	19.683
Summe	46.361	46.296

Einlagen im Immobilienkundengeschäft

	31.12.2000	31.12.1999
	Mio. €	Mio. €
Sichteinlagen	812	1.015
Tagesgelder	34	56
Termineinlagen	10.106	10.700
Sparbriefe und Ähnliches	2	4
Summe	10.954	11.775

Risikovorsorge

Die umfassende Analyse unseres gesamten Darlehensbestands unter strengen Bewertungskriterien machte eine erhebliche Aufstockung der Kreditrisikovorsorge erforderlich. Dies führte zu einem Verlust von rund 1 Mrd. € im Geschäftsfeld Immobilien. Die hierdurch entstandene schwierige Lage gab den Anlass, das Geschäftsfeld neu zu positionieren.

Diversifizierung des Kreditportefeuilles

796 Mitarbeiter (Mitarbeiterkapazitäten am Jahresultimo) des Geschäftsfelds Immobilien betreuten Ende 2000 einen Bestand an Kundenkrediten von rund 46 Mrd. €; einbezogen sind hier die Kommalkredite der Berlin Hyp in Höhe von 18,2 Mrd. €. Vom Neugeschäft in Höhe von 7,3 Mrd. € entfiel ein Anteil von 56% auf die Kernregion Berlin/Brandenburg, rund 29% auf die alten Bundesländer und 15% auf Auslandsfinanzierungen. Die Diversifizierung des Kreditportefeuilles unter konservativen Maßstäben im Neugeschäft wird im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt. Der Branchenschwerpunkt der Bestandsfinanzierungen liegt zukünftig bei Vermögensverwaltungen und Investorenfinanzierungen. Aus dem Bauträgergeschäft werden wir uns zurückziehen.

Internationale Aktivitäten

Im Jahr 2000 haben internationale Aktivitäten für das Geschäftsfeld an Bedeutung gewonnen. Das Volumen der internationalen Finanzierungen belief sich Ende 2000 auf rund 3,5 Mrd. €. Regionale Schwerpunkte unserer Auslandstätigkeit liegen überwiegend in den EWWU-Mitgliedsländern, in Osteuropa (Polen und Tschechien) sowie in Nordamerika (USA).

Perspektive

Auf dem deutschen Immobilienmarkt sehen wir noch keine spürbare Trendwende, so dass wir bei bestimmten Regionen und Objektarten äußerst zurückhaltend sein werden. Aufgrund der laufenden Restrukturierungsmaßnahmen und der Einschränkungen des Neugeschäfts rechnen wir mit einem erheblichen Rückgang der Neugeschäftszahlen. Auch im Rahmen der Darlehensprolongationen rechnen wir aufgrund einer risikoorientierten Margenpolitik mit einer rückläufigen Verlängerungsrate.

Hinsichtlich der Zinsentwicklung gehen wir für das Geschäftsjahr 2001 von einer leichten Rückbildung der Kapitalmarktzinsen in den kürzeren Laufzeitbereichen aus, wie es sich in der leichten Zinssenkung der EZB bereits niedergeschlagen hat. Die Zinskurve wird sich dadurch nicht weiter verflachen, allerdings wird der Spielraum, Zinsschwankungen auszunutzen, kaum größer werden.

Angesichts dessen gilt es, den begonnen Neustrukturierungsprozess konsequent fortzusetzen, die Effizienz des Geschäftsfelds zu steigern und die Verwaltungskosten nachhaltig zu senken. Insbesondere der Risikobetreuung werden wir hohe Priorität einräumen.



Öffentliche Hand

Aufgabengebiete des Geschäftsfelds sind klassische Bankdienstleistungen im Tagesgeschäft, standardisierte und strukturierte Finanzierungslösungen und individuelle Anlagevarianten bis hin zu Beratungsleistungen. Zu den Kunden gehören öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen, Gebietskörperschaften, Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen, Kammern, Verbände und andere Non-Profit-Organisationen.

Öffentliche Hand – Kredite

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Tages- und Termingelder	862	820
Kontokorrentkredite	36	19
Immobilienkredite	159	155
Kredite an Banken ab 1 Jahr	904	1.001
Andere Kredite*	9.593	3.132
Summe	11.554	5.127

* Zuordnung von Kunden, die 1999 im Kapitalmarktgeschäft ausgewiesen wurden (6,3 Mrd. €)

Öffentliche Hand – Einlagen

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Sichteinlagen	493	422
Termineinlagen	111	159
Spareinlagen und Ähnliches	8	10
Bankverbindlichkeiten ab 1 Jahr	501	491
Summe	1.113	1.082

Geschäftstätigkeit
in der Region Berlin
und in Deutschland

Der Aktionsradius des Geschäftsfelds Öffentliche Hand ist nicht allein auf die angestammte Kernregion Berlin/Brandenburg beschränkt, sondern erstreckt sich zunehmend auf das gesamte Bundesgebiet.

Insgesamt konnten wir unsere Marktposition im abgelaufenen Jahr festigen und in Teilbereichen ausbauen. Bei anhaltend hohem und partiell sogar wachsendem Margendruck ist es uns gelungen, das Ertragsniveau in diesem Segment weitgehend zu sichern. Dabei konnten wir auch im Jahr 2000 erneut einen positiven Beitrag zum Konzernergebnis erbringen. Dem Margenverfall im Aktivgeschäft konnte durch attraktive Passiv-Anlagen teilweise entgegengewirkt werden.

Innovative finanzwirtschaftliche Konzepte

Die Kommunen verstehen sich zunehmend als moderne Dienstleistungsunternehmen. Darauf stellen wir uns als Bank mit geeigneten Finanzierungs- und Beratungskonzepten ein. Bei wachsender Verlagerung von Haushalts- zu anderen Finanzierungsquellen für Vorhaben der öffentlichen Hand gehört das klassische Kommunalgeschäft nach wie vor zu unserem Leistungsspektrum. Zukünftig werden – auch mit Blick auf knapper werdende öffentliche Mittel – innovative finanzwirtschaftliche Konzepte und auch Public-Private-Partnership-Modelle in den Vordergrund rücken.

Zusätzliche Herausforderungen und Chancen mit Relevanz für die öffentlichen Finanzen ergeben sich für Berlin nicht nur durch seine neue Rolle als Regierungssitz, sondern auch im Standortwettbewerb als europäische Dienstleistungs- und Kulturmetropole.

Darüber hinaus begleiten wir neue Entwicklungen durch gezielte Aktivitäten in Verbänden und Gremien öffentlicher Aufgabenträger. So bietet die Bank Unterstützung bei der unternehmerischen Neuausrichtung von Stadtwerken im Rahmen von Beteiligungen, strategischen Allianzen und Kooperationen bis hin zu (Teil-)Privatisierungen an. Außerdem wirken wir an der weiteren Optimierung der Rahmenbedingungen zur privaten Finanzierung von Fernstraßen auf der Grundlage von Maut- und Betreibermodellen mit. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Begleitung der anstehenden Umstrukturierungen im Krankenhaus- und Gesundheitsbereich durch maßgeschneiderte Konzepte.

Perspektiven

Die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung im Geschäftsfeld Öffentliche Hand wird, neben der Nutzung moderner Vertriebskanäle und -medien, zunehmend auch von individuellen Beratungsleistungen geprägt sein. Wir streben an, durch das Angebot komplexer Lösungen für die Probleme öffentlicher Kunden unsere Marktposition in der Kernregion zu festigen und im übrigen Bundesgebiet auszubauen.



Großkunden/Ausland

Das strategische Geschäftsfeld Großkunden/Ausland konzentriert sich auf international tätige Unternehmen, europäische Versicherungen, ausländische Banken und Mandate im Bereich der Strukturierten Finanzierungen. Durch die konsequente Integration der beteiligten Bereiche strebt die Bankgesellschaft den Ausbau ihrer Position als Spezialist für strukturierte Kapitalmarktprodukte auch im kundengestützten Geschäft an. Darüber hinaus sind im Geschäftsfeld die Kreditkapazitäten zur Betreuung des gesamten Wholesale-Kreditgeschäfts zusammengefasst.

Mit 320 Mitarbeitern betreut das Ressort über 800 nationale und internationale Geschäftsverbindungen und Transaktionsgeschäfte.

Großkunden/Ausland – Kredite

	31.12.2000	31.12.1999
	Mio. €	Mio. €
Tages- und Termingelder	1.965	1.376
Kontokorrentkredite	386	419
Geldmarktnahe Kredite	4.002	2.261
Immobilienkredite	0	34
Kredite an Banken über 1 Jahr	1.350	1.010
Andere Kredite	1.652	1.839
Summe	9.355	6.939

Geschäftserfolg

Das Geschäftsjahr 2000 wird durch ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 77,1 Mio. € und eine Aufwand-/Ertrag-Relation von 49,7% gekennzeichnet. Aufgrund von erforderlichen Wertberichtigungen insbesondere für eine bereits vor einigen Jahren eingegangene Projektfinanzierung kann der Vorsteuergewinn mit 28,2 Mio. € und die sich daraus ergebende Eigenkapitalrendite von 3,5% nicht befriedigen. Die im Übrigen erreichten Ergebnisse bei der Portfolioverbesserung und der Ergebnisentwicklung bestätigen aber die eingeschlagene Strategie der Fokussierung auf definierte Adressenrisiken und Produkte. Dies zeigt sich auch in der zunehmenden Vermittlung von Geschäften durch das Ressort Großkunden/Ausland an die produktbetreuenden Geschäftsfelder.

Corporate Banking

Das Segment Corporate Banking bündelt die Zusammenarbeit mit unseren industriellen Großkunden. Das Geschäft war durch eine deutliche Zunahme bei der Vermarktung von Kapitalmarktprodukten geprägt. Neben Beratungsmandaten ist hier die erfreuliche Entwicklung bei ABS-Transaktionen zu erwähnen.

International Banking

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Bereich Internationales Geschäft liegt in der Begleitung von kurzfristigen Handels- und Exportgeschäften unserer Kundschaft. Unsere gute Position vor allem in Zentral- und Osteuropa sowie im Nahen und Mittleren Osten konnten wir erfolgreich behaupten und an bisherige Erfolge als führende Arrangierungsbank anknüpfen.

Unsere Tochterbank in Warschau, die Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., betreut gezielt polnische Niederlassungen unserer in- und ausländischen Großkunden. Ferner ist sie im Bereich Treasury aktiv. Mit einem deutlich gestiegenen Vorsteuergewinn hat die BGB Polska im Jahr 2000 ein deutlich über Budget liegendes Ergebnis erwirtschaftet.

Strukturierte Finanzierung

Das Segment Strukturierte Finanzierungen umfasst die Produktfelder Flugzeug- und Schiffsfinanzierung, Steuer- und Spezialfinanzierungen sowie Projektfinanzierungen. Unsere hohe Expertise in diesem Segment wird durch entsprechende Markterfolge reflektiert. So konnten wir die Aktivitäten im Bereich der Steuer- und Spezialfinanzierungen erheblich ausbauen. Auch zeigt sich unsere gewachsene Position im Markt in einem kontinuierlichen Anstieg der Provisionseinnahmen. Eine weitere Zusammenführung von Kapazitäten im Konzern führte zu einer Effizienzsteigerung.

Perspektive

Wir gehen davon aus, dass die verstärkte Zusammenarbeit mit den Produktbereichen des Kapitalmarkts zu einer verbesserten Position unserer Bank auch im kundengestützten Geschäft führen wird. Allerdings lassen uns die ab dem zweiten Quartal 2001 nur begrenzt vorhandenen Wachstumsmöglichkeiten der Bank bei der Ergebniserwartung deutlich zurückhaltend sein. Durch ein strenges Kostenmanagement und tendenziell sinkende Risikokosten erwarten wir im Betriebsergebnis nur einen moderaten Rückgang.



Kapitalmarktgeschäft

Die Bankgesellschaft Berlin hat sich im Kapitalmarktgeschäft auf Produkte und Bereiche konzentriert, in denen sie über eine besondere Kompetenz oder eine hervorragende Marktposition verfügt.

Unsere Marktstärke beruht auf unserem Know-how in Aktien- und Zinsderivaten, zunehmend auch im Bereich der Kreditderivate sowie im Debt Financing. Mit 194 Mio. € hat das Kapitalmarktgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2000 das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 16% übertroffen. Damit hat es einen erheblichen Beitrag zum Konzernergebnis geleistet und so erneut seine Stellung als einer der strategischen Eckpfeiler des Konzerns bekräftigt.

Kenngrößen des Kapitalmarktgeschäfts im Überblick

	31.12.2000	31.12.1999
	Mio. €	Mio. €
Segmentvermögen	125.554	129.139
Segmentverbindlichkeiten	153.692	137.872
Risikopositionen (konsolidiert)	29.145	20.323
Gebundenes ökonomisches Kapital	2.062	1.527
Gewinn vor Steuern	194	166
Eigenkapitalrendite	9,4%	10,9%

Aktien/Aktienderivate

Der Bereich Aktien/Aktienderivate hat in einem äußerst schwierigen Marktumfeld erneut sehr erfolgreich agiert. Das Ergebnis liegt in der Größenordnung des außerordentlich guten Vorjahresergebnisses und resultiert im Wesentlichen aus dem systematischen Ausbau der in den letzten Jahren entwickelten Arbitrage-Strategien und unserer stetig wachsenden Produktpalette.

Der Eigenhandel hat erstmalig neben Berlin und Luxemburg auch am Standort London agiert und damit einen weiteren Marktzutritt für die Umsetzung unserer komplexen Handelsstrategien geschaffen.

Im Börsenhandel konnten wir uns als Anbieter von strukturierten Lösungen für den Retail- wie auch den Wholesalebereich weiter profilieren und gehören heute in diesem Marktsegment bundesweit zu den führenden Instituten. Die Vermarktungsanstrengungen der letzten Jahre und die erfolgreiche Produktpolitik führten zum bisher besten Ergebnis dieses Bereichs.

Institutional Equities

Das Geschäftsfeld Institutional Equities konnte durch einen kräftigen Anstieg des Provisionsergebnisses aus Aktiengeschäften mit institutionellen Anlegern an die erfreuliche Entwicklung des Vorjahres anknüpfen. Maßgeblich waren hierbei zwei Faktoren: einerseits der Ausbau der Research-Produktpalette, andererseits die Erweiterung des Produktangebots im Rahmen des ESN European Securities Network, einem Research- und Salesverbund (ca. 120 Analysten) auf europäischer Ebene.

Innerhalb des Hauses haben wir die aktienmarktorientierten Analysekapazitäten weiter gebündelt. Das Geschäftsfeld firmiert zukünftig unter der Bezeichnung Equity Research & Sales.

Risk Management/Derivative

Den Ausbau des Geschäftsfelds Risk Management/Derivative haben wir im Jahr 2000 kontinuierlich fortgesetzt. Der weiterhin bestehende Margendruck konnte durch die Aktivitäten in strukturierten Produkten und durch die Optimierung interner Prozesse ausgeglichen werden. Das barwertige Ergebnis lag im Rahmen der Erwartungen; hervorzuheben sind insbesondere die Sparten Eigenhandel und Handel in Emerging Markets.

Geldhandel, Devisenhandel, Rentenhandel

Das globale Geschäftsfeld Geldhandel konnte im Umfeld stark steigender Geldmarkt- und Future-Sätze durch geschicktes Zinsmanagement über alle Standorte hinweg die barwertigen Ertragserwartungen übertreffen. Dasselbe gilt für den Devisenhandel, der trotz hoher Kursvolatilitäten die Budgetziele übertraf.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten des Rentenhandels lag im Handel mit Credits, Jumbopfandbriefen und Governmentbonds. Als Mitglied der Bietergruppe Bundesemissionen nahm die Bankgesellschaft erneut einen prominenten Platz ein. Obwohl durch die Zinserhöhungen das Interesse der internationalen Investoren auf die Aktienmärkte konzentriert war, konnte der Rentenhandel seine Ziele erfüllen.

Treasury

Das Geschäftsfeld Treasury verantwortet seit Ende des Vorjahres die Sicherstellung und Steuerung der Liquidität im Konzern. Beim Funding konnten wir die Ausweitung der Investorenbasis zur Refinanzierung des Konzerns erfolgreich fortsetzen. Über unsere Tochter BGB Finance (Ireland) plc. haben wir in verschiedenen Währungen und Laufzeiten Schuldverschreibungen im Nominalwert von annähernd 4 Mrd. € begeben und bei Investoren im In- und Ausland platziert.

Credit Derivatives

Kreditderivate sind von den Märkten im abgelaufenen Jahr stärker als je zuvor als Vehikel für das Management von Kreditrisiken akzeptiert worden. Parallel zur Marktentwicklung ist unser Geschäftsfeld Credit Derivatives gewachsen, und zwar sowohl im Volumen als auch in der Profitabilität und in der Zahl der betreuten Kunden. Wir handeln Investment Grade-Kredite und liefern strukturierte Lösungen zur Ergebnisverbesserung von Kreditportfolios unserer Kunden, vornehmlich Banken und Fund Manager. Zugleich nutzen wir unsere Expertise auch für das Management unserer eigenen Bücher. Das Kreditderivatevolumen in unserem Hause beläuft sich nunmehr auf 8 Mrd. €.

Debt Financing

Der Geschäftsbereich Debt Financing managt mittlerweile ein variabel verzinsliches Asset-Portfolio mit einem Bestand von 30 Mrd. €, dessen durchschnittliche Kreditqualität mit „AA-“ eingestuft wird. Der Bereich hatte erneut ein sehr erfolgreiches Jahr mit Ergebnissen deutlich über dem Budget.

Das Team Fixed Income Primary Markets wurde im Geschäftsjahr voll in das Aktivitätenspektrum des Geschäftsbereichs Debt Financing integriert. Damit sind wir nun ein Full-Service-Anbieter von Debt-Problemlösungen für unsere Kunden. Auch im Jahr 2000 war die Bankgesellschaft wie in den Vorjahren der anzahlmäßig aktivste Arrangeur von Bankfinanzierungen in West- und Osteuropa.

Im abgelaufenen Jahr haben wir ferner die Vorbereitungen für ein Collateral Debt Obligation Program getroffen. Die bereits am Markt befindlichen Asset-Backed-Programme Check Point Charlie sowie BEST verzeichneten weiter expandierende Volumina.

Perspektive

Mit der Fokussierung des Handels in jeweils einer Einheit für Zinsen und Aktien, dem konsequenten Ausbau der Distribution, der Verbindung der Kapitalmarktaktivitäten auf der Akquisitionseite sowie einem straffen Ressourcenmanagement in der Wholesalebank werden wir in den kommenden Jahren die Rentabilität des kapitalmarktorientierten Geschäfts systematisch weiter steigern.

Im Segment Zinsmanagement (im Geschäftsbericht 1999 Aktiv-/Passiv-Management/Treasury) werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind. Primär erfolgt dies im Zinsüberschuss, es ist aber auch ein Ausweis in den Positionen Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Risikovorsorge und außerordentliches Ergebnis möglich. In Abgrenzung hierzu werden die Verwaltungsaufwendungen der Corporate Center und sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen aus der Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaften im Segment Corporate Center gezeigt.

Zinsüberschuss: Der im Segment Zinsmanagement ausgewiesene Zinsüberschuss enthält im wesentlichen drei Komponenten:

- Strukturbeiträge, die im Ergebnis von dispositiven Maßnahmen des Bilanzstrukturmanagements entstehen
- Zinskonditionenbeiträge aus den unverzinslichen Aktiva und Passiva der Teilbanken des Konzerns, insbesondere Eigenkapitalanlage
- Gewinnausschüttungen von Gesellschaften des Konsolidierungskreises

Unter Einbeziehung der primär aus der Anlage des Eigenkapitals erzielten Zinskonditionenbeiträge und der dem Zinsmanagement zugerechneten Ausschüttungen sowie Strukturbeiträgen errechnet sich ein negatives Zinsergebnis im Zinsmanagement von –62 Mio. € (1999: 297 Mio. €). Neben der Belastung aus reduzierten Transformationsbeiträgen wirken sich die fehlenden Gewinnausschüttungen der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp hier deutlich aus.

Provisionsüberschuss und Nettoergebnis aus Finanzgeschäften: In beiden Positionen werden marginale Ergebnisbeiträge abgebildet, die aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht dem Kundengeschäft zugeordnet werden können.

Risikovorsorge: Hier werden im Segment Zinsmanagement insbesondere die im Sinne dispositiver Maßnahmen erfolgte Realisierung von Bewertungsergebnissen aus Wertpapieren gezeigt. Weiterhin wird hier die Auflösung von § 340f-HGB-Reserven (241 Mio. €) ausgewiesen.

Außerordentliches Ergebnis: Die Zuordnung von außerordentlichen Ergebnissen zum Zinsmanagement erfolgt einzelfallbezogen. Rückstellungen für konzernweite Restrukturierungsmaßnahmen, die Verlustübernahmen der IBG durch die Konzernbanken, die in der Bankgesellschaft Berlin AG erfolgte Abschreibung auf den Buchwert der Berlin Hyp sowie die Auflösung der Rücklagen nach § 340g HGB sind die wesentlichen Gründe für das negative außerordentliche Ergebnis von –404 Mio. €.

Das Ergebnis vor Steuern im Zinsmanagement weist daher einen Verlust von 225 Mio. € aus nach einem Gewinn von 280 Mio. € im Vorjahr.

Corporate Center

Im Segment Corporate Center der Segmentergebnisrechnung werden die konzernsteuernden Bereiche sowie die Servicegesellschaften des Konzerns erfasst.

Die Servicegesellschaften BB-DATA, BG-SYS, BANKENSERVICE, Bauprojekt- und Facilitymanagement sowie BCS BankCard Service stehen allen Banken des Konzerns als zentrale Dienstleister zur Verfügung.

Der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen umfasst im Wesentlichen die Brutto-Umsatzerlöse dieser konsolidierten Serviceunternehmen.

Die Verwaltungsaufwendungen weisen den Bruttoaufwand der Servicegesellschaften und den Kostenblock der Konzernsteuerungsfunktionen aus.

Wegen des Bruttoausweises der Umsatzerlöse und Verwaltungsaufwendungen stellt der negative Saldo von 80 Mio. € (Gewinn vor Steuern) die tatsächliche Kostensituation der Corporate Center dar. Diese hat sich um 56 Mio. € gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns konzentrieren wir uns gegenwärtig u. a. durch weitere Vereinheitlichung von Prozessen und Systemen auf Struktur- und Effizienzverbesserungen. Auf diesem Wege wollen wir auch Ressourcen für den Vertrieb und den verstärkten Einsatz elektronischer Medien freisetzen.

Immobilien-Dienstleistungen

Der Konzern der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) deckte einen großen Teil der Wertschöpfungskette um das Immobiliengeschäft ab. Im Jahr 2000 wurde der Absatz geschlossener Immobilienfonds bei einem insgesamt rückläufigen Markt auf Vorjahresniveau gehalten. Der Direktverkauf von Wohneigentum an Kapitalanleger und Eigennutzer hat einen rückläufigen Beitrag zum Ergebnis geleistet. Das Interesse der Investoren verlagerte sich auch im Berichtsjahr zunehmend auf internationale Produkte.

Da die Bank das Immobiliendienstleistungsgeschäft in einer Überarbeitung der Konzernstrategie nicht mehr als Kerngeschäftsfeld definiert, wurde dieses Geschäft in einer neuen Gesellschaft (IBAG) separiert. Die IBAG soll nach einer Umstrukturierung als spezialisierter Anbieter für Immobilienanlageprodukte zu einem späteren Zeitpunkt an die Börse gebracht werden.

Vertrieb geschlossene Immobilienfonds

	31.12.2000	31.12.1999
Zahl der im Vertrieb befindlichen Fonds	5	8
Investitionsvolumen in Mio. €	1.324,8	1.537,6
Zeichnungskapital in Mio. €	514,3	515,0
Zahl der Zeichnungen rund	82.100	59.000

Vertrieb Wohneigentum

	31.12.2000	31.12.1999
Zahl der Wohnungen	636	886
Umsatz in Mio. €	114,9	156,9

IBG

Die IBG war bis Ende 2000 ein auf das Immobiliengeschäft spezialisierter Dienstleister, der einschließlich seiner verbundenen Konzerngesellschaften in sechs Geschäftsfeldern, dem Fondsgeschäft, dem Bauträgergeschäft/Projektentwicklungen, dem Immobilienmanagement, der Projektsteuerung/Dienstleistung, dem Research/Bewertung und den Technischen Dienstleistungen aktiv war.

Die wesentlichen Säulen der Aktivitäten der IBG sind das Fonds- und das Bauträgergeschäft.

Fondsgeschäft der IBV

Das Fondsgeschäft wird maßgebend durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Bankgesellschaft Berlin mbH (IBV) repräsentiert. Im Jahr 2000 wurden die Fonds IBV Fonds Deutschland 3 und IBV Fonds International 2 in den Markt gebracht. Zusätzlich wurde mit dem IBV Fonds Universal 1 eine neue Produktpalette eingeführt. Das Investitionsvolumen lag bei 1.324,79 Mio. € (1999: 1.542,1 Mio. €). Das vertriebene Eigenkapital belief sich auf 514,33 Mio. € (1999: 515,0 Mio. €). Im Jahr 2000 gab es insgesamt 82.100 Zeichnungen an den Fonds. Rund 23% (1999: 31,0%) des Vertriebsvolumens konnten über Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin vertrieben werden, während am restlichen Platzierungserfolg insgesamt 690 Vertriebspartner einschließlich Banken, Sparkassen und freier Finanzdienstleister mitwirkten.

Vertrieb von Wohneigentum

Eine weitere Säule des IBV-Geschäfts ist der Vertrieb von Wohneigentum, der in Kooperation mit der Schwestergesellschaft Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (Bavaria) erfolgt. Veränderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen bewirkten auch im Jahr 2000 eine Verlagerung des Kaufinteresses von Kapitalanlegern zu Eigennutzern. Es konnten 636 Einheiten mit einem Gesamtvolumen von rund 115 Mio. € (1999: 886 Einheiten/rund 157 Mio. €) verkauft werden.

Bavaria

In der Bavaria sind die Bauträger- und Projektentwicklungsaktivitäten der IBG-Gruppe konzentriert. Neben Wohnimmobilien für den Direktvertrieb an Kapitalanleger und Eigennutzer umfasst das Aufgabenspektrum auch die Entwicklung gewerblicher Immobilien. Im Jahr 2000 wurden von der Bavaria und ihren Schwestergesellschaften insgesamt rund 90.000 m² Wohnfläche (1999: 128.000 m²) und rund 127.000 m² Grundfläche gewerblicher Objekte (1999: 45.000 m²) fertig gestellt.

ARWOBAU

Im Jahr 2000 wurde die Konzentration des Immobilienmanagements der IBG in der Tochtergesellschaft ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH abgeschlossen. Diese Gesellschaft betreut über 118.000 Rechtsverhältnisse (1999: 70.000).

Im Rahmen einer Neustrukturierung der Immobilienaktivitäten des Konzerns Bankgesellschaft Berlin ist das operative Immobiliendienstleistungsgeschäft der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) zum Jahresende in die neugegründete Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft (IBAG) eingebracht worden. Die IBAG ist als Immobilienanlagegesellschaft konzipiert. Damit einhergehend wird die tiefe Wertschöpfungskette der von der IBG übernommenen operativen Einheiten reduziert und das Projektentwicklungsgeschäft zurückgenommen werden. Ertrags- und Performanceorientierung stehen im Vordergrund der Produktkonzeption: Strukturieren, Platzieren und Managen von Immobilienportefeuilles.

Für das Betreibergeschäft, zum Beispiel das Projekt Eurospeedway Lausitz, und für bis Ende 2000 übernommene Garantien aus dem Fondsgeschäft bleibt der Konzern Bankgesellschaft Berlin weiterhin in der Verantwortung.

Fördergeschäft

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die zentrale Förderbank des Landes Berlin. Grundlage für ihre Tätigkeit ist das Gesetz des Landes Berlin über die Errichtung der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992. Im September 2000 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, die Investitionsbank Berlin zur Landesstrukturbank auszubauen.

Die IBB ist eine organisatorisch und wirtschaftlich selbstständige, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die als wettbewerbsneutrale Abteilung der Landesbank Berlin geführt wird. Das Vermögen der IBB wird als Sondervermögen getrennt von den sonstigen Vermögenswerten der Bank verwaltet. Ein Weisungsrecht der Bankgesellschaft Berlin besteht gegenüber der IBB nicht. Die Tätigkeit der IBB ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

IBB-Fördervolumen

in Mio. €	Zuschüsse (Auszahlungen)		Darlehen (Neubewilligungen)		Beteiligungen	
	31.12.00	31.12.99	31.12.00	31.12.99	31.12.00	31.12.99
Wirtschaftsförderung	224,9	213,3	15,6	11,9	16,9	10,2
Immobilienförderung	1.096,9	1.146,1	506,5	661,3	–	–
Summe	1.321,8	1.359,4	522,1	673,2	16,9	10,2

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €
Bilanzsumme	20.742	20.358
davon Kredite an Kunden	15.213	15.042
Jahresüberschuss	73,1	25,8

Der Jahresüberschuss wurde der Zweckrücklage zugeführt, die sich damit auf 1,5 Mrd. € erhöht. Sie bleibt vorrangig den förderpolitischen Zielsetzungen der IBB vorbehalten.

Aufgabenerweiterung
im Rahmen des
Strukturbankbeschlusses

Das Aufgabenspektrum der IBB wurde im Zuge der Gesetzesänderung erweitert: Die IBB kann nun Förderprogramme, die durch das Land, den Bund oder die Europäische Union finanziert werden, und die hiermit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen durchführen.

Ferner darf die IBB in Abstimmung mit dem Land Berlin im Rahmen ihres Auftrags eigene Förderprogramme initiieren. Außerdem kann sich die IBB an Gesell-

schaften beteiligen, die für Berlin Wirtschaftsansiedlung, Standortmarketing sowie die Entwicklung und Unterhaltung landeseigener Grundstücke betreiben oder vergleichbare strukturpolitische Aufgaben wahrnehmen.

Förderspektrum der Investitionsbank Berlin

Seit der Gründung der IBB 1993 wurden dem Institut sukzessive die meisten Landesförderprogramme übertragen, so dass folgende Aufgabenbereiche heute von der IBB wahrgenommen werden:

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (gewerblicher Teil)
- Innovations-, Technologie- und Existenzgründerförderung im Land Berlin
- Spezielle Angebote für die Förderung der Berliner Medienwirtschaft und des kulturellen Sektors in Berlin
- Förderung des Wohnungsbaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung des Berliner Wohnungsbestands

Strukturbankbeteiligungen

Neben der Durchführung von Landesförderprogrammen ist es Aufgabe der IBB, im Landesinteresse strategische Beteiligungen zu übernehmen und zu optimieren.

Im Juli 2000 erwarb eine Tochtergesellschaft der Investitionsbank Berlin vom Land Berlin den Geschäftsbetrieb der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin GmbH (KPM). Im Zuge dieser Strukturbankbeteiligung soll das Kerngeschäft der KPM, nämlich die Herstellung und der Vertrieb von hochwertigem Porzellan, weiter verbessert werden. Weitere Beteiligungen sind für das Jahr 2001 geplant.



Sponsoring in Sport und Kultur für die Region

Die Bankgesellschaft Berlin ist mit ihren umfassenden Finanzdienstleistungen für Privatkunden und Unternehmen einer der größten Arbeitgeber und deshalb ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen Geschehens in der Region. Diese Rolle untermauert der Konzern durch eine Reihe von kundenorientierten und sozial verantwortungsbewussten Engagements in den Bereichen Sport, Kultur und Bildung, die er auch in schwierigen Zeiten aufrecht erhält.

Der Konzern fördert regionale Ereignisse wie die jährlich stattfindende Kunstmesse art forum berlin, den Fußball-Bundesligaverein Hertha BSC, die Internationalen Tennismeisterschaften für Damen sowie das Programm des Berliner Senats „Computer in die Schulen“.

Eine wesentliche Funktion in der Förderung von Kultur, Wissenschaft und Bildung hat die Stiftung Brandenburger Tor der Bankgesellschaft Berlin AG, die im Max-Liebermann-Haus am Pariser Platz beheimatet ist.

Zu den weiteren namhaften öffentlichen Engagements von Banken des Konzerns zählen die Berliner Bach-Akademie und das Orchester der Deutschen Oper sowie das Forum des Jungen Films, die Hoppegarten Open Air Klassik, das Jeunesse Musicales Weltorchester und die Kammeroper Schloss Rheinsberg.

Wir werden in Feldern aktiv, die eine hohe gesellschaftliche Anerkennung genießen und die möglichst auch indirekt zur wirtschaftlichen Beförderung unseres jeweiligen Marktes beitragen. Daher haben wir uns auf Sport, Kultur und Bildung konzentriert.

Zwei der zahlreichen Projekte sind besonders hervorzuheben. Die Stiftung Brandenburger Tor der Bankgesellschaft Berlin AG hat sich seit ihrer Gründung Ende 1997 als operative Stiftung einen hervorragenden Namen gemacht. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ist Bundespräsident a. D. Roman Herzog. Der oberste Grundsatz der Stiftung ist es, die verfügbaren Mittel zur Förderung des eigenverantwortlich handelnden Individuums zum Nutzen der Gesellschaft, der Kultur oder der Wissenschaft einzusetzen. Dem engagiert, leistungsbewusst und kreativ Handelnden soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

In den Bereichen Bildung und Erziehung ist die Stiftung bundesweit hervorgetreten durch den Wettbewerb „Jugend übernimmt Verantwortung“, mit dem die Teilnehmer aufgerufen werden, unternehmerische Initiative zu entfalten und sich gesellschaftlich zu engagieren. Die kulturelle Integration Europas bei Erhaltung der kulturellen Vielfalt europäischer Regionen und die Förderung der Technischen Wissenschaften wegen ihres Beitrags zu Wachstum und Beschäftigung sind Inhalte der weiteren Stiftungs- und Förderarbeit.

Die Bildungsinitiative „Computer in die Schulen“ ergänzt ein gleich lautendes Programm des Berliner Senats für die Schulen in der Hauptstadt und ist langfristig angelegt. Die Bank leistet ihre Unterstützung zusammen mit der IHK in Form einer Gesellschaft namens CidS gGmbH durch den Einsatz von fachlich qualifiziertem Personal sowie Räumen und Sachmitteln für die Lehrerfortbildung und die Jugendarbeit.

Ziel der Unterstützung ist es, den Berliner Schülern Computerkenntnisse in der Schulzeit zu vermitteln, damit sie beim Wechsel in den Beruf eine hohe Qualifikation und zeitgemäße Computerfertigkeiten mitbringen. Dies erhöht den Leistungsstandard der Berliner Schulen, qualifiziert die Heranwachsenden und kommt letztlich allen Unternehmen und allen Arbeitnehmern in Berlin zugute.

Die Stiftung Brandenburger Tor, die CidS gGmbH und die diversen Sponsoringprojekte tragen dazu bei, den Markennamen Bankgesellschaft Berlin und den Marken im Konzern in unserem Kernmarkt zu festigen und den Charakter der Bank als gesellschaftlich engagiertes und anerkanntes Unternehmen sichtbar zu unterlegen. Die Mitarbeiter des Konzerns Bankgesellschaft Berlin sind häufig in den Erfolg von Sponsoring-Engagements durch eigenes Mitwirken und durch Betreuung von Kunden einbezogen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ziel der Personalpolitik ist es, zukunftsfähige Arbeitsplätze im Konzern zu sichern. Die bestehende „Rahmenvereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung und zu Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern Bankgesellschaft Berlin“ wurde bis zum 31. Dezember 2004 verlängert. Die konzernweit bis zum Jahresende 2001 insbesondere in den Corporate Centern, Stabs- und Servicefunktionen sowie in den Kreditabteilungen entfallenden Stellen werden somit auch künftig sozialverträglich abgebaut. Darüber hinaus erreicht der Konzern durch die Optimierung von Arbeitsvorgängen eine weitere Qualitäts- und Effizienzverbesserung.

Auch die im Dezember 2000 abgeschlossene Vereinbarung zur Altersteilzeit unterstützt die Sicherung der Arbeitsplätze. Sie ergänzt die bisherigen Vorruhestandsregelungen.

Vor diesem Hintergrund kommt dem Programm KonzernMobil besondere Bedeutung zu. Insbesondere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Aufgaben künftig wegfallen, werden über dieses Instrument auf neue Aufgaben im Vertrieb bzw. in vertriebsnahen Bereichen vorbereitet und bedarfsgerecht eingesetzt.

Per 31. Dezember 2000 waren im Konzern Bankgesellschaft Berlin insgesamt 17.192 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Zahl der im Konzern im Bankgeschäft tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sank seit Jahresbeginn um 488 auf 15.356 per 31. Dezember 2000 (Jahresdurchschnitt: 15.488 Mitarbeiter).

636 junge Menschen werden im Konzern Bankgesellschaft derzeit ausgebildet. Neben den Bankkaufleuten umfasst das Ausbildungsspektrum Fachinformatiker, Informatik- und IT-System-Kaufleute sowie Studierende der Fachrichtung Informatik an der Berufsakademie.

Um Synergien zu realisieren und für unsere Kunden noch besser erreichbar zu sein, haben wir ein neues Konzern-Call-Center, in der DirektBankService GmbH, errichtet.

Führungskräfte und
Managementkreise

Die Maßnahmen zur Qualifizierung und Entwicklung von Führungskräften, die entscheidende Faktoren für die Zukunftssicherung des Konzerns sind, wurden auch in diesem Jahr weiter intensiviert.

Im Zentrum der Führungskräfteentwicklung stand weiterhin die Entwicklung von Leadership- und Management-Kompetenz und die Auseinandersetzung der Führungskräfte mit dem eigenen Rollenbild. Die Methoden- und Sozialkompetenz der Führungskräfte wird durch eine bedarfs- und erfahrungsorientierte Qualifizierung und eine persönlichkeitsorientierte Entwicklung geschärft.

Die Potenzialerhebung im oberen Führungskreis nach den Leadership-Kriterien der Bankgesellschaft konnten wir erfolgreich abschließen. Insgesamt wurde mit 168 Führungskräften ein Potenzialgespräch geführt. Die Ergebnisse unterstützen die individuelle Personalentwicklung.

Gleichzeitig wurde im Bereich der Nachwuchsführungskräfte ein konzernweites Programm zur Förderung von High Potentials für gehobene Führungspositionen etabliert. Um den Generationenwechsel in den oberen Führungsebenen des Konzerns in einigen Jahren gewährleisten zu können und Führungskräfte mit einem breiten Erfahrungsspektrum für die vielfältigen Anforderungen des Konzerns zu gewinnen, wird der talentierte Führungsnachwuchs in allen Konzernunternehmen frühzeitig erfasst und zielgerichtet entwickelt. Dieses Programm, in das ca. 200 Nachwuchskräfte der 2. und 3. Ebene im Konzern einbezogen sind, wird darüber hinaus dazu beitragen, High Potentials an den Konzern zu binden.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Weiterentwicklung der im Konzern bestehenden Systeme und Maßnahmen zur Auswahl und Entwicklung von Führungskräften auf der Grundlage veränderter Anforderungen. Die Assessment-Center-Verfahren für Führungskräfte wurden entsprechend angepasst. Funktionsträger im Retailbereich erarbeiten zielgerichtet und systematisch erfolgsträchtige geschäftsfeldspezifische Schlüsselqualifikationen.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz im Jahr 2000, das maßgeblich von den grundlegenden Veränderungsprozessen im gesamten Konzern geprägt war.

Der Vorstand dankt allen Betriebs- und Personalräten unseres Konzerns für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und konstruktiv-kritische Mitwirkung an der Gestaltung der Veränderungsprozesse, die auch gekennzeichnet sind von einem grundlegenden Wandel im gesamten Kreditgewerbe.

Unseren im Jahr 2000 verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren verstorbenen Pensionären werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf

Im Rahmen der seit Mitte 2000 vorangetriebenen Neuordnung des Immobilienfondsgeschäfts des Konzerns wurden gegen Ende des Jahres erhebliche Probleme erkennbar, die sich in einem hohen Risikovorsorgeaufwand niedergeschlagen haben.

Aus einer kritischen Betrachtung verschiedener großer Immobilienkredite Anfang 2001 ergab sich, dass die vom Konzern in den letzten Jahren vorgegebenen Methoden und Instrumente des Kredit- und Beteiligungsrisikomanagements in den großen Tochterinstituten, insbesondere im Bereich Immobilien, nicht konsequent umgesetzt wurden. Weitere negative Folgen ergaben sich aus der markt-näheren Bewertung der als Kreditsicherheiten an den Konzern verpfändeten Immobilien, die zu einem weiteren starken Anstieg der notwendigen Vorsorgeaufwendungen, insbesondere für Kreditvalutierungen aus den Jahren 1995 bis 1997, führten. Ursächlich hierfür waren neben den anhaltend schwachen Verhältnissen am Immobilienmarkt in Berlin/Brandenburg erhebliche Mängel in der laufenden Bearbeitung einzelner Engagements.

Zusammenfassung der im Geschäftsjahr vorgenommenen Risikoabschirmung

in Mio. €	Konzern		AG		LBB		Berlin Hyp		Fonds-geschäft		Restliche Konzern-gesell-schaften*)	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	1.537	504	284	167	572	200	640	126	0	0	42	11
Abschreibungen auf Beteiligungen	20	0	398	39	84	0	106	0	3	0	-571	-39
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	27	-136	26	-126	17	-15	-13	-14	0	0	-3	20
Verlustübernahmen aus Beteiligungen	71	19	27	9	35	9	8	1	0	0	1	0
Sanierungszuschuss aus Beteiligungen	0	0	146	0	98	0	83	0	0	0	-327	0
Rückstellungen für das Immobilienfondsgeschäft	972	128	116	0	117	0	16	0	723	128	0	0
Summe Risikoabschirmung insgesamt	2.627	516	997	89	923	194	840	113	726	128	-859	-8

*) abzüglich Konsolidierung

Die im Teilkonzern der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) gebündelten Immobiliendienstleistungen wurden durch die Gründung der Immobilien- und Beteiligungen AG (IBAG) ausgegliedert. Die Aktivitäten werden deutlich gestrafft, das Projektentwicklungsgeschäft zurückgenommen, die Fondsprodukte stärker ertrags- und performanceorientiert gestaltet. So

wird die IBAG als Immobilienvermögensverwalter positioniert, was auch einen Abbau der komplexen bisherigen Wertschöpfungskette und der sich daraus ergebenden Beteiligungsstruktur beinhaltet.

Im Rahmen des konzernweiten Kredit- und Beteiligungsrisikomanagements befinden sich seit Anfang 2000 datengestützte Systeme zur Überwachung der konzernweiten korrekten Anwendung der Methoden und Instrumente im Aufbau. Die erste Phase eines entsprechenden Projektes wurde planmäßig beendet, so dass nunmehr eine konzernübergreifende Kreditevidenzdatenbank zur Verfügung steht. Eine ausführliche Darstellung der laufenden Projekte ist im Risikobericht enthalten.

Die Neubewertung des Kreditgeschäfts, der Risiken aus den übernommenen Garantien für das Immobilienfondsgeschäft und die weitere Vorsorge für das Immobilienfondsgeschäft belasteten den Konzern mit insgesamt 2.509 Mio. €. Hiervon entfallen auf das Immobiliengeschäft 2.078 Mio. €, davon 725 Mio. € für die unterschiedlich ausgeprägten Garantien im Immobilienfondsgeschäft und 249 Mio. € im Zusammenhang mit den Vorratsgrundstücken in diesem Geschäft.

Zusätzlich zu der sich hieraus ergebenden Ertrags- und Eigenkapitalbelastung wurde im Konzern das Eigenkapital durch die Anfang des Jahres 2001 bekannt gewordenen Haftungsfreistellungserklärungen reduziert, die in den Jahren 1994 bis 1997 von Vorständen der Landesbank Berlin an Komplementäre von Immobilienfonds herausgereicht wurden. Die Bank versucht derzeit durch Austausch der Komplementäre diese Eigenkapitalbelastung kurzfristig zurückzuführen.

Der Konzern weist für das Geschäftsjahr 2000 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,6 Mrd. € aus. Im Ergebnis führt dies nach Feststellung der Jahresabschlüsse zu einer Unterschreitung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesteigenkapitalquoten. Im Zusammenhang mit der Kapitalausstattung des Konzerns hat der Senat von Berlin öffentlich erklärt, dass die notwendige Kernkapitalzuführung in Höhe von ca. 2 Mrd. € erfolgen wird.

Trotz dieser außergewöhnlichen Belastungsfaktoren hat die Bankgesellschaft mit der Strategie, ihre Geschäftstätigkeit auf Kerngeschäftsfelder zu fokussieren, im Geschäftsjahr Fortschritte erzielt. Die angestrebten Marktziele wurden ohne Berücksichtigung der Risikovorsorge weitgehend erreicht.

Dies heißt im Einzelnen:

- Der Zinsüberschuss in den Kundensegmenten betrug 1.715 Mio. € (Vorjahr: 1.801 Mio. €) und ist damit im operativen Geschäft gegenüber der Gesamtent-

wicklung im Konzern relativ stabil geblieben. In einigen Geschäftsfeldern konnte er sogar verbessert werden. Die übrigen Geschäftsfelder sind tendenziell auch von den Veränderungen im Zinsniveau, von wachsendem Margendruck sowie strukturellen Maßnahmen betroffen, allerdings in deutlich geringerem Maße als das Zinsmanagement im Konzern.

- Mit 462 Mio. € erreichte der Provisionsüberschuss den höchsten Wert seit Bestehen des Konzerns. Dies bedeutet einen Anstieg um 10,0% oder 42 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert.
- Das Handelsergebnis (Nettoergebnis aus Finanzgeschäften) erhöhte sich um 32,4% auf 139 Mio. €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass weitere Ergebnisbestandteile, die nach internationalen Gepflogenheiten ebenfalls ins Handelsergebnis einfließen würden, aufgrund der deutschen Rechnungslegungsvorschriften im Zins- und Provisionsergebnis abgebildet sind.
- Die Verwaltungsaufwendungen konnten im Berichtsjahr vor Erstkonsolidierungen von Tochterunternehmen nochmals um 4,0% reduziert werden. Die Einsparungen auf diesem Gebiet summierten sich damit für die letzten zwei Jahre auf 156 Mio. €. Investitionen in Abwicklungssysteme, marktfähige Electronic-Business-Anwendungen und Prozessoptimierungen, die im Rahmen des Kostenmanagements durchgeführt wurden, haben sich im Betriebsergebnis positiv ausgewirkt.
- Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erforderte insgesamt im Konzern 1,5 Mrd. €.

Das Geschäftssegment Immobilienfinanzierungen benötigte im Berichtsjahr eine Kreditrisikovorsorge in Höhe von 1.106 Mio. €. Von diesem Betrag entfallen rund 18% auf öffentlich geförderte Kreditengagements (so genanntes Fördergeschäft) im Konzern, bei denen auf den barwertigen Ansatz der Fördermittel zur Bewertung der Sicherheiten zurückgegriffen wurde. Daneben entfallen auf das Geschäftssegment Firmenkunden 199 Mio. €, der übrige Betrag verteilt sich auf die anderen Segmente.

- Für die Risiken aus Garantien des Fondsgeschäfts der IBG wurden die Rückstellungen von 273 Mio. € auf 996 Mio. € angehoben. Die erhöhte Rückstellung ist auf eine verschärfte Bewertung der Garantieverpflichtungen in Anlehnung an die aktuelle Situation auf dem Immobilienmarkt und das Ergebnis der Sonderprüfung nach § 44 KWG zurückzuführen.

Die Neuausrichtung der Konzerngeschäftsfelder wurde im Berichtsjahr von folgenden Maßnahmen flankiert:

- Die Landesbausparkasse der Landesbank Berlin fusionierte mit der LBS Nord zur LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover. Die Landesbank hält eine Beteiligung von 12% an dem neuen Institut.
- Der Rückzug aus dem überregionalen mittelständischen Firmenkundengeschäft wurde weitgehend abgeschlossen, um zukünftiges Risikopotenzial außerhalb unserer Kernregion zu vermeiden.

Darüber hinaus haben wir im Jahr 2000 folgenden Aktivitäten hohe Priorität eingeräumt:

Das regional starke Retailgeschäft gestattete eine zügige Anpassung der Vertriebsstrukturen an die sich permanent verändernden Marktverhältnisse. Im Bereich des Electronic Business stärkte die Bank ihren Marktauftritt durch die sukzessive Einführung neuer Produkte und Produktversionen. Im Bereich Kapitalbeteiligungen/Going Public können wir trotz des ungünstigen Börsenumfelds Erfolge vorweisen. Die Aktivitäten sind weitgehend in unserer Tochtergesellschaft Berlin Capital Fund gebündelt.

Die Beteiligung an der Zivnostenska banka, Prag, wurde im Rahmen unserer Osteuropa-Strategie von 49,9% auf 85,2% aufgestockt.

Im Kapitalmarktgeschäft operierte die Bank mit einer Kombination von ertragsorientierter, kurzfristiger Handelsstrategie und langfristig ausgelegten Wertpapierportfolios und erzielte ein insgesamt erfreuliches Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. Dieses Segment knüpft damit an die positive Entwicklung des Vorjahres an.

Das Risikomanagement konnte weiter ausgebaut werden. Um die zeitnahe und systematische Bewertung der Risikopotenziale zu verfeinern, haben wir eine konzerneinheitliche Kreditdatenbank aufgebaut. Methoden für ein internes Ratingverfahren, die unter anderem die neuen Anforderungen des Baseler Akkords berücksichtigen, befinden sich in der Weiterentwicklung. Zur verbesserten zentralen Steuerung der Marktpreisrisiken wurde eine dezentrale Risikomanagement-Architektur erarbeitet und umgesetzt. Auf diese Plattform werden alle MaH-relevanten Geschäfte bis Ende 2001 überführt (MaH: Mindestanforderungen für das Betreiben von Handelsgeschäften bei Kreditinstituten).

2. Ertragsentwicklung

Der Konzern weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.648 Mio. € aus (Vorjahr: Jahresüberschuss +157 Mio. €) bzw. ein Betriebsergebnis nach Risikovorsorge von -1.584 Mio. € (Vorjahr: +467 Mio. €). Das Ergebnis enthält die Auflösung der Vorsorgereserve nach § 340g HGB (276 Mio. €) und nach § 340f HGB (366 Mio. €). Ein Teilbetrag aus der Auflösung der Vorsorgereserve nach § 340f HGB (138 Mio. €) diente zum Ausgleich der gebildeten Rückstellung für den geplanten Personalabbau von 1.600 Mitarbeiterkapazitäten im Konzern.

Zinsüberschuss • Der Zinsüberschuss ist gegenüber dem Vorjahreswert von 2.048 Mio. € um 406 Mio. € bzw. 19,8% auf 1.642 Mio. € zurückgegangen. Diese Entwicklung ist auf eine signifikante Veränderung der Zinsstruktur zurückzuführen. Ein Anstieg im Bereich der Zinssätze mit kurzen Laufzeiten in Verbindung mit einem tendenziellen Rückgang der Zinssätze mit längerer Laufzeit führte zu einer deutlichen Abflachung der Zinsstrukturkurve. Die Geschäftsfelder und Banken des Konzerns profitieren von dieser Entwicklung mit höheren Zinserträgen. Dem steht jedoch eine Verteuerung der Refinanzierung gegenüber, primär verursacht durch die besonders zinsreagiblen kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken. Die Folge war eine überproportionale Erhöhung der Zinsaufwendungen um 16,8% auf insgesamt 9.266 Mio. € (Zinserträge +9,4%) und damit ein Rückgang der Zinsspanne von 1,07% auf 0,82%.

Die Teilbanken des Konzerns sind davon in Abhängigkeit ihrer Bilanzstruktur in unterschiedlichem Maße betroffen. Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt den Hauptanteil dieser Entwicklung, während die Landesbank Berlin dank ihres höheren Anteils wenig zinsreagibler Kundeneinlagen ihren Zinsüberschuss sogar verbessern kann. Hauptursachen für den Rückgang des Zinsüberschusses in der Bankgesellschaft Berlin AG (-501 Mio. €) sind die höheren Refinanzierungsaufwendungen für die Aktien- und Fondsbestände, die nur teilweise durch höhere Dividendenerträge kompensiert worden sind. Dem stehen jedoch Kursgewinne im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften bzw. stille Reserven gegenüber. Maßgeblich gegenüber dem Vorjahr wirken sich auch geringere Ausschüttungen, insbesondere der Teilbanken (-140 Mio. €), aus. Daneben liegt der Ertrag aus Zinsswaps aufgrund unserer Positionierung nach dem Anstieg der Geldmarktzinsen deutlich unter dem Vorjahresniveau. In der segmentorientierten Betrachtung wird deutlich, dass sowohl die Kundensegmente als auch das Zinsmanagement des Konzerns von den Veränderungen im Zinsniveau betroffen sind. Die Erträge aus der Fristentransformation fielen deutlich niedriger aus und konnten somit die Rückgänge aus den übrigen Bereichen des Zinsmanagements nicht kompensieren.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften stiegen um 204 Mio. € oder 2,5% auf 8.225 Mio. €, die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren wurden aufgrund des ausgeweiteten Volumens von 1.624 Mio. € um 42,5% auf 2.314 Mio. € erhöht.

Die laufenden Erträge verbesserten sich insgesamt um 47 Mio. € auf 369 Mio. €. Diese Entwicklung ist überwiegend auf höhere Dividendenerträge des Kapitalmarktgeschäfts zurückzuführen.

Provisionsüberschuss • Der Provisionsüberschuss stieg um 42 Mio. € oder 10% auf 462 Mio. €. Besonders erfreulich verlief die Entwicklung der Provisionen bei Wertpapier-/Vermögensanlagen, die von 126 Mio. € um 41 Mio. € oder 32,0% auf 167 Mio. € gestiegen sind. Der Schwerpunkt lag wie im Vorjahr auf dem Absatz von Investmentfonds.

Im Kreditkartengeschäft konnten wir in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern unsere Position als größter Emittent auf dem deutschen Markt weiter ausbauen.

Die übrigen Ertragskomponenten des provisionstragenden Geschäfts erreichten überwiegend die Vorjahreswerte.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften • Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften schließt an die positive Entwicklung des Vorjahres an und stieg von 105 Mio. € um 34 Mio. € oder 32,4% auf 139 Mio. €.

Besonders erfreulich entwickelte sich hier der Handel mit Aktien und Aktienderivaten, der insgesamt 121 Mio. € erwirtschaftete.

Demgegenüber steuerte das zins- und devisororientierte Handelsgeschäft einen vergleichsweise niedrigen Beitrag zum Nettoergebnis aus Finanzgeschäften bei.

Verwaltungsaufwand • Ende 1998 begann eine bis 2001 projektierte Neuausrichtung, die unter anderem durch die Straffung und Zusammenlegung wesentlicher Bereiche die Struktur und damit die Effizienz des Konzerns verbessern soll. Dazu gehört auch ein konsequentes Kostenmanagement. Die Pläne wurden strikt umgesetzt und wirken sich unmittelbar auf den Verwaltungsaufwand aus.

Der Verwaltungsaufwand konnte im Berichtsjahr auf 1.674 Mio. € gesenkt werden (1999: 1.684 Mio. €). Ohne die Aufwendungen aus der Erstkonsolidierung der Zivnostenska banka und der BG-SYS betrug dieser Rückgang 4,0% bzw. 68 Mio. €. Die in 1999 und 2000 erreichte Kostenreduktion entlastet den Konzern damit um

insgesamt 8,8% oder 156 Mio. €, ohne dass zukunftsichernde Investitionen unterblieben wären.

Der Personalaufwand beträgt 975 Mio. € nach 965 Mio. € im Vorjahr (+0,8%). Bereinigt um die Effekte der Erstkonsolidierungen in Höhe von 20 Mio. €, ermäßigte er sich um 1,2% auf 953 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert. Im vierten Quartal sind die Tochtergesellschaften der IBG ausgegliedert worden.

Die Entwicklung war durch Konzentration auf neue Vertriebswege und neue Produkte bei gleichzeitigem Abbau von Verwaltungskapazitäten möglich, eine Kombination, die sich als effizient erwies und konsequent fortgesetzt wird.

Die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt im Bankenbereich (ohne IBG) stieg im Jahresvergleich von 15.225 um 263 auf 15.488. Diese Erhöhung resultiert mit 860 Mitarbeitern aus der erstmaligen Einbeziehung der Zivnostenska banka (724 Mitarbeiter) und der BG-SYS (136 Mitarbeiter). Der sich ohne diese Gesellschaften ergebende Rückgang um 597 Mitarbeiter wurde begleitet von sozialverträglichen Maßnahmen und konnte erreicht werden, obwohl im Geschäftsjahr 310 Auszubildende in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen wurden.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich von 583 Mio. € um 11 Mio. € oder 1,9% auf 572 Mio. €. Auf bereinigter Basis, d.h. ohne die Aufwendungen aus den Erstkonsolidierungen, beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr sogar 41 Mio. € oder 7,1%.

Die Bank verlagert nachhaltig ihre Kapazitäten und Kostenstrukturen. Während das Komfortniveau der Verwaltung sinkt und zahlreiche Bearbeitungsprozesse verschlankt werden, fließen Investitionen verstärkt in den Vertrieb und in zukunftssträchtige Projekte. Die Normalabschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 129 Mio. € (1999: 136 Mio. €) beziehen sich überwiegend auf EDV-Hardware sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen • Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen beträgt –755 Mio. €. Hierin sind die Rückstellungen für Risiken aus Garantien des Fondsgeschäfts in Höhe von 723 Mio. € enthalten, insbesondere für Mietpreisgarantien, Höchstpreisgarantien sowie Kosten für die Revitalisierung von Objekten.

Risikovorsorge • Der Saldo der Risikovorsorge beläuft sich auf 1.198 Mio. €. Er verteilt sich auf folgende Bestandteile:

Für die Risiken des Kreditportefeuilles waren im Berichtsjahr Vorsorgen in Höhe von 1.537 Mio. € (1999: 504 Mio. €) erforderlich. Von diesem Betrag entfallen im Wesentlichen 284 Mio. € auf die Bankgesellschaft, 572 Mio. € auf die Landesbank Berlin (einschließlich der Investitionsbank Berlin), 640 Mio. € auf die Berlin Hyp. Der überwiegende Teil entfällt auf das Immobiliengeschäft.

Darüber hinaus sind 723 Mio. € Vorsorgen für Risiken aus Garantien für das Fondsgeschäft in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie 249 Mio. € in den außerordentlichen Aufwendungen als weitere Vorsorge für das Immobilienfondsgeschäft enthalten.

Das Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve belief sich per Saldo auf -27 Mio. € (1999: +136 Mio. €). In Anbetracht der Zinsentwicklung in 2000 enthält diese Position – anders als im Vorjahr – keine nennenswerten Realisationsgewinne aus Wertpapieren. Das negative Ergebnis geht auf Einlösungsverluste zurück, die durch außerplanmäßige Rückzahlungen der Ausgleichsforderungen begründet waren.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden in Höhe von 366 Mio. € aufgelöst. Davon entfallen 242 Mio. € auf die Bankgesellschaft, 43 Mio. € auf die LBB und 82 Mio. € auf die Berlin Hyp. Ein Teilbetrag von 138 Mio. € in der Bankgesellschaft diente zum Ausgleich der gebildeten Rückstellung für Restrukturierung im Konzern. Damit ist die Rückstellung für Restrukturierung in Höhe von 138 Mio. € für das Berichtsjahr insgesamt ergebnisneutral.

Die Risikovorsorge setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		AG	
	2000	1999	2000	1999
Risikovorsorge im Kreditgeschäft				
zu Lasten der GuV gebildete Wertberichtigungen	1.787	740	368	284
Direktabschreibungen	29	33	14	19
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	254	261	93	132
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	25	8	5	4
Vorsorgeaufwand – netto	1.537	504	284	167
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve				
Ertragskomponenten	65	200	4	147
Aufwandskomponenten	92	64	30	21
Realisationserfolg – netto	– 27	136	– 26	126
Summe vor Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	1.564	368	310	41
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	– 366	229	– 242	154
Gesamt	1.198	597	68	195

Das Ergebnis aus Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens) im Konzern belief sich auf 15 Mio. € (Vorjahr: +21 Mio. €).

Das in der Bankgesellschaft AG ausgewiesene Ergebnis aus Finanzanlagen (–581 Mio. €, Vorjahr: 19 Mio. €) enthält Abschreibungen auf die Buchwerte der Berlin Hyp (249 Mio. €) und der IBG GmbH (142 Mio. €), die für das Konzernergebnis neutral sind.

Saldo der übrigen Positionen • Dieser Sammelposten bildet im Wesentlichen die Aufwendungen aus Verlustübernahmen, die außerordentlichen Aufwendungen sowie die Auflösung der Vorsorgereserven nach § 340g HGB ab.

Die außerordentlichen Aufwendungen im Konzern in Höhe von 389 Mio. € enthalten in Höhe von 249 Mio. € die weitere Vorsorge für das Immobilienfondsgeschäft (Bankgesellschaft: 116 Mio. €, LBB: 117 Mio. € und Berlin Hyp: 16 Mio. €). Darüber hinaus werden hier die Aufwendungen der Restrukturierungsvorsorge sowie eine Zahlung für die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft „Erinnerung/Verantwortung/Zukunft“ ausgewiesen.

Auf Konzernebene wirken sich die in der Bankgesellschaft AG gebildeten Rückstellungen für die im Geschäftsjahr 2001 zurück erworbene IBAG (100 Mio. €) sowie für Kapitalmaßnahmen der IBG GmbH (146 Mio. €) nicht aus.

Die Auflösung der Vorsorgereserven nach § 340g HGB betrifft in Höhe von 256 Mio. € die LBB und mit 20 Mio. € die Berlin Hyp.

Steuern • Der Steueraufwand im Konzern beträgt 89 Mio. € (Vorjahr: 282 Mio. €). Auf die Bankgesellschaft entfallen 83 Mio. €. Hierin sind insbesondere Vorsorgen für die Risiken aus der Betriebsprüfung 1990 bis 1995 sowie dem Geschäftsjahr 1999 zuzurechnende Steueraufwendungen enthalten.

Ergebnisrechnung

in Mio. €	Konzern			AG		
	2000	1999	Veränd.	2000	1999	Veränd.
Zinsüberschuss	1.642	2.048	- 406	342	843	- 501
Provisionsüberschuss	462	420	42	169	154	15
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	139	105	34	158	117	41
Verwaltungsaufwand	1.674	1.684	- 10	705	735	- 30
Personalaufwand	973	965	8	307	320	- 13
Andere Verwaltungsaufwendungen	572	583	- 11	385	401	- 16
Normalabschreibungen auf Sachanlagen	129	136	- 7	13	14	- 1
Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen	- 755	175	- 930	62	75	- 13
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	- 186	1.064	- 1.250	26	454	- 428
Risikovorsorge (ohne Reserve nach § 340f HGB)	1.564	368	1.196	310	41	269
Betriebsergebnis (ohne Reserve nach § 340f HGB)	- 1.750	696	- 2.446	- 284	413	- 697
§ 340f-HGB-Reserve	- 366	229	- 595	- 242	154	- 396
Betriebsergebnis	- 1.384	467	- 1.851	- 42	259	- 301
Ergebnis aus Finanzanlagen	15	21	- 6	- 381	19	- 400
Saldo der übrigen Positionen	- 190	- 49	- 141	- 492	- 20	- 472
Gewinn vor Steuern	- 1.559	439	- 1.998	- 915	258	- 1.173
Steuern	89	282	- 193	83	143	- 60
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 1.648	157	- 1.805	- 998	115	- 1.113

3. Volumensentwicklung

Die Bilanzsumme des Konzerns Bankgesellschaft Berlin erhöhte sich in 2000 um 11,0 Mrd. € oder 5,7% auf 204,8 Mrd. €. Die Volumenausweitung ergibt sich im Wesentlichen aus den verstärkten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft, die eine Aufstockung der Wertpapierbestände nach sich zogen. In demselben Zusammenhang ist der Zuwachs beim Nominalvolumen der derivativen Geschäfte auf 1.009,4 Mrd. € (+17,2%) zu sehen. Die Wiederbeschaffungskosten der Derivative belaufen sich demgegenüber insgesamt auf 10,9 Mrd. €.

Die gesamten nach KWG gewichteten Risikopositionen (Risikoaktiva und Marktrisikopositionen) belaufen sich auf 91,3 Mrd. € (1999: 79,5 Mrd. €).

Die Bilanzsumme verteilt sich wie folgt auf unsere wesentlichen Konzerngesellschaften:

	31.12.2000	31.12.1999
	%	%
Bankgesellschaft Berlin AG	32,4	30,2
Landesbank Berlin	36,3	36,8
darunter:		
Investitionsbank Berlin	(7,9)	(8,2)
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	17,1	17,8
Bankgesellschaft Berlin International S.A.	3,3	3,7
Weberbank Berliner Industriebank KGaA	2,3	2,7
	91,4	91,2
Andere Kreditinstitute	3,7	3,4
Andere Konzerngesellschaften	4,9	5,4
	100,0	100,0

Das Kreditvolumen im Konzern erreichte 124,0 Mrd. €, das sind gegenüber dem Vorjahr 1,6% mehr. Der Anstieg resultiert überwiegend aus den „Übrigen Kundenforderungen“ und entfällt auf mittel- und langfristige Finanzierungen. Bei Hypothekendarlehen und anderen durch Grundpfandrechte gesicherten Forderungen setzten wir die Diversifizierung des Kreditportefeuilles unter Risikogesichtspunkten fort. Aufgrund der Marktsituation gingen die Neuabschlüsse bei Kommunaldarlehen leicht zurück. Das Volumen verringerte sich dadurch um 1,1 Mrd. € auf 30,9 Mrd. €.

Kreditvolumen im Konzern

	31.12.2000	31.12.1999	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	44	25	19	76,0
Kredite an Kreditinstitute	20.726	20.505	221	1,1
Forderungen an Kunden ¹⁾	103.239	101.482	1.757	1,7
darunter:				
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank	19.077	18.844	233	1,2
Kommunalkredite	30.886	31.980	- 1.094	- 3,4
Andere durch Grundpfand- rechte gesicherte Forderungen	15.575	16.571	- 996	- 6,0
Übrige Kundenforderungen	37.701	34.087	3.614	10,6
Kreditvolumen	124.009	122.012	1.997	1,6

1) Ohne Reverse Repos und Forderungen aus Wertpapierleihegeschäften

Bei den Forderungen an Kreditinstitute beruht der Zuwachs um 1,7 Mrd. € oder 4,6% auf 38,3 Mrd. € überwiegend auf der Erstkonsolidierung der Zivnostenska banka.

Der Bestand an Risikovorsorge hat sich um 1.338 Mio. € bzw. 38,3% auf 4.832 Mio. € erhöht. Davon entfallen 2.162 Mio. € auf die Vorsorge im Immobiliengeschäft. Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen ergibt sich daraus ein Anstieg der Quote von 2,9% auf 3,9%, die das latente Ausfallrisiko angemessen abschirmt. Die Vorsorgequote für das Segment Immobilien beträgt 7,5%.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden um 8,8 Mrd. € auf 39,4 Mrd. € aufgestockt. Die Volumenausweitung geht überwiegend auf den in London angesiedelten Asset-Aufbau im Geschäftsfeld Debt Financing des Kapitalmarktgeschäfts zurück.

Bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren führte der systematische Ausbau der in den vergangenen Jahren entwickelten Handelsstrategien und die Erweiterung der Produktpalette zu einem Anstieg um 0,8 Mrd. € auf 9,4 Mrd. €.

Bei den Beteiligungen, assoziierten und verbundenen Unternehmen ist der Rückgang in Höhe von 142 Mio. € weitgehend auf die Ausgliederung der Tochtergesellschaften der IBG zurückzuführen.

Die Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand reduzierten sich aufgrund der außerplanmäßigen Rückzahlung um 5,0 Mrd. € auf 1,2 Mrd. €.

Die Erhöhung der „Übrigen Aktivposten“ steht im Zusammenhang mit der Umgliederung der fälligen Ausgleichsforderungen in diese Position zum Bilanzstichtag.

Konzern-Aktiva

	31.12.2000	31.12.1999	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Barreserve	796	870	- 74	- 8,5
Öffentliche Schuldtitel/Wechsel	44	19	25	131,6
Forderungen an Kreditinstitute	38.261	36.594	1.667	4,6
Forderungen an Kunden	103.268	101.482	1.786	1,8
Schuldverschreibungen	39.377	30.603	8.774	28,7
Aktien	9.437	8.616	821	9,5
Beteiligungen, Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	425	567	- 142	- 25,0
Treuhandvermögen	336	1.801	- 1.465	- 81,3
Ausgleichsforderungen	1.214	6.253	- 5.039	- 80,6
Sachanlagen	534	584	- 50	- 8,6
Übrige Aktivposten	11.116	6.397	4.719	73,8
Summe Aktiva	204.808	193.786	11.022	5,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich deutlich von 58,2 Mrd. € um 18,5% auf 68,8 Mrd. €, überwiegend im kurzfristigen Bereich.

Die Einlagen von Kunden erreichten 62,8 Mrd. €. Das Volumen der Spareinlagen sank durch Umschichtungen in höher verzinsliche Anlageformen um 0,9 Mrd. € bzw. 7,8% auf 10,1 Mrd. €.

Die verbrieften Verbindlichkeiten stiegen von 56,4 Mrd. € um 1,6 Mrd. € auf 58,0 Mrd. € (+2,9%). Dies beruht insbesondere auf der verstärkten Begebung eigener Schuldverschreibungen im Rahmen des Medium Term Notes (MTN)-Programms. Damit konnte die Investorenbasis im In- und Ausland zur Refinanzierung im Konzern erneut ausgeweitet werden. Über die BGB Finance, Ireland, konnten annähernd 4 Mrd. € in verschiedenen Währungen und Laufzeiten begeben werden. Insgesamt stieg der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme auf 28,5%.

Die Rückstellungen erhöhten sich um 835 Mio. € auf 3.380 Mio. € und enthalten in Höhe von 996 Mio. € die Rückstellungen für Risiken aus Garantien des Fondsgeschäfts der IBG.

Die „Übrigen Passivposten“ enthalten u.a. Verbindlichkeiten aus dem Kapitalmarktgeschäft wie erhaltene Optionsprämien und Variation Margins (zustehende Zahlungen aus Termingeschäften).

Konzern-Passiva

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €	Veränderung Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	68.790	58.161	10.629	18,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62.728	62.513	265	0,4
darunter:				
Spareinlagen einschl. Bauspareinlagen	10.088	10.942	- 854	- 7,8
täglich fällige Verbindlichkeiten	11.428	11.128	300	2,7
befristete Verbindlichkeiten	41.212	40.443	769	1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	57.985	56.368	1.617	2,9
darunter:				
Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe	37.743	39.698	- 1.955	- 4,9
Sonstige Schuldverschreibungen	19.815	16.448	3.367	20,5
Andere verbiefte Verbindlichkeiten	427	222	205	92,3
Treuhandverbindlichkeiten	336	1.801	- 1.465	- 81,3
Rückstellungen	3.380	2.545	835	32,8
Nachrangkapital	3.023	3.097	- 74	- 2,4
Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	276	- 276	- 100,0
Eigenkapital	2.611	4.366	- 1.755	- 40,2
davon:				
Gezeichnetes Kapital	558	558	0	0,0
Rücklagen ¹⁾	2.053	3.808	- 1.755	- 46,1
Übrige Passivposten	5.955	4.659	1.296	27,8
Summe Passiva	204.808	193.786	11.022	5,7

1) Einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i.H.v. -1.471 Mio. € (Vorjahr: 150 Mio. €) und Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter i.H.v. 29 Mio. € (Vorjahr: 113 Mio. €).

Der Jahresfehlbetrag beträgt 1.648 Mio. €. Nach Veränderung von Rücklagen und Berücksichtigung von Anteilen Dritter ergibt sich ein Bilanzverlust im Konzern in Höhe von 1.471 Mio. €. Der ausgewiesene Bilanzverlust führt im Wesentlichen zu einer Reduzierung des bilanziellen Kapitals auf 2.611 Mio. € (Vorjahr: 4.366 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Ergebnisauswirkungen auf die Kapitalbasis der drei großen Teilbanken des Konzerns.

in Mio. €	BG	LBB	Berlin Hyp	Konzern
Auflösung § 340f-HGB-Reserve	242	43	82	366
Auflösung § 340g-HGB-Reserve	–	256	20	276
Veränderung des ausgewiesenen Eigenkapitals	– 1.129	– 99	– 587	– 1.755
Ausgewiesenes Eigenkapital	1.786	2.257	207	2.611
Nachrichtlich: Jahresüberschuss/-fehlbetrag	– 998	– 81	– 562	– 1.648

Kapitalquoten • Die Gesamteigenkapitalquote des Konzerns nach KWG zum 31. Dezember 2000 beträgt 8,92% bei einer Kernkapitalquote von 5,00% (AG: 9,98% bzw. 5,44%). Mit Feststellung der Jahresabschlüsse kommt es zu einer Unterschreitung der Mindesteigenkapitalquoten. Nach der Kernkapitalzuführung von 2 Mrd. € und notwendiger Aufnahme von Ergänzungskapital werden die gesetzlichen Mindestquoten überschritten.

4. Bankgesellschaft Berlin AG

Die Bilanzsumme der Bankgesellschaft Berlin AG wuchs im Berichtsjahr von 74,7 Mrd. € auf 85,5 Mrd. € oder um 14,4%. Hier spiegelt sich vornehmlich die Volumenausweitung der Wertpapierbestände wider, da wir die Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft überwiegend aus der Muttergesellschaft heraus betreiben.

AG-Aktiva

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Barreserve	187	247	– 60	– 24,3
Forderungen an Kreditinstitute	23.153	20.941	2.212	10,6
Forderungen an Kunden	18.795	16.217	2.578	15,9
Schuldverschreibungen	28.352	22.457	5.895	26,3
Aktien	6.910	5.409	1.501	27,8
Beteiligungen	140	161	– 21	– 13,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.092	2.396	– 304	– 12,7
Ausgleichsforderungen	122	2.541	– 2.419	– 95,2
Sachanlagen	92	79	13	16,5
Übrige Aktivposten	5.652	4.281	1.371	32,0
Summe Aktiva	85.495	74.729	10.766	14,4

Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten in hohem Maße konzerninterne Geschäfte, eine Tatsache, die die Bedeutung des Liquiditätsmanagements innerhalb des Konzerns unterstreicht.

AG-Passiva

	31.12.2000 Mio. €	31.12.1999 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45.918	37.996	7.922	20,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.453	13.271	182	1,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	17.209	14.503	2.706	18,7
Rückstellungen	1.386	1.105	281	25,4
Nachrangkapital	2.588	2.614	- 26	- 1,0
Eigenkapital	1.786	2.915	- 1.129	- 38,7
davon:				
Gezeichnetes Kapital	558	558	0	0,0
Rücklagen	1.228	2.357	- 1.129	- 47,9
Übrige Passivposten	3.155	2.325	830	35,7
Summe Passiva	85.495	74.729	10.766	14,4

Am gezeichneten Kapital der Bankgesellschaft Berlin AG waren am 31.12.2000 das Land Berlin mit 56,6%, die NordLB mit ca. 20,0% und die Parion Finanzholding mit 7,5% beteiligt.

Verbundene Unternehmen • Gemäß § 312 Aktiengesetz hat der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2000 abgegeben. Die Schluss-erklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäftsabschlusses bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

5. Risikobericht

5.1. Gesamtrisikomanagement

In den Grundsätzen zur einheitlichen Leitung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin ist ein wirksames und transparentes Risikomanagement als ein wesentliches Element der Konzernsteuerung festgelegt. Dies bezieht sich insbesondere auf die Markt- und Kreditrisiken des Bankgeschäfts. Allerdings entsprechen die

Umsetzung der Instrumente und die Prozesse, die die großen Tochterbanken zur Überwachung der Kreditrisiken in der Vergangenheit anwandten, nicht in jedem Fall den Anforderungen. Eine uneinheitliche Datenbasis trug zur mangelhaften Transparenz der Risiken ebenfalls bei. Durch die Entwicklung des Immobilienmarktes in Deutschland, insbesondere in der Kernregion Berlin/Brandenburg, trat im Berichtsjahr vor allem der Aspekt der dauerhaften Werthaltigkeit herein-genommener Immobiliensicherheiten in den Vordergrund.

Diese für die Bank negative Entwicklung und die pessimistische Prognose für den Immobilienmarkt führten zu einem erhöhten Risikogehalt der durch den Konzern gegebenen diversen Garantien im Immobilienfondsgeschäft.

Mit Nachdruck arbeitet der Konzern an der Umsetzung der Risikostrategie, die folgende Ziele zum Inhalt hat:

- zeitnahe Transparenz über die Risikostrukturen;
- aktive Steuerung der Kreditportfolios;
- effizientere Gestaltung der Arbeitsabläufe und -prozesse.

Die bereits im Geschäftsjahr eingeleiteten Maßnahmen sind unter dem Abschnitt Adressausfallrisiken dargestellt.

Die Risikolage des Konzerns sehen wir sowohl bei den typischen Bankrisiken als auch bei den allgemeinen operationellen Risiken als hinreichend transparent und steuerbar an. Auf den Eintritt nicht vorhersehbarer, außergewöhnlicher Risikoereignisse haben wir uns insoweit vorbereitet, als klare Regeln und Verantwortlichkeiten bestehen, um diesen Ereignissen aktiv und konsequent begegnen zu können.

5.2. Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken

Seit mehreren Jahren ist im Konzern Bankgesellschaft Berlin die Funktionstrennung zwischen den risikoüberwachenden Einheiten und den risikonehmenden Geschäftsbereichen realisiert. Mit der Neuausrichtung des Konzerns und den in diesem Zusammenhang festgelegten neuen Strukturen wurden die risikoüberwachenden Organisationseinheiten zentralisiert sowie die Risikomessmethoden weiter vereinheitlicht und verfeinert. Die Identifizierung, Messung, Kontrolle und Steuerung der eingegangenen Risiken sind verschiedenen zentralen Bereichen der Bank übertragen worden, die jedoch bis auf wenige Ausnahmen innerhalb des Vorstandsressorts „Risikosteuerung und Controlling“ angesiedelt sind. Das Ressort setzt sich aus den Stabseinheiten Kreditrisiko und Portfoliosteuerung, Risk and Performance für Kapitalmarktgeschäft, Aktiv-/Passiv-Management, Controlling,

Finanzen und Compliance zusammen. Außerhalb dieses Vorstandsressorts nehmen die Bereiche Revision und Treasury weitere Aufgaben im Risikomanagement wahr.

Inhaltlich unterscheiden wir die Risikokategorien

- Adressausfallrisiken
 - Kreditrisiko
 - Kontrahentenrisiko
 - Länderrisiko
 - Anteilseignerrisiko

- Liquiditätsrisiken

- Marktpreisrisiken

- Operationelle Risiken
 - Systemrisiken
 - Personalrisiken

- Sonstige Risiken
 - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
 - Haftungsfreistellungserklärungen
 - Risiken des Immobilien- und Fondsgeschäftes des IBG-Konzerns
 - Risiken aus dem Fördergeschäft
 - Rechtsrisiken

Der Konsolidierungskreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Institute hat sich im Berichtsjahr durch Aufnahme der Zivnostenska banka a.s. sowie der BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft mbH OHG erweitert.

Unter dem Gesichtspunkt einer betriebswirtschaftlich orientierten Ressourcen- sowie Risikosteuerung werden die sieben Geschäftsfelder in drei strategischen Portfolios zusammengefasst. Das Retailgeschäft umfasst das Privatkunden-, Vermögensanlage- und Firmenkundengeschäft, das Portfolio Gewerbliche Immobilien enthält die Aktivitäten des Konzerns im Immobilienfinanzierungsgeschäft und das Portfolio Wholesalegeschäft beinhaltet das Kapitalmarktgeschäft, das Geschäft mit Großkunden und ausgewählten Kunden der öffentlichen Hand. Erläuterungen zu den Geschäftsfeldern befinden sich im vorderen Teil des Geschäftsberichts.

Sonderprüfungen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen • Im Auftrag des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen fanden im zurückliegenden Zeitraum eine Reihe von Sonderprüfungen bei der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin, der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG und der IBG statt. Neben verschiedenen Prüfungen zur Beurteilung der Werthaltigkeit der Forderungen, der Angemessenheit der Risikovorsorge sowie der Beachtung des § 18 KWG zu einzelnen Engagements wurde auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung im Zusammenhang mit einzelnen vom Konzern vertriebenen geschlossenen Immobilienfonds geprüft.

Die bislang nur zum Teil vorliegenden Ergebnisse dieser Prüfungen ergaben kein weiteres Risikopotenzial für den Konzern. Zu den noch nicht abgeschlossenen Prüfungen liegen der Bank bisher keine Erkenntnisse vor, die zu weiteren Ergebnisbelastungen der Bank führen würden. Für die im Prüfungsumfang enthaltenen Kreditengagements haben wir die Risikovorsorge im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses erhöht.

5.3. Adressausfallrisiken

Ursächlich für den Risikovorsorgeaufwand im Geschäftsjahr 2000 waren Schwächen in der konsequenten Umsetzung der Methoden und Instrumente des Kredit-/Beteiligungsrisikomanagements in den Teilbanken, insbesondere im Bereich Immobilien. Begleitet wurde dies durch erhebliche Mängel in der Bearbeitung einzelner Engagements und durch die heterogene Datenbasis im Konzern. Verstärkend hat sich eine marktnähere Bewertung der als Kreditsicherheiten verpfändeten Immobilien ausgewirkt. Dagegen weist das Risikomanagement der Marktrisiken einen hohen Standard auf.

5.3.1. Kreditrisiko

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu überwachen und gezielt zu reduzieren. Dazu ist es notwendig,

- die Risikopotenziale des Neugeschäftes zu erkennen und abzuwägen,
- die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen und
- die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale zu reduzieren.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, verwendet die Bankgesellschaft ein eigenes Ratingsystem, das konzernweit bei allen Tochterinstituten angewendet werden soll. Das Verfahren berücksichtigt die unterschiedlichen Kreditsegmente (bzw. -arten), z.B. Firmenkunden, Banken und Versicherungen, Gewerbliche Immobilienkredite, Projektfinanzierungen, und besteht aus einem zweistufigen Prozess:

Zunächst wird die Bonität des Kunden (bei Immobilienfinanzierungen: das Objekt) beurteilt und unter einer von sechs Stufen klassifiziert („A“ – beste Bonität – bis „F“ – Kredit in der Abwicklung –). Anschließend werden die vom Kreditnehmer gestellten Sicherheiten berücksichtigt, da diese die erwartete Verlustquote reduzieren. Das Ergebnis ist die sog. Risikoklasse, die wiederum von „A“ – geringstes Risiko – bis „F“ – Abwicklung – läuft.

Das gegenwärtige Rating ist ein von Praktikern entwickeltes Verfahren, das keine ausreichende Prognosefähigkeit für die zukünftig erwarteten Ausfälle aufweist. Es lässt den Kreditbearbeitern subjektiven Ermessensspielraum. Da die Ratingskala nicht auf Ausfallwahrscheinlichkeiten geeicht wurde, ist eine bestimmte Ratingnote zwischen den verschiedenen Geschäftsfeldern nicht notwendigerweise vergleichbar.

Diese Defizite führten vor einem Jahr zu der Entscheidung, das Ratingverfahren konzernweit vollständig neu zu entwickeln. Die Konzeption wird in verschiedenen Projekten in Zusammenarbeit mit dem DSGV, den deutschen Landesbanken und der Beratungsgesellschaft Oliver, Wyman & Company bearbeitet.

Das neue Ratingverfahren basiert auf statistischen Methoden, die eine hohe Prognosegüte der Ausfallwahrscheinlichkeit gewährleisten werden. Die Ratingskala wird zukünftig enger abgestuft (18 Unterteilungen) und auf Ausfallwahrscheinlichkeiten geeicht. Dadurch beschreibt eine Ratingnote konzernweit denselben Risikogehalt. Die Verfahren sollen zukünftig die Anforderungen des Baseler Ausschusses erfüllen („Internal Rating Based Approach“, kurz IRB).

Das Projekt befindet sich zur Zeit in der Testphase für Firmenkunden. Im Vergleich zum alten Firmenkundenrating hat sich die Trennschärfe zwischen den guten und schlechten Risiken deutlich verbessert. Für ein Testportfolio konnte für einen Prognosezeitraum von einem Jahr die Ausfallwahrscheinlichkeit mit über 75% vorhergesagt werden. Damit ist eine Qualität erreicht worden, die zu den Spitzenwerten aller in der Literatur bekannten Verfahren zählt.

Nach Abschluss der Testphase ist der flächendeckende Einsatz im Firmenkundenbereich noch für dieses Jahr geplant. Hierzu müssen noch die EDV-technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Parallel werden die weiteren Kundensegmente entwickelt. Ende 2001 bis Anfang 2002 werden die Spezialsegmente (u.a. Finanzinstitute und Projektfinanzierungen) folgen.

Kreditprozess in der Bankgesellschaft • Die Vergabe neuer Kredite bzw. die Prolongation bestehender Engagements richtet sich primär nach der Risikoeinschätzung der Kreditbereiche. Um diesen Prozess zu unterstützen, wurde im Berichts-

jahr eine neue Kredit-Kompetenzordnung von den Organen der Bankgesellschaft verabschiedet. Nunmehr sind die Kompetenzen konzernweit vereinheitlicht und berücksichtigen explizit den Risikogehalt der Engagements, welcher in Form der Risikoklasse gemessen wird. Je schlechter die Risikoklasse ist, desto geringer fällt die Kompetenz für den jeweiligen Entscheidungsträger aus. Im kreditrisikotragenden Geschäft besitzen die Marktbereiche keine Einzelkompetenz mehr; ein Kreditabschluss muss von den jeweiligen kreditbearbeitenden Bereichen positiv votiert werden. Außerdem sollen die Konditionen der vergebenen Kredite den Risikogehalt angemessen berücksichtigen.

Die Kreditbearbeitung des gesamten Konzerns ist in vier Bereichen zentralisiert. Jeder Bereich bearbeitet und votiert die Engagements eines oder mehrerer Strategischer Geschäftsfelder für alle betroffenen Teilbanken:

- Banken, Versicherungen („Financial Institutionals“) und internationale Konzerne;
- Private Kunden, Vermögensanlage und Firmenkunden;
- Immobilienengagements;
- Öffentliche Hand und Projektfinanzierungen.

Struktur des Kreditportfolios • Das Kreditportfolio im Bankbuch spiegelt den Geschäftsschwerpunkt wider. Etwa 35% des Kreditvolumens sind an Kunden im Großraum Berlin vergeben (vgl. Tabelle). Davon betreffen wiederum 53% das Immobiliengeschäft.

Regionale Verteilung des Kreditportfolios/Bankbuch (Kredite \geq 50 T€)

Region	Volumen	Strukturelle Verteilung der Kundenzahl
	%	%
Ausland	22,7	2,6
Alte Bundesländer	37,8	21,5
Berlin	34,6	64,3
Neue Bundesländer	4,8	11,6

Um das regionale Risiko zu begrenzen, führt der Konzern ein Anlagebuch mit Kreditersatzgeschäft im Volumen von ca. 17 Mrd. €. Hier werden ausschließlich fest und variabel verzinsliche Anleihen internationaler Emittenten gebucht, die von externen Ratingagenturen mit mindestens „Single A“ eingestuft werden. Dies verspricht eine hohe Bonität des Emittenten. Der Bestand wird vom Kapitalmarktgeschäft passiv geführt, d.h. die Titel werden in der Regel bis zur Endfälligkeit

gehalten. Die Marktpreisrisiken sind abgesichert, so dass ausschließlich Kreditrisiken mit sehr geringer Ausfallwahrscheinlichkeit gehalten werden.

Entwicklung im Geschäftsjahr • Im Kernmarkt Berlin wurden Neuengagements nur in geringem Umfang eingegangen, da die wirtschaftliche Lage sowohl im Firmen- als auch im Immobiliengeschäft nach wie vor verhalten beurteilt wird. Ergebnisbelastend wirkte sich die negative Wertentwicklung der zur Besicherung des Kreditgeschäftes beliehenen Immobilien aus. Nur in 1A-Lagen ist bei gewerblichen Immobilien eine deutliche Besserung zu verzeichnen.

Das Berichtsjahr war durch ein geringes Wachstum des Kreditgeschäftes und von einer hohen Dotierung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft geprägt. Hierzu sah sich die Bank aus verschiedenen Gründen veranlasst.

Ab Oktober 1998 wurde zusammen mit der Unternehmensberatung McKinsey & Company, Inc., ein Projekt „Risikomanagement“ begonnen, das insbesondere

- die konzernweit eingegangenen Risiken strukturieren, bewerten und transparent machen sollte,
- die Prozessabläufe des Risikomanagements erfassen und verbessern und
- die Strukturen des Risikomanagements neu ordnen sollte.

Das Projekt wurde im Juli 1999 beendet.

Als wesentliche Ergebnisse für das Thema Kreditrisiko wurde festgehalten, dass

- konzernweit ein unterdurchschnittlich geratetes Kreditvolumen in Höhe von ca. 2,56 Mrd. € existiert. Dieses Volumen setzt sich aus den „D“- bis „F“-gerateten Engagements abzüglich der erstklassigen Sicherheiten und abzüglich der damals bereits gebildeten Einzelwertberichtigungen zusammen.
- sich zwei neu strukturierte Risikobetreuungseinheiten etablieren. Diese haben die Aufgabe, die risikobehafteten Engagements zu betreuen und das Risikopotenzial abzubauen.

Für dieses unterdurchschnittlich geratene Kreditvolumen wurde in 1999 die damals erkennbare, angemessene Risikovorsorge getroffen. Die Erfahrungen der Risikobetreuungsbereiche haben im Verlauf des Berichtsjahres, auch wegen weiter nachgebender Immobilienpreise, gezeigt, dass die Buchwerte von Immobilienobjekten und Sicherheiten bei einer Veräußerung in vielen Fällen nicht zu realisieren waren. In der Konsequenz haben wir uns entschieden, die Objekte und Sicherheiten des Konzernportfolios hinsichtlich ihrer Bewertung zu überprüfen. Wir

haben beschlossen, die Immobilien und Sicherheiten mit den Marktwerten zu vergleichen und, insbesondere bei Abwicklungsfällen unter Zerschlagungsgesichtspunkten, zu bewerten. Daraus resultieren konsequenterweise Wertberichtigungen, die die Planzahlen – die schon im Spätsommer 1999 verabschiedet wurden – deutlich übersteigen. Im Abschluss 2000 weisen wir insbesondere deshalb eine Nettorisikovorsorge für das Kreditgeschäft in Höhe von 1.537 Mio. € aus.

Übersicht Kreditrisikovorsorge nach Geschäftssegmenten

	Risiko- vorsorge Bedarf 2000	Risiko- vorsorge Bedarf 1999	Wertberich- tigungs- bestand (ohne § 340f HGB) 31.12.2000	Kreditvolu- men (brutto) unkonsoli- diert 31.12.2000	Wertberich- tigungs- quote
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mrd. €	%
Privatkunden	39	28	197	6,6	2,97
Vermögensanlagen	79	35	335	7,0	4,80
Firmenkunden	199	116	1.483	10,3	14,40
Öffentliche Hand	4	- 1	5	11,6	0,04
Privat- und Firmenkunden	321	178	2.020	35,5	5,69
Großkunden/Ausland	40	13	380	13,1	2,89
Kapitalmarktgeschäft	10	8	55	62,9	0,09
Kapitalmarkt- und Großkunden	50	21	435	76,0	0,57
Gewerbliche Immobilien-Finanzierungen*)	1.106	294	2.162	28,7	7,54
Fördergeschäft (IBB)	68	16	189	20,8	0,91
Zinsmanagement + Sonstige	- 9	- 5	27	1,6	1,69
Summe	1.537	504	4.832	162,5	2,97

*) Das ausgewiesene Kreditvolumen enthält nicht die Kommunalkredite der Berlin Hyp und nicht die Finanzierungen im Zusammenhang mit dem Fondsgeschäft der IBG-Gruppe; Vorsorgebedarf i.V.m. letzteren Risikopotenzialen, die nicht Kreditrisiken darstellen, sind über Rückstellungsbildungen abgedeckt. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sind im Kreditvolumen enthalten.

Die Risikoqualität unseres Kreditportfolios wird sich mit der Weiterentwicklung einer fokussierten Geschäftsausrichtung des Konzerns sukzessive erhöhen. Die Beobachtung der vorhandenen Bonitätsrisiken wird noch stärker systematisiert und durch zeitnahe Klassifizierungen (Ratings) unterstützt. Hierfür werden weiterhin umfangreiche Investitionen in Informationstechnologie und Prozessanpassungen getätigt.

Der Risikogehalt unseres kommerziellen Kreditportfolios hat sich – mit Ausnahme des Immobilien- und Immobilienfondsgeschäfts – durch die risikoärmere Struktur des Neugeschäfts erneut verringert. Die Neuzusagen konzentrierten sich im Berichtszeitraum hauptsächlich auf das Geschäft mit gerateten internationalen Adressen, mit der öffentlichen Hand oder betrafen „Cash-Flow-basierte“ Projektfinanzierungen.

Die Risikolage im Kreditgeschäft mit Privatkunden bewegte sich nach wie vor auf einem – gemessen an der Volumens- und Ergebnisentwicklung dieses Geschäftszweiges – niedrigen Niveau.

Im Firmenkundengeschäft wurde der Risikogehalt des Portfolios durch die Konzentration unserer geschäftlichen Ausrichtung auf dem Heimatmarkt Berlin und dem damit verbundenen Abbau der Kreditausreichungen an überregionale Adressen deutlich vermindert.

Im Privatkunden- und im breiten Firmenkundengeschäft erwarten wir keine überproportionale Steigerung des Vorsorgebedarfs, das heißt, die Wertberichtigungsquote, die derzeit bei rund 6% des Kreditvolumens liegt, wird in Relation zur Volumensentwicklung konstant bleiben. Kritische Einzelfälle bei Großengagements und in bestimmten Branchen halten wir unter intensiver Beobachtung.

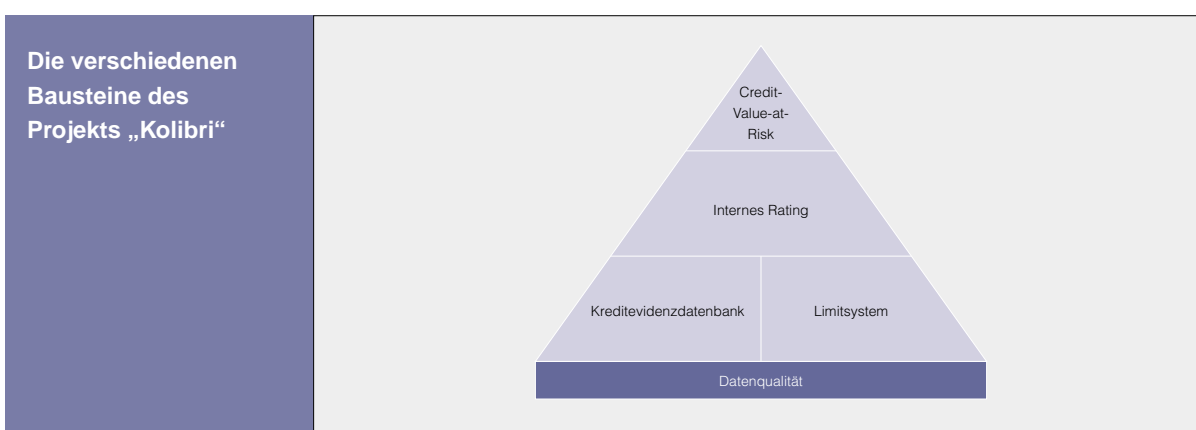
Das gewerbliche Immobiliengeschäft stellte traditionell einen Schwerpunkt unserer Geschäftstätigkeit dar. Auch hier wurde durch eine Veränderung der Ausrichtung im Neugeschäft eine Risikoverringerung angestrebt. Allerdings führte die Verfassung des gewerblichen Immobilienmarktes in Deutschland, speziell in Ostdeutschland, sowie die oft schwache Eigenkapitalbasis der Investoren zu einer spürbaren Verschlechterung der Bedienungsfähigkeit der beliehenen Objekte. Wir haben deshalb die Risikovorsorge im Immobiliengeschäft erheblich verstärken müssen. Begleitend wurde eine Neubewertung unseres gesamten gewerblichen Immobilienportfolios eingeleitet. Das Marktumfeld im gewerblichen Immobiliengeschäft in Deutschland und die daraus resultierende Ertrags- und Risikolage haben uns veranlasst, eine Änderung in der Geschäftsstrategie zu beschließen.

Wir sind der Überzeugung, dass durch die veränderte Geschäftsausrichtung des Konzerns und das damit einhergehende risikoärmere Kreditneugeschäft eine strukturelle Verbesserung in unserem Kreditportfolio erreicht wird.

Die Methoden und Verfahren zur Erkennung und Steuerung der Risiken des Bankkonzerns wurden im Berichtsjahr 2000 weiter verbessert und sowohl organisatorisch als auch in den Entscheidungs- und Kontrollprozessen stärker verankert. Das Kreditrisiko in einzelnen Geschäftssegmenten kann jeweils gesondert dargestellt, beobachtet und gesteuert werden.

Wir werden die strengeren Bewertungsmaßstäbe beibehalten. Dadurch wird die Risikovorsorge stärker mit der Marktentwicklung schwanken. Zugleich schaffen wir damit einen gleitenden Übergang zu den neuen Regeln des Baseler Akkords, der eine markt- und zeitnahe Bewertung aller Immobilienengagements vorsieht.

Projekte zur Risikosteuerung • Die Bankgesellschaft baut das Controlling der Kreditrisiken systematisch weiter aus. Hierzu wurde im März 2000 das Projekt „Kolibri“ (Konzeption für ein Obligo- und Limitmanagementsystem in der Bankgesellschaft Berlin) gestartet. Es soll vor allem die EDV-technischen Grundlagen für ein umfangreiches Kreditrisikomanagement im Konzern Bankgesellschaft Berlin schaffen. Die Ziele sollen in mehreren Etappen realisiert werden, die alle aufeinander aufbauen. Folgende wichtige Meilensteine sind zu nennen (vgl. Abbildung):



- **Verbesserung der Datenqualität:** Voraussetzung für alle weiteren Bausteine des Projektes ist, dass die risikorelevanten Daten fehlerfrei und vollständig in EDV-Systemen erfasst sind. Teilweise sind die Daten mehrfach erfasst, teilweise liegen bestimmte Informationen nur in Akten vor (z. B. Sicherheiten).
- **Aufbau einer Kreditevidenzdatenbank:** Diese Datenbank soll die risikorelevanten Daten aller Produkte („klassische Kredite“ ebenso wie Derivate des Kapitalmarktgeschäftes) von allen Teilbanken und allen Kunden zentral erfassen und konsolidieren. Damit wird dann eine zentrale Evidenz zur Verfügung stehen, die täglich aktualisierte Daten über die Kreditengagements je Kreditnehmereinheit auflistet. Diese Datensammlung ist die Voraussetzung für alle nachgelagerten Risikomessverfahren.
- **Aufbau eines Limitmanagementsystems:** Um Kreditportfolios und Einzeladressen in ihrem Risikopotenzial zu begrenzen, ist es notwendig, Limite zu vergeben. Diese müssen wiederum konzernweit gelten und alle Produkte umfassen. Die technischen Voraussetzungen werden mit der Einführung eines Limitmanagementsystems geschaffen. Mit dessen Hilfe wird es dann möglich sein, Portfolios zu definieren und in ihrem Risikogehalt zu messen und zu beschränken. Beispielsweise können dann Linien für regionale oder branchenbezogene Portfolios aufgestellt und überwacht werden.

- Umfassende Verbesserung der Ratingverfahren und -methoden.
- Etablierung statistischer Risikomessverfahren (Credit Value-at-Risk): Auf Basis der internen Ratings können die Kreditportfolios hinsichtlich des Risikopotenzials bewertet werden. Als Ergebnis erhält man eine Risikozahl, die mit den Risikokennzahlen der Marktpreisrisiken vergleichbar ist. Das Verfahren berücksichtigt u. a. Diversifizierungseffekte innerhalb der Portfolios und Abhängigkeiten zwischen Kreditnehmern und Branchen. Damit wird dann eine umfassende Portfoliosteuerung möglich sein.

Die genannten Eckpfeiler des Projektes werden die derzeitigen Verfahrensmängel umfassend beseitigen.

Aktueller Projektstand und weiterer Projektverlauf • Während der Projektlaufzeit wird die Datenqualität fortlaufend verbessert. Ultimo März 2001 wurde die erste Version der neuen Kreditevidenzdatenbank planmäßig in Produktion genommen. Damit ist es nunmehr möglich, für alle Kreditnehmer, die in einer der drei Banken Berlin Hyp, in der Landesbank Berlin oder in der Bankgesellschaft Berlin/Berliner Bank mindestens eine Inanspruchnahme in Höhe von 1,5 Mio. € aufweisen, folgende Informationen tagesaktuell abzufragen:

- Höhe der extern zugesagten Linien
- Höhe der Inanspruchnahmen
- Summe der bewerteten Sicherheiten
- Bonitätsrating und Risikoklasse des Kreditnehmers

Die Daten können wahlweise auf Ebene eines einzelnen Kreditnehmers oder auf Ebene der Kreditnehmereinheit dargestellt werden. Alle Daten werden täglich aktualisiert und vollständig historisiert.

Auf dieser Datenbasis wurde ein neuer Kreditrisikoreport für den Vorstand und Kreditausschuss des Aufsichtsrates konzipiert und ab Mai 2001 regelmäßig erstellt. Der Report enthält auch Darstellungen zur zeitlichen Entwicklung der Risikokennzahlen, so dass eine bessere Übersicht über die Entwicklung der Risikolage als bisher möglich ist.

Das Risikomanagement profitiert von der Datenbank auf folgenden Gebieten:

- Das Berichtswesen an Vorstand und Kreditausschuss des Aufsichtsrates wird über erheblich aktuellere und umfassendere Daten verfügen, die die Obligen konzernweit erfassen. Mit den alten Systemen ist ein Vorlauf von etwa drei bis vier Monaten notwendig. Zukünftig stehen die Daten tagesaktuell zur Ver-

fügung, so dass für Aufbereitung und Versand der Reports etwa ein bis zwei Wochen benötigt werden.

- Das Berichtswesen wird auf ein qualitativ höheres Niveau gehoben.
- Die Berichte werden nicht mehr primär auf die Inanspruchnahme, sondern auf die zugesagten Linien abstellen.
- Zukünftig werden neue Kennzahlen dargestellt: Für die Portfolios werden u. a. Konzentrationsmaße berechnet, um mögliche Klumpenrisiken in den Beständen aufzuzeigen.
- Da die Daten zukünftig archiviert werden, ist es möglich, Zeitreihen zu erstellen. Beispielsweise kann dann der Abbau der Konzentrationsmaße im Zeitverlauf dargestellt werden. Somit wird es möglich sein, die Erfolge der Portfoliosteuerung aktuell zu verfolgen.
- In Verbindung mit den Ratingkennzahlen können Ausfallwahrscheinlichkeiten für die Portfolios berechnet werden.

Die zweite Version der Evidenzdatenbank ist in der Entwicklung. Sie wird voraussichtlich im ersten Quartal 2002 fertig gestellt sein. Sie ermöglicht es dem Anwender, die Daten der Kreditnehmer bis zur Kontoebene zu selektieren und auszuwerten. Darüber hinaus enthält sie umfangreichere Daten. Weiterhin werden die Zahlungsströme der Kreditgeschäfte berechnet. Dies ist die Voraussetzung für die Anwendung der statistischen Risikoberechnungen (Credit Value-at-Risk).

Für das Limitmanagement wurde im vierten Quartal 2000 ein Softwareprodukt (Algosuite von der Firma Algorithmics) ausgewählt, welches die Anforderungen des Konzerns abdeckt. Bis zum 30. Juni 2001 fand noch eine viermonatige Testphase statt, um die Produkteigenschaften ausführlich zu prüfen. Sollten die Ergebnisse positiv ausfallen, wird die Software ab Juli 2001 konzernweit implementiert. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt verläuft die Testphase positiv. Die erste Ausbaustufe wird nach ca. einem Jahr abgeschlossen sein.

5.3.2. Kontrahentenrisiko

Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. In den Risikoklassen „D“ bis „F“ findet kein Geschäft statt. Darüber hinaus wird das Risiko noch weiter reduziert, indem mit den bedeutendsten Handelspartnern sog. Netting-Vereinbarungen getroffen wurden. Diese ermöglichen es den beiden Kontrahenten, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen, so dass lediglich das Netto-Volumen im Risiko liegt. Darüber

hinaus wird mit den wichtigsten Kontrahenten die Stellung von Sicherheiten (Collaterals) vereinbart.

5.3.3. Länderrisiko

Steuerung des Länderrisikos • Bei der Steuerung des Länderrisikos wird der Vorstand durch ein Länderkomitee beraten. Dieses erarbeitet insbesondere Vorschläge zur Risikoeinschätzung der Länder und zur Festlegung der entsprechenden Limithöhen. Das Länderkomitee ist ein konzernübergreifendes Gremium, das sich aus den Leitern des Bereichs Internationales Geschäft, des entsprechenden Kreditbereichs und des Konzernstabs Kreditrisiko und Portfoliosteuerung zusammensetzt.

Die Länder werden in Abhängigkeit vom Transferrisiko in sechs Länderrisikogruppen eingeteilt. Diese laufen von Gruppe 1 (Länder ohne Risiko) bis zur Gruppe 6 (Länder mit akutem Risiko). Die Einstufung unterliegt einem gemeinsamen, formellen Prozess der Konzernstäbe Volkswirtschaft, Kreditrisiko und Portfoliosteuerung sowie des Bereichs Internationales Geschäft. Die Beurteilung stützt sich insbesondere auf volkswirtschaftliche Kennzahlen (z. B. Kapazität zum Erwirtschaften von Devisen, Verschuldungsniveau, wirtschaftliches Wachstum) und auf die Einschätzung der politischen und administrativen Risiken.

Länderlimite • Zur Begrenzung des Transferrisikos richtet die Bank Länderlimite ein. Zur Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von der Summe der Inanspruchnahmen und der externen Zusagen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (u. a. Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Netto-Inanspruchnahme je Land. Die Tabelle zeigt einen Überblick über die Auslastung der Länderlimite per Ultimo 2000. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass insbesondere Geschäfte mit der Gruppe 1 getätigt werden. In den Gruppen 4 bis 6 überwiegen Geschäfte im Kundenauftrag, die vorrangig durch Sicherheiten abgesichert sind und auf die Adresse des Kunden abstellen.

Länderlimite und -inanspruchnahmen pro Risikogruppe

Länderrisikogruppe	Konzern Bankgesellschaft Berlin 31.12.2000	
	Länderlimit	Inanspruchnahme (brutto)
	Mio. €	Mio. €
Länder ohne Rating/Internationale Organisationen	–	(349,9)
1 Länder ohne Risiko ¹⁾	–	(54.146,2)
2 Länder mit geringem Risiko	9.234,0	3.049,0
3 Länder mit überschaubarem Risiko	1.585,0	594,8
4 Länder mit erhöhtem Risiko	1.276,0	800,3
5 Gefährdete Länder	667,0	525,0
6 Länder mit akutem Risiko	590,0	650,9 ²⁾
Summe	13.352,0	5.620,0

1) Aufgrund des geringen Transferrisikos werden für Länder der Risikogruppe 1 keine Länderlimite vergeben.

2) Keine Überschreitung des Länderlimits, da Sicherheiten in Höhe von 407,6 Mio. € vorhanden sind.

Länderrisiken sind infolge der Fokussierung unserer Geschäftstätigkeit erheblich zurückgeführt worden.

5.3.4. Anteilseignerrisiko

Außerhalb des Konsolidierungskreises halten die Konzernbanken unmittelbar 125 Beteiligungen. Der Konzern weist Beteiligungen mit einem Buchwert von 240 Mio. €, Anteile an assoziierten Unternehmen i.H.v. 44 Mio. € und Anteile an verbundenen Unternehmen i.H.v. 141 Mio. € aus. Die Verlustübernahmen von 71 Mio. € betreffen 13 Gesellschaften.

Im Berichtsjahr hat sich der Bestand um 13 Beteiligungen erhöht. Das betrifft im Wesentlichen Beteiligungen der Zivnostenska banka, die im Berichtsjahr erstmalig konsolidiert wurde.

Neben den strategischen Beteiligungen der Bank – das heißt, Beteiligungen zum Betreiben oder zur Unterstützung des Bankgeschäfts – halten wir Unternehmensbeteiligungen, zu denen ab 2001 auch die neue aus der IBG entstandene Immobiliendienstleistungsgesellschaft IBAG gehört. Im Rahmen eines Restrukturierungsprojekts werden wir auch eine durchgreifende organisatorische Neuausrichtung und strikte Fokussierung auf rentable Produkte und Dienstleistungen schaffen. Es ist abzusehen, dass sich in der Phase der Umstrukturierung die hierfür erforderlichen Aufwendungen in einem negativen Geschäftsergebnis niederschlagen. Es ist beabsichtigt, zwischen der IBAG und der Bankgesellschaft Berlin AG einen Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag abzuschließen. Das Immobilienfinanzierungsgeschäft und das Immobilienfondsgeschäft werden zukünftig getrennt geführt. In der IBG GmbH (alt) verbleiben unternehmerische Betreiberrisiken wie z.B. das Projekt „EuroSpeedway Lausitz“.

5.4. Liquiditätsrisiken

Das Management des Liquiditätsrisikos und die Liquiditätssteuerung im Konzern obliegen dem Geschäftsfeld Treasury.

Das Liquiditätsmanagement der Bankgesellschaft Berlin steuert die betriebswirtschaftliche Liquidität der Teilbanken unter Berücksichtigung der Einhaltung der externen Rahmenbedingungen, die durch das Bankaufsichtsrecht vorgegeben und deren Einhaltung durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred) kontinuierlich geprüft werden.

Seit dem 01.07.2000 gilt die aufsichtsrechtliche Liquidität dann als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Mit der Einführung des neuen Grundsatzes II (Liquiditätsgrundsatz) kam es zu einer deutlichen methodischen Annäherung zwischen externer und bankinterner Betrachtung. Der signifikante Unterschied liegt in der fehlenden Berücksichtigung der Cash-Flows aus derivativen Geschäften im Liquiditätsgrundsatz.

Im Konzern Bankgesellschaft Berlin orientieren sich die Methoden zur Liquiditätssteuerung sowohl an der quantitativen Messung der Liquiditätsunter- bzw. -überdeckungen, die mit Hilfe von Liquiditätsablaufbilanzen taggenau quantifiziert werden, als auch an qualitativen, auf Währungen bezogenen Cash-Flow-Prognosen, die unter Berücksichtigung von Worst-case-Szenarien herangezogen werden. Die Ergebnisse der Forecast-Rechnungen dienen somit als Entscheidungsgrundlage für gegebenenfalls einzuleitende Maßnahmen.

Liquiditätsgrundsatz-Quoten per 31.12.2000

Institut	Liquiditätskennziffer per 31.12.2000
Bankgesellschaft Berlin AG	1,01
Landesbank Berlin	1,25
Berlin-Hann. Hypothekenbank AG	1,39
Allgemeine Privatkundenbank AG	1,07
Weberbank Berliner Industriebank KGaA	3,55

In Anlehnung an die vom Baseler Committee im Februar 2000 verabschiedeten „Sound Practices for Managing Liquidity in Banking Organisations“ wird u. a. am Monitoring der Netto-Zahlungsströme im Konzern und der szenariobasierten Verfeinerung eines Contingency-Plans gearbeitet.

Für den Zeitraum der Verzögerung des Jahresabschlusses 2000 sah sich die Bankgesellschaft verschlechterten Refinanzierungsbedingungen gegenüber. Der hierdurch erschwerte Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten machte ein Ausweichen auf eher kurzfristige Refinanzierungsformen notwendig. Sollten für die künftigen Refinanzierungen aufgrund einer verschlechterten Bonitätseinschätzung durch den Markt Risikozuschläge anfallen, sinkt durch die Strategie der variablen Refinanzierung der Aktivüberhänge, insbesondere in mittleren und längeren Laufzeiten, das zu erzielende Zinsergebnis.

5.5. Marktpreisrisiken

Im Konzern werden Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstigem Preisrisiko in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie im Aktiv-/Passiv-Management (Bankbuch) eingegangen.

Marktpreisrisiken bei Handelsbuchaktivitäten • Die Handelsbuchaktivitäten sind Teil des Strategischen Geschäftsfeldes Kapitalmarktgeschäft. Sie sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In den Strategien ist der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten verträglichen Risikoniveaus formuliert. Über die Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Ertragsziele, Capital-at-Risk-Limite, kurz: CAR-Limite) transformiert und durch den Vorstand verabschiedet. Die Ermittlung und das Reporting der barwertigen Ertragsentwicklung und der Risikolimitauslastung erfolgt täglich.

Marktpreisrisiken bei Bankbuchaktivitäten • Ausgehend von den Zielsetzungen für das strategische Bilanzstrukturmanagement legt der Gesamtvorstand der einzelnen Konzerninstitute jährlich ein CAR-Limit für die Marktrisiken des gesamten Bankbuches fest. Der Bereich Aktiv-/Passiv-Management (APM) der Bankgesellschaft Berlin ermittelt täglich zentral die eingegangenen Marktrisiken (überwiegend Zinsänderungsrisiken) in den Bankbüchern der Konzerninstitute. Die Auswertungen bezüglich des Zinsänderungsrisikos umfassen Analysen der ökonomischen Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und ermöglichen somit die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten. Darüber hinaus werden auch Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrages, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Aspekte der Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung Berücksichtigung finden. Hierzu werden u.a. Monte-Carlo-Simulationen eingesetzt.

Das Risikomanagement wird nach Risikosteuerung und Risikokontrolle getrennt.

**Capital-at-Risk-Limite und -Inanspruchnahmen im Jahr 2000 im Konzern
nach Handels- und Bankbuchaktivitäten**

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme			CAR-Limite (Stand: 12/00)
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	
<i>Handelsbuchaktivitäten</i>				
Risk-Management-Derivative	16,6	12,3	25,8	40,0
Aktien/Aktienderivate	17,7	11,8	49,8*)	25,0
Credit Derivatives	0,9	0,6	1,2	3,5
Geldhandel	14,3	6,2	27,3	40,0
Rentenhandel (inkl. Fixed Income Primary Markets)	3,8	1,4	7,5	15,0
Devisenhandel	1,5	0,6	3,5	4,6
<i>Bankbuchaktivitäten</i>	<i>578,0</i>	<i>461,6</i>	<i>677,3</i>	<i>958,0</i>
Summe Konzern	621,8	508,7	719,9	1.086,7

*) Bedingt durch die Fusion mit Vodafone wurde Mannesmann aus den Aktienindices ausgeschlossen. Die im Zusammenhang mit der Indexarbitrage gehaltene Position konnte aufgrund von Leihegeschäften nicht vollständig aufgelöst werden. Zur Absicherung der nunmehr offenen Position wurde eine Gegenposition in Vodafone aufgebaut. Trotz der hohen Fusionswahrscheinlichkeit führte die Gesamtposition zu einer kurzfristigen Überschreitung des CAR-Limits.

nach Risikokategorien

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Zinsrisiko	533,7	353,2	606,2
Währungsrisiko	7,1	4,4	9,4
Aktienrisiko	122,6	56,5	162,5
Sonstige Risiken	0,1	0,0	0,1
Summe Konzern	621,8	508,7	719,9

Risikosteuerung der Marktpreisrisiken • Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch bzw. Händler. Sie wird ergänzt durch Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Verfahren (z.B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Base-Point-Value-, Duration-Limite, Vega-Limite etc.).

Die Risikosteuerung für die Bankbücher erfolgt täglich. Spätestens 14-tägig wird über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos im Dispositionsausschuss des Vorstandes beraten und entschieden.

Kontrolle der Marktpreisrisiken • Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften unabhängig durch den Bereich Risk and Performance für das Kapitalmarktgeschäft (RAP). Die mit Eigenkapital zu unterlegenden Marktrisiken

werden nach den im KWG vorgeschriebenen Standardverfahren ermittelt und den Aufsichtsbehörden gemeldet. Für die interne Überwachung der Marktrisiken wird das Capital-at-Risk-Konzept zugrunde gelegt. Hierbei werden sowohl die Positionen der Handelsbücher als auch die der Bankbücher unabhängig täglich bewertet und das entstehende Marktpreisrisiko (CAR) ermittelt.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken • Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf dem linearen Varianz-Kovarianz-Verfahren, das durch flankierende Größen, so genannte Add-ons, zur Erfassung der nichtlinearen Risiken (Gamma-Risiken) und der Volatilitätsrisiken (Vega-Risiken) ergänzt wird (Basis: Haltedauer 10 Tage; Konfidenzniveau: 99%; Betrachtungszeitraum für Marktrisikowerte: 250 Tage). Für komplexe und hoch strukturierte Portfolios wird das konservative Szenario-Matrix-Verfahren genutzt.

Bei Aktien-Risiken wird eine Aufteilung in das allgemeine und das spezielle Kursrisiko vorgenommen. Dies erfolgt mit Hilfe des Single-Index-Modells, das einen linearen Zusammenhang zwischen der Rendite einer Aktie und der Rendite eines für das jeweilige Land spezifischen Aktienindexes modelliert. Korrelationen der Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld vollständig, für den Gesamtbankausweis nur partiell, berücksichtigt.

Die Ergebnisse der CAR- und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstand zur Kenntnis gegeben. Eingebettet in diese Analyse ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Grundlage dafür sind neben den CAR-Limiten pro Geschäftsfeld dynamische, u.a. von dem einmal erreichten P&L-Niveau abhängige Stop-Loss-Limite. Beide werden täglich überwacht.

Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien monatlich untersucht. Zusätzlich wird die Prognosegüte der Modelle mittels Backtesting ermittelt.

Für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken im Kapitalmarktgeschäft ist darüber hinaus ein Marktrisiko-Committee eingerichtet. Dieses tagt monatlich unter Leitung des Konzernstabs *Risk and Performance*. Beteiligt sind die Leiter der Geschäftsfelder im Kapitalmarktgeschäft sowie der Leiter Aktiv-/Passiv-Management. Hier werden Besonderheiten der aktuellen Marktentwicklung beraten und eventuell erforderliche Maßnahmen abgestimmt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt zudem das New Product Committee zusammen, um Risiken aus neuen, bisher nicht im Produktkatalog aufgeführten Geschäftstypen zu evaluieren und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produktes erfolgt durch den Vorstand.

Reporting der Marktpreisrisiken • Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- täglicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an die zuständigen Fachvorstände;
- 14-tägiger Aktiv-/Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss;
- monatlicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an den Konzernvorstand.

Die in der Bankgesellschaft eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des abgelaufenen Jahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gemanagt. Die CAR-orientierten Kalkulationen wie auch die darauf aufbauenden Entscheidungsprozesse werden mittels der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und entsprechender Projekte permanent weiterentwickelt. Dazu gehört auch die unabhängige Intra-Day-Kontrolle der Marktpreisrisiken. Ziel ist es weiterhin, die gesamten internen Berechnungsverfahren so einzurichten, dass sie zukünftig als alleiniges Verfahren (internes Modell) auch für die Meldung der Marktrisiken nach Grundsatz I des Kreditwesengesetzes (KWG) eingesetzt werden können.

5.6. Operationelle Risiken

Der Konzern hat zur konzerneinheitlichen Erfassung und Steuerung der operationellen Risiken im vergangenen Jahr ein konzernweites Projekt aufgesetzt und abgeschlossen, in dessen Rahmen die operationellen Risiken inhaltlich von den anderen Risikoarten abgegrenzt und kategorisiert wurden. In die Projektarbeit wurden Mitarbeiter aus verschiedenen Teilunternehmen des Konzerns und aus unterschiedlichen Ressorts eingebunden. Die operationellen Risiken wurden in Form einer Negativabgrenzung wie folgt definiert:

Operationelle Risiken sind Risiken aus internen und externen Ereignissen, die nicht dem Marktpreis-, Adressenausfall-, Liquiditätsrisiko oder sonstigen Risiken zuzuordnen sind.

Zur systematischen Erhebung der Risiken wurde eine Risikoinventur in Form einer konzernweiten Befragung durchgeführt. Die einzelnen Risiken wurden im Rahmen eines Scoringmodells hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihres Verlustpotenzials jeweils auf einer Skala zwischen 1 (gering) und 5 (hoch) klassifiziert. Wir haben hieraus entnommen, dass außergewöhnliche Risiken für unseren allgemeinen Geschäftsbetrieb nicht drohen. Es wurden teilweise Schwächen in Abläufen und Absicherungssystemen erkannt, an deren Beseitigung nunmehr gezielt gearbeitet wird.

Im Rahmen von Sonderprüfungen, die durch die Aufsichtsorgane in Auftrag gegeben wurden, ergaben sich Mängel in der Abwicklung und Kontrolle im Hypothekenkreditgeschäft der Berlin Hyp und der Immobiliendienstleistungsgesellschaft. Durch Restrukturierungsprojekte werden diese Mängel unverzüglich beseitigt.

Die Bandbreite der Bewertungsergebnisse aus der Risikoinventur für die einzelnen Risikokategorien ist relativ gering. Überdurchschnittliche Bewertungen erfolgten für Rechts- und Personalrisiken. Aufbauend auf den Ergebnissen der Projektarbeit wird diese „Risikoinventur“ zukünftig regelmäßig durchgeführt, eine monetäre Bewertung der Risiken sowie die Etablierung eines Frühwarnsystems angestrebt.

Die konzernweite Behandlung der Thematik obliegt ab 2001 der neu gegründeten Abteilung „Operationelle Risiken“, die dem Steuerungsbereich Controlling unterstellt ist.

5.6.1. Systemrisiken

Mit der Umsetzung einer neu formulierten konzernweiten IT-Strategie wird in Zukunft die Effizienz- und Leistungsfähigkeit der IT-Systeme laufend den geschäftsbedingten Veränderungen angepasst werden können. Damit wurde der Grundstein zu einem stabilen und entwicklungsfähigen Systemumfeld gelegt, mit dem wir in der Lage sind, der rasanten Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie zu folgen. Diese Konzeption gibt uns auch die Möglichkeit, die anstehenden Strukturveränderungen des Konzerns systemtechnisch zu bewältigen und gleichzeitig Effizienz- und Kostenverbesserungen zu erreichen. Die Vereinheitlichung und damit Reduzierung der verschiedenen System- und Anwendungsplattformen wird dies – in Hinblick auf Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung – implizit gewährleisten. Als Beispiele seien hier die Konsolidierung auf ein Host-Betriebssystem (MVS), ein Kasse-System (dvg-Kasse), die Vereinheitlichung auf eine Desktop-Plattform (Citrix, Windows2000, Microsoft Office) und eine Messaging- und Calendering-Plattform oder auch die Einführung eines konzernweiten Konfigurationsmanagements genannt. Darüber hinaus zielt das bereits laufende Kooperationsprojekt mit der dvg (Rechenzentrum-Produktion)

u. a. auf eine Verminderung der Systemkomplexität und damit auch auf eine weitergehende Risikominimierung ab (z.B. Serverkonsolidierung, Service Level Fixierung und Verfolgung).

Die Einführung neuer Technologien (z.B. Internet-Banking und Brokerage) wird ausschließlich durch bzw. in Abstimmung mit den Kooperationspartnern im dvg-Verbund vorgenommen, die resultierenden Systeme durchlaufen dabei definierte Qualitätssicherungsmaßnahmen (Integration & Test der dvg, Pilotierung in ausgewählten Instituten), bevor ein produktiver Einsatz erfolgt. Aufgrund dieser Ausrichtung sehen wir keine systemischen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns beeinträchtigen könnten.

5.6.2. Personalrisiken

Grundlage unserer Personalarbeit sind die auf unsere Geschäftssegmente ausgerichteten Personalbetreuungseinheiten. Sie gewährleisten eine planmäßige Entwicklung des für unseren Geschäftsbetrieb benötigten qualitativen und quantitativen Personalbestandes. Mit einer gezielten Förderung unserer Nachwuchsführungskräfte können wir den Führungskräftebedarf des Konzerns weitgehend intern abdecken. Im Rahmen eines Programms zur strategischen Ergebnisverbesserung konnte durch Verschlinkung von internen Leistungen und Prozessen ein Einsparpotenzial von 1.600 Mitarbeiterkapazitäten identifiziert werden. Zur Realisierung des beschlossenen Abbauprozesses wurden eine Reihe personalpolitischer Maßnahmen entwickelt und die erforderlichen finanziellen Mittel in Form einer Restrukturierungsrücklage bereitgestellt. Mit der Umsetzung dieses Programms erwarten wir, in den Geschäftsprozessen effizienter und leistungsfähiger zu werden. Die Einsparungen sind sowohl von der Qualität als auch von den Aufgaben her mit den Anforderungen des Geschäftsbetriebs und dessen Steuerung und Kontrolle harmonisiert worden, so dass wir keine personellen Engpässe oder Qualitätsverluste aufgrund des Kostensenkungsprogramms erwarten.

5.7. Sonstige Risiken

5.7.1. Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die geschäftspolitischen und strategischen Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Konzerns sind in mehreren Klausursitzungen des Konzernvorstandes vorbereitet, umfassend behandelt und verabschiedet worden. Hierzu gehörten vor allem die weitere Fokussierung auf die Transparenz der Geschäftsstrukturen und die Verbesserung der Kontroll- und Steuerungsfähigkeit durch die Bildung strategischer Geschäftsportfolios (Retailgeschäft, Wholesalegeschäft und gewerbliche Immobilien), die in weitgehend eigenständigen Organisations- und Verantwortungseinheiten geführt werden sollen. Ferner gehörte dazu die Steigerung der Effizienz durch ein Projekt zur strategischen Ergebnisverbesserung, das durch

Anpassung und Verschlankeung von Prozessen und Strukturen zu deutlichen Einsparungen von rund 1.600 Mitarbeiterkapazitäten führen soll. Dazu gehörten aber auch die Weichenstellung für die Ausgestaltung der Vertriebswege im Retail-Geschäft (Stichwort: E-Business) und die Implementierung einer neuen konzernweiten IT-Strategie. Diese Maßnahmen wurden sowohl in den Aufsichtsräten der Teilbanken als auch im Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG behandelt und befinden sich entsprechend der Beschlusslage in der Umsetzung.

In einem gesonderten Projekt wurde das Vorhaben zur Trennung und Ausplatzerung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der IBG in einer neuen Gesellschaft (IBAG) vom Konzern konzipiert und umgesetzt. Das ursprüngliche Konzept der juristischen und wirtschaftlichen Trennung mit dem Ziel der späteren Börseneinführung konnte u.a. aus verschiedenen bilanzierungs- und bewertungstechnischen Gründen nicht wie vorgesehen realisiert werden. Die IBAG wurde deshalb wieder in den Konzern integriert und soll nunmehr nach einer erforderlichen Umstrukturierung als spezialisierter Anbieter für Immobilienanlageprodukte des Konzerns fortgeführt werden. Es ist beabsichtigt, diese Gesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt an die Börse zu bringen.

5.7.2. Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) für Komplementäre einzelner Kommanditgesellschaften (Immobilienfonds)

Anfang des Jahres 2001 musste der Vorstand der Landesbank Berlin dem Aufsichtsrat mitteilen, dass zwei seiner Mitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes in den Jahren 1994 bis 1997 Komplementären verschiedener Immobilienfonds Freistellungserklärungen erteilt haben. Den Erklärungen zufolge werden die Komplementäre unbeschränkt von ihrer persönlichen Haftung im Zusammenhang mit ihrer Komplementärfunktion freigestellt. In einem weiteren Fall haben Geschäftsführer der IBG eine unbefristete und unbeschränkte Freistellungserklärung abgegeben. Den betreffenden Komplementär hat die LBB zusätzlich für den Fall freigestellt, dass die IBG ihre Verpflichtungen aus der Freistellungserklärung nicht erfüllt. Für zwei Immobilienfonds existiert ausschließlich eine Freistellungserklärung der IBG in Fotokopie. Das Original dieser Erklärung ist nach Angaben des begünstigten Komplementärs unmittelbar nach Erhalt im Jahr 1998 vernichtet worden. Im Übrigen leitet der Komplementär aus dieser Freistellungserklärung keine Rechte mehr her.

Die Freistellung einzelner persönlich haftender Gesellschafter (natürliche Personen) von Immobilienfonds der IBG-Gruppe ist Gegenstand einer bankaufsichtsrechtlichen Prüfung durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen. Die Freistellungserklärungen haben nach unserer Auffassung den Charakter von Garantiegeschäften. Wir befinden uns wegen dieses Vorgangs in Diskussion mit

dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen. Damit sind diese Kreditgewährungen an die jeweiligen Kreditnehmereinheiten bei den Groß- und Millionenkredit-Meldungen gemäß §§ 13a bis 14 KWG und bei der Grundsatz-I-Meldung für die LBB, die Berlin Hyp, die Bankgesellschaft Berlin AG und die Institutsgruppe Bankgesellschaft-Konzern in Betracht zu ziehen. Aufgrund des zeitlich und inhaltlich unbeschränkten Charakters der Freistellungserklärungen erstreckt sich die Haftung nicht nur auf die den Fonds gewährten Kredite, sondern grundsätzlich auch auf alle übrigen (Eventual-)Verbindlichkeiten der Fondsgesellschaft (z.B. aus Steuerzahlungen), für die der Komplementär haftet.

Auswirkungen ergeben sich durch Überschreitungen der Anlage- und Gesamtbuch-Großkrediteinzelobergrenzen für die Kreditnehmereinheit „Bankgesellschaft Berlin AG Konzern“.

Die Bankgesellschaft hat die Freistellungserklärungen zurückgefordert und wird die jetzigen Komplementäre durch neue Komplementäre ohne Freistellungserklärungen austauschen. Dadurch erhöht sich wiederum die Eigenkapitalbasis, so dass auch der Grundsatz I entlastet wird.

5.7.3. Risiken des Immobilien- und Fondsgeschäftes des IBG-Konzerns

Zu den sonstigen Risiken des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gehören auch die Risiken aus der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) als einem in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen einer anderen Branche. In der Vergangenheit, d. h. bis Ende 2000, war das Immobilienfinanzierungsgeschäft mit der Entwicklung und dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds eng verbunden. Unsere Tochtergesellschaft IBG hat dieses Geschäft im vollen Umfang des Wertschöpfungsprozesses in der Vergangenheit stark ausgeweitet; zum Ende des Jahres 2000 war der Geschäftsumfang rückläufig.

Die Risiken des Immobilien- und Fondsgeschäftes des IBG-Konzerns resultieren neben den allgemeinen Risiken des Bauträgergeschäftes im Wesentlichen aus herausgelegten, unterschiedlich ausgestalteten Garantien, für die in angemessener Weise vorgesorgt wurde. So wurden für die Berechnungen der Garantierückstellungen die Eingangsparameter des Risikomodells weiter verschärft. Das betrifft u.a. die erwartete gesamtwirtschaftliche Inflationsrate und die erwartete Leerstandsquote. Im Ergebnis wurden im Konzern die Rückstellungen von 275 Mio. € auf 996 Mio. € angehoben.

Zur Verifizierung der angemessenen Höhe dieser Risikoabschirmung wurde zusätzlich eine Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ERNST&YOUNG eingeholt, zu dem die BDO in einem gesonderten Schreiben Stellung genommen hat. In Kenntnis der ERNST&YOUNG-Stellungnahme hat die BDO ihr unein-

geschränktes Testat erteilt. Zur Sicherstellung von best-practice wurde darüber hinaus vom Vorstand eine grundsätzliche Stellungnahme von LINKLATTERS OPPENHOF & RÄDLER zu den entscheidenden Bewertungsfragen eingeholt, die die von der BDO angewandte Methodik bestätigt. Dabei waren die Miet-, Höchstpreis- und Konditionengarantie, die Andienungsrechte, die Risiken bei den Objekten im 2. Förderweg sowie die Risiken aus dem Bauträgergeschäft und aus den Vorratsimmobilien für zukünftige Fonds Gegenstand der Betrachtung. Die Gutachter stimmen darin überein, dass die Rückstellung in hohem Maße von den unterstellten Parametern abhängt, welche die Zukunftsentwicklung über 25 Jahre beschreiben. Je nach Konstellation der Parameter resultieren Drohverluste in unterschiedlicher Höhe. Die Differenzen treten insbesondere bei den Andienungsrechten und den Objekten im 2. Förderweg auf. Trotz unterschiedlicher Einschätzungen zu den Parametern stimmen die Prüfungsgesellschaften überein, dass durch ein verbessertes unternehmerisches Projektmanagement, eine optimierte Vermarktung, verbesserte Rahmenbedingungen und politische Entscheidungen bezüglich der staatlichen Fördermaßnahmen im Wohnungsbau weitere Risiken vermieden werden können. Unter Würdigung aller Aspekte halten wir die gebildeten Rückstellungen für angemessen. Die Qualifizierung als „angemessen“ bedeutet, dass in Anbetracht der langen Zeiträume weitere Rückstellungen notwendig, aber auch Ertragspotenziale realisiert werden könnten.

Für die Fortführung der Geschäftsaktivitäten der IBAG, die im Wesentlichen den weiteren Absatz geschlossener Immobilienfonds voraussetzen, wurden entsprechend der Handhabung in den Vorjahren auch in 2000 durch verschiedene Objektgesellschaften Vorratsgrundstücke erworben. Die Finanzierung dieser Aktivitäten erfolgte hauptsächlich durch Konzernbanken. Bei der Bewertung eventueller Risiken aus den Finanzierungen derartiger Objektgesellschaften gehen wir von der Fortführung der Geschäftsaktivitäten der IBAG aus. Entsprechend den Einschätzungen externer Gutachter, die mit denen der Bank übereinstimmen, wurde für derartige Finanzierungen eine zusätzliche Vorsorge in Form einer Rückstellung in Höhe von 249 Mio. € gebildet.

Im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns wurde 1998 beschlossen, unsere Geschäftsaktivitäten auf unser Kerngeschäft zurückzuführen, insoweit haben wir uns auch für eine Trennung vom Immobiliendienstleistungsgeschäft einschließlich des Fondsgeschäfts entschieden. Ziel war die Börseneinführung unseres Immobiliendienstleistungsunternehmens. Zur Vorbereitung dieses Ziels wurden im ersten Schritt die Immobiliendienstleistungsaktivitäten in eine neue Gesellschaft (IBAG) eingebracht. Die Risiken aus den Garantien für das Fondsgeschäft, die letztlich bei der Bankgesellschaft Berlin AG konzentriert waren, verblieben bei der Bank. Sie sind durch die Veräußerungstransaktion weder neu entstanden noch haben sie sich verstärkt.

Mit einem spezialisierten Management in einer eigens hierfür geschaffenen Tochtergesellschaft der Bank LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH wird die Risikoentwicklung in den Fonds intensiv überwacht, so dass jederzeit auf möglicherweise eintretende Veränderungen der Risikolage reagiert werden kann. Bei den übernommenen Risiken handelt es sich um

- originäre Verpflichtungen der IBG (Generalmiet- und Mietgarantieverträge, Vereinbarungen über die Gewährung eines Annuitätenzuschusses, Ausschüttungssicherstellung dreier KG's, Freistellungszusage von Inanspruchnahmen auf Rückzahlung von Aufwendungszuschüssen, Bedienung von Anteilandienungsrechten)
- Freistellungsverträge mit der IBV (Prospekthaftung, Geschäftsführerhaftung von Fondsgesellschaften, Eigenkapitalbeschaffungs- und Höchstpreisgarantieverträge)
- Freistellungsverträge mit der ARWOBAU (Generalmietverträge, Sanierungsaufwand u.a.)
- Freistellungsverträge mit der BAVARIA (Miet-, Höchstpreis- und Wertpapierkonditionengarantien, Generalmietverträge u.a.)

Wir sehen die Risiken aus den von uns garantierten geschlossenen Immobilienfonds als bilanziell angemessen abgesichert an.

Zur Bearbeitung der übernommenen Risiken wurde für das Risiko-Controlling das Mietgarantiemodell der IBG übernommen, weiter gepflegt und verfeinert. Weitere Modelle für andere Garantierisiken werden im Jahr 2001 entwickelt. Unter Einbeziehung der Expertise erfahrener internationaler und regionaler Immobilienberatungen wird die Risikofrüherkennung (aktuelle Mieten, regionale Marktentwicklung) ausgebaut. Das Risikomanagement hat die Schwerpunkte Sofortmaßnahmen bei Leistungsstörungen und Leerstandsabbau, nicht fertiggestellte und zu revitalisierende Einzelobjekte, regionale Bündelung und spezialisierte Vermarktung sowie effizientes Center-Management. Ein weiterer Aktivitätenschwerpunkt ist das Debitorenmanagement.

Die getroffenen organisatorischen Maßnahmen gewährleisten ein professionelles Steuern der Risiken.

5.7.4. Risiken aus dem Fördergeschäft

Das Fördergeschäft ist gekennzeichnet durch den fortgesetzten Preisverfall am Berliner Immobilienmarkt sowie die schwache Bonität der Kreditnehmer, insbesondere in der Eigentumsförderung. Insgesamt hat die Investitionsbank Berlin dieser Situation durch den Aufbau eines Risikomanagements sowie durch eine kontinuierliche Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Investitionsbank hat im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus in Berlin vom 3. April 1992 (2. Förderweg Berlin) Wohnimmobilien finanziert. Die hierin enthaltenen Ausfallrisiken wurden gesondert untersucht und entsprechend Vorsorge getroffen.

Bei der Beurteilung der Risiken im Kreditgeschäft der Investitionsbank ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Investitionsbank hinsichtlich möglicher Zins- und Kapitalausfälle aufgrund des Grundvertrages sowie einer zugesagten Rahmenbürgschaft mit dem Land Berlin nach wie vor für den größten Teil des Darlehensbestandes kein Risiko trägt.

5.7.5. Rechtsrisiken

Die Europäische Kommission hat im September 1999 ein Informationsbegehren an die Bundesrepublik Deutschland zum Kapitaltransfer bei Landesbanken gerichtet, das in Berlin die Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin im Jahr 1992 betrifft. Im Oktober 2000 hat die Kommission ein ergänzendes Auskunftersuchen an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Es ist nicht auszuschließen, dass die Europäische Kommission in dieser Angelegenheit ein förmliches Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten wird. Ob sich dann daraus Risiken für die Landesbank Berlin ergeben, kann gegenwärtig nicht abschließend eingeschätzt werden.

Die Gewährträgerhaftung wie auch die Anstaltslast des Landes Berlin für die Landesbank Berlin bestehen trotz der wirtschaftlichen Veräußerung des Unternehmens an die Bankgesellschaft Berlin AG weiter fort. Bei der EU-Kommission ist mit wettbewerbsrechtlicher Begründung Beschwerde gegen die oben genannten Haftungsinstitute bei drei öffentlich-rechtlichen Banken eingereicht worden. Eine Entscheidung der EU-Kommission gegen die Zulässigkeit von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung würde auch die Landesbank Berlin betreffen können. Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen würde eine eventuelle Aufhebung der genannten Haftungsinstitute jedoch keine Rückwirkung haben; sie würde sich nicht auf die Geschäfte der Vergangenheit auswirken.

Für die zukünftige Geschäftstätigkeit haben wir uns darauf eingestellt, auf möglicherweise entfallende öffentliche Haftungen in der beanstandeten Form nicht mehr zurückgreifen zu können. Zu den Gegenmaßnahmen zählen auch die weiteren Veränderungen in unserer Konzernstruktur mit der stärkeren operativen Trennung des regionalen Privat- und Firmenkundengeschäfts vom Kapitalmarktgeschäft und gewerblichen Immobiliengeschäft.

6. Ausblick

Im Zuge eigener Analysen, der Jahresabschlussprüfungen sowie aufgrund verschiedener Sonderprüfungen, die durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und durch die Aufsichtsorgane im Konzern in Auftrag gegeben wurden, sind insbesondere aus dem Immobilien- und aus dem Immobilienfondsgeschäft erhebliche Kredit- und Garantierisiken aufgedeckt worden. Zur Abdeckung dieser Risiken mussten die Konzernbanken auf Reserven zurückgreifen, mit denen bis dahin – als aufsichtsrechtliches Eigenkapital – die Kredit- und Handelsgeschäfte der Banken unterlegt wurden. Mit der teilweisen Auflösung dieser Reserven und unter Berücksichtigung des verbleibenden Verlustes ist die bankaufsichtsrechtliche Kernkapitalquote unterschritten worden, so dass es erforderlich wurde, kurzfristige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Quote zu ergreifen.

Das Land Berlin als Mehrheitsaktionär der Bankgesellschaft Berlin AG hat aus diesem Grund gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen erklärt, dass es die Zuführung bankaufsichtsrechtlichen Kernkapitals in die Bank in solchem Umfang garantiert, der erforderlich ist, um die Eigenkapitalquoten wieder herzustellen. Diese Erklärung war bereits als Beihilfe im Sinne des EU-Beihilferechts zu werten, die einer Notifizierung bei der zuständigen EU-Behörde bedurfte. Nach den Regularien des Beihilfeverfahrens ist innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt des Beihilfefalls ein Umstrukturierungsplan vorzulegen, aus dem Bedingungen und Umstände der weiteren Unternehmensentwicklung hervorgehen.

Der neue Senat hat die oben genannte Erklärung am 19. Juni 2001 bekräftigt. Mit Schreiben vom 12. Juli 2001 hat die Senatsverwaltung für Finanzen im Weiteren mitgeteilt: „Die zur Schaffung der erforderlichen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen notwendigen Schritte wurden im Rahmen der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2001 durch die Aufnahme eines Ausgabetitels (Kapitel 29 90/Titel 831 20) in Höhe von bis zu 2 Mrd. € (3,91 Mrd. DM) eingeleitet. Die Leistung der Ausgabe ist nur zulässig, soweit der verbindlich festgestellte Kapitalbedarf der Bankgesellschaft nicht durch Dritte befriedigt wird. Das Abgeordnetenhaus hat den Nachtragshaushalt am 12. Juli 2001 beschlossen. Die notwendigen Voraussetzungen sind somit geschaffen, der Bankgesellschaft nach einem entsprechenden Beschluss der Hauptversammlung die Mittel in der notwendigen/anteiligen Höhe

zuzuführen.“ Die Zuführung von Eigenkapital durch das Land Berlin gilt wiederum als Beihilfe, die nur mit Genehmigung durch die EU-Kommission zulässig ist. Der Ausgang des Beihilfeverfahrens ist noch nicht sicher vorherzusehen. Sollte die EU-Kommission ihre Zustimmung nicht erteilen, ist die Sanierung der Bank und somit ihr Fortbestand gefährdet.

Unabhängig davon hat der Konzernvorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat beschlossen, ein Restrukturierungskonzept zu entwickeln, das den Aktionären die Möglichkeit gibt, über die Wirtschaftlichkeit dieser Kapitalinvestition in die Bankgesellschaft Berlin AG zu entscheiden. Dieses Restrukturierungskonzept wird zurzeit von der Bank unter Begleitung durch die Investmentbank Morgan Stanley und einer Plausibilitätsprüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG erarbeitet.

Ergebnis des Restrukturierungskonzepts soll eine tragfähige organisatorische und geschäftspolitische Ausrichtung des Konzerns sein, die eine gesunde Basis für die zukünftige Entwicklung unserer Kernbereiche im Einklang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen sicherstellt. Weitere Fokussierungen in der Bandbreite der bisherigen Geschäftstätigkeit mit eindeutigen Ergebnis- und Kontrollverantwortungen in den Organen sind dabei vorgegeben. Die Vorgaben beinhalteten auch die Trennung von bestimmten Geschäftsaktivitäten, ebenso wie eine deutliche Rückführung des Personalbestandes.

Der Vorstand beabsichtigt, auf Basis dieses Restrukturierungsplans eine Kapitalerhöhung vorzuschlagen und anschließend Nachrangkapital zu beschaffen, um die bankenaufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen kurzfristig erfüllen zu können.

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in der Europäischen Union sowie insbesondere die wirtschaftlichen Bedingungen in unserer Kernregion Berlin/Brandenburg bilden weiterhin den Rahmen für unsere Geschäftstätigkeit.

Vor diesem Hintergrund legen wir kein signifikantes Wachstumsumfeld für unsere bankgeschäftliche Tätigkeit zugrunde. Wir gehen davon aus, dass wir unsere Position in unserem Heimatmarkt behaupten können und uns insofern an die allgemeine Entwicklung anschließen werden.

Die Geschäftstätigkeit der einzelnen Konzernteile wurde im laufenden Jahr in unterschiedlichem Ausmaß zusätzlich durch offene Fragen im Hinblick auf eine künftige strategische Ausrichtung des Konzerns und Spekulationen über eine Veränderung der Eigentümerstruktur erschwert.

Das operative Geschäft stand in den ersten Monaten des Jahres 2001 ganz im Zeichen der Volatilität der Finanzmärkte. Negativ wirkten sich anhaltende Margenverengungen und rückläufige Börsenumsätze unserer Kunden in der Ertragsentwicklung aus. Bis Ende Mai 2001 blieben der Zinsüberschuss um 35 Mio. €, der Provisionsüberschuss um 33 Mio. € hinter den Vorjahreswerten zurück.

Bei sinkenden Kapitalmarktzinsen konnten wir im Rahmen des strategischen Zinsmanagements als Folge unserer Positionierung am Jahresbeginn einen Sonderertrag von 150 Mio. € zur Stabilisierung des Zinsüberschusses erzielen. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften lag ebenfalls unter dem Vorjahr und unter unseren Erwartungen. Die Verwaltungsaufwendungen sind geringfügig gesunken und verlaufen derzeit besser als geplant. Die zu Beginn des Vorjahres angefallenen positiven Ergebnisse der IBG sind entfallen.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge hat sich daher gegenüber dem Mai 2000 auf 147 Mio. € halbiert. Darin enthalten ist ein Nettoergebnis aus Finanzgeschäften von -106 Mio. €. Dem steht ein Zuwachs an nicht realisierten Kurswertreserven in Höhe von 107 Mio. € gegenüber, der in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres aufgebaut wurde.

Aus dem Verkauf der Landesbausparkasse Berlin erzielten wir einen Ertrag in Höhe von 40 Mio. €.

In den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres erhöhte sich die Bilanzsumme nur um 1,7 Mrd. € auf 206,3 Mrd. €. Dabei verzeichneten wir geringe Rückgänge bei den Kundenforderungen (-0,4 Mrd. €) und Kundenverbindlichkeiten (-0,6 Mrd. €).

Durch die speziellen Probleme der Bankgesellschaft konnten die Marktziele der Kundengeschäftsfelder nur teilweise erreicht werden. Wir erwarten für das Jahr 2001 daher ein operatives Geschäftsergebnis, das durch diese Ereignisse maßgeblich beeinflusst ist und das deswegen in allen Bereichen unter dem Stand des Vorjahres liegen wird. Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird markant unter dem Vorjahr liegen.

Das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des Konzerns wird organisatorisch zusammengefasst. Die Geschäftsausrichtung zielt auf eine nachhaltige Konsolidierung.

Die IBAG, die das Immobilienfondsgeschäft sowie in diesem Rahmen die Projektentwicklung betreibt, wird neu ausgerichtet. Sie soll als Immobilienvermögensverwalter positioniert werden, wobei wir an unserer Absicht, einer Verbindung mit einem strategischen Partner und einer Börseneinführung, festhalten.

Insgesamt müssen wir in unserer Ergebnisplanung für den Konzern davon ausgehen, dass die operativ erzielten Ergebnisse weitgehend durch notwendige Restrukturierungsaufwendungen in Anspruch genommen werden. Eine Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2001 ist deshalb nicht zu erwarten.

Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG

zum 31. Dezember 2000

Aktivseite

	Anhang				Vorjahr
	TEUR	Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR
Barreserve					
a) Kassenbestand				84.775	113.274
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				102.338	133.324
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank	96.465				(129.249)
				187.113	246.598
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
		10			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0	0
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0				(0)
b) Wechsel				5.741	13.917
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	5.741				(13.917)
				5.741	13.917
Forderungen an Kreditinstitute					
		1,3,4,5			
a) täglich fällig				10.500.722	7.584.850
b) andere Forderungen				12.651.882	13.355.718
				23.152.604	20.940.568
Forderungen an Kunden					
		1,3,4,5,10		18.795.025	16.217.118
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	775.310				(817.266)
Kommunalkredite	1.472.753				(1.470.228)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
		2,3,4,5,6.1,8.1,10			
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten				0	0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				(0)
ab) von anderen Emittenten			50.202	50.202	325.747
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	50.202				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			2.966.355		4.448.196
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.374.794				(844.642)
bb) von anderen Emittenten			25.236.260	28.202.615	17.538.998
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.371.159				(6.828.094)
c) eigene Schuldverschreibungen				99.293	144.057
Nennbetrag	102.774				(131.395)
				28.352.110	22.456.998
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
		3,4,5,6.1,8.1		6.910.024	5.409.284
Übertrag				77.402.617	65.284.483

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,3,4				
a) täglich fällig			7.060.558		5.867.185
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>38.856.943</u>		<u>32.128.955</u>
				45.917.501	37.996.140
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,3,4				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.320.724			1.247.091
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>94.002</u>			<u>107.575</u>
b) andere Verbindlichkeiten			1.414.726		
ba) täglich fällig		5.620.849			6.185.847
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>6.417.536</u>			<u>5.730.895</u>
			12.038.385	13.453.111	13.271.408
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2,3,4				
a) begebene Schuldverschreibungen			16.445.000		14.414.655
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>764.294</u>		<u>88.339</u>
				17.209.294	14.502.994
darunter:					
Geldmarktpapier			0		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			18.598		(0)
Treuhandverbindlichkeiten	7			14.427	18.061
darunter:					
Treuhandkredite			14.427		(18.061)
Sonstige Verbindlichkeiten	15			3.077.295	2.218.530
Rechnungsabgrenzungsposten	16			62.675	88.986
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		35.621			(78.578)
b) andere		27.054			(10.408)
Rückstellungen	17,18				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			193.927		175.567
b) Steuerrückstellungen			148.593		145.627
c) andere Rückstellungen			<u>1.043.880</u>		<u>784.060</u>
				1.386.400	1.105.254
Nachrangige Verbindlichkeiten	3,4,19.1			2.588.498	2.587.637
Genussrechtskapital	20			0	25.565
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig			0		(25.565)
Fonds für allgemeine Bankrisiken				0	0
Übertrag				83.709.201	71.814.575

Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG

zum 31. Dezember 2000

Aktivseite

	TEUR	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag					77.402.617	65.284.483
Beteiligungen		6.1,8.1			139.920	160.637
darunter:						
an Kreditinstituten	4.005					(60.516)
an Finanzdienstleistungsinstituten	257					(257)
Anteile an verbundenen Unternehmen		6.1,8.1			2.091.576	2.396.241
darunter:						
an Kreditinstituten	2.057.511					(2.215.623)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0					(0)
Treuhandvermögen		7			14.427	18.061
darunter:						
Treuhandkredite	14.427					(18.061)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		10,11			121.522	2.540.527
Immaterielle Anlagewerte					0	0
Sachanlagen		6.1,12			91.792	79.438
Eigene Aktien oder Anteile		21			53.273	2.974
rechnerischer Wert	8.960					(536)
Sonstige Vermögensgegenstände		13			5.449.178	4.111.445
Rechnungsabgrenzungsposten		14			130.522	135.285
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	101.681					(108.818)
b) andere	28.841					(26.466)
Summe der Aktiva					85.494.827	74.729.091

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag				83.709.201	71.814.575
Eigenkapital	21				
a) gezeichnetes Kapital			557.507		557.507
b) Kapitalrücklage			1.953.278		1.953.278
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		1.534			1.534
cb) Rücklage für eigene Anteile		53.273			2.973
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0			0
cd) andere Gewinnrücklagen		195.104			248.377
			249.911		2.763.669
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			- 975.070		150.847
				1.785.626	2.914.516

Summe der Passiva				85.494.827	74.729.091
--------------------------	--	--	--	-------------------	-------------------

Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			0		5.248
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			4.843.761		4.632.585
				4.843.761	4.637.833

Andere Verpflichtungen

c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			7.312.341		5.467.812
				7.312.341	5.467.812

Gewinn- und Verlustrechnung der Bankgesellschaft Berlin AG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000

Aufwendungen

	Anhang				Vorjahr
	TEUR	Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsaufwendungen		22		3.455.848	2.464.176
Provisionsaufwendungen		23		65.277	66.209
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				0	0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		27			
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter			239.160		257.948
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			68.305		61.941
darunter:					
für Altersversorgung	30.320				(22.814)
				307.465	319.889
b) andere Verwaltungsaufwendungen			385.670		400.837
				693.135	720.726
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		6.1		12.715	14.791
Sonstige betriebliche Aufwendungen				11.335	18.368
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				67.800	194.929
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				381.040	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme				26.911	8.734
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				0	0
Außerordentliche Aufwendungen		29		465.169	11.183
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				83.084	142.989
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen				21	23
Jahresüberschuss				0	114.793
Summe der Aufwendungen				5.262.335	3.756.921
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				- 998.044	114.793
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				20.000	38.207
				- 978.044	153.000
Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
b) aus der Rücklage für eigene Anteile				2.974	0
d) aus anderen Gewinnrücklagen				53.273	0
				56.247	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen					
b) in die Rücklage für eigene Anteile				53.273	2.153
Bilanzgewinn/Bilanzverlust				-975.070	150.847

Erträge

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	22,26.1			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.179.583		2.024.921
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.320.114		895.166
			3.499.697	2.920.087
Laufende Erträge aus	22,26.1			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		236.804		203.327
b) Beteiligungen		11.766		9.680
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		46.068		78.430
			294.638	291.437
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22		3.800	95.921
Provisionserträge	23,26.1		234.540	220.540
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24,26.1		158.364	117.017
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0	18.481
Sonstige betriebliche Erträge	26.1		73.252	93.438
Jahresfehlbetrag			998.044	–
Summe der Erträge			5.262.335	3.756.921

Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

zum 31. Dezember 2000

Aktivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				386.969		410.941
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				408.807		458.573
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		273.214				(339.308)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				22		19
					795.798	869.533
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind						
	10					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen				37.654		4.173
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
b) Wechsel				6.154		15.289
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		6.154				(15.289)
					43.808	19.462
Forderungen an Kreditinstitute						
	1,3,4,5					
a) täglich fällig				6.415.140		5.620.782
b) andere Forderungen				31.845.991		30.973.499
darunter:						
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		24.815				(25.530)
Kommunalkredite der Hypothekenbank		4.148.425				(3.376.847)
					38.261.131	36.594.281
Forderungen an Kunden						
	1,3,4,5,10				103.268.228	101.482.267
darunter:						
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		19.076.915				(18.844.006)
Andere durch						
Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		15.575.427				(16.571.209)
Kommunalkredite		30.885.611				(31.979.982)
Baudarlehen der Bausparkasse		312.841				(305.406)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
	2,3,4,5, 6.2,8.2,10					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten				626.855		614.259
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten				3.609.230		3.071.123
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		550.052				(0)
				4.236.085		3.685.382
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten				5.851.277		6.882.572
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		3.456.333				(2.367.027)
bb) von anderen Emittenten				28.772.380		19.537.493
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		10.981.351				(7.032.855)
				34.623.657		26.420.065
c) eigene Schuldverschreibungen				517.084		497.373
Nennbetrag		509.244				(472.596)
					39.376.826	30.602.820
Übertrag					181.745.791	169.568.363

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,3,4					
a) täglich fällig				6.708.009		4.939.411
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				62.082.189		53.221.911
darunter:						
begebene Hypotheken-						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		567.469				(361.277)
andere begebene						
Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.791.777				(1.828.616)
begebene öffentliche						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		529.358				(362.515)
andere begebene						
öffentliche Namenspfandbriefe		2.645.030				(2.425.450)
					68.790.198	58.161.322
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,3,4					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			9.216.443			9.938.987
ab) von mehr als drei Monaten			432.682			562.913
				9.649.125		10.501.900
b) Bauspareinlagen				438.472		440.389
c) andere Verbindlichkeiten						
ca) täglich fällig			11.427.915			11.127.515
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			41.212.432			40.443.354
darunter:						
begebene Hypotheken-						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		2.564.353				(2.646.718)
andere begebene						
Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.968.899				(2.000.438)
begebene öffentliche						
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.948.497				(2.058.415)
andere begebene						
öffentliche Namenspfandbriefe		2.584.265				(2.486.526)
				52.640.347		51.570.869
					62.727.944	62.513.158
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2,3,4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekendarlehen der Hypothekenbank			7.067.417			7.106.252
ab) andere Hypothekendarlehen			1.969.908			1.980.531
ac) öffentliche Darlehen der Hypothekenbank			15.681.481			15.768.249
ad) andere öffentliche Darlehen			13.024.413			14.843.380
ae) sonstige Schuldverschreibungen			19.814.557			16.447.681
				57.557.776		56.146.093
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				426.834		222.041
darunter:						
Geldmarktpapiere		0				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		367.485				(157.318)
					57.984.610	56.368.134
Treuhandverbindlichkeiten	7				335.942	1.800.851
darunter: Treuhandkredite		335.942				(1.800.851)
Sonstige Verbindlichkeiten	15				4.460.872	3.111.511
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				1.346.873		1.254.446
b) andere				107.463		281.724
					1.454.336	1.536.170
Übertrag					195.753.902	193.786.060

Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

zum 31. Dezember 2000

Aktivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag					181.745.791	169.568.363
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,4,5, 6,2,8,2				9.436.528	8.615.631
Beteiligungen	6,2,8,2				239.943	345.507
darunter:						
an Kreditinstituten		47.615				(49.822)
an Finanzdienstleistungsinstituten		12.888				(282)
Anteile an assoziierten Unternehmen	6,2,8,2				44.108	86.677
darunter: an Kreditinstituten		5.652				(50.542)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6,2,8,2				140.891	134.371
darunter:						
an Kreditinstituten		0				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		470				(0)
Treuhandvermögen	7				335.942	1.800.851
darunter: Treuhandkredite		324.073				(276.755)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldver- schreibungen aus deren Umtausch	10,11				1.213.592	6.253.354
Immaterielle Anlagewerte	6,2				79.677	101.785
Sachanlagen	6,2,12				533.661	583.675
Eigene Anteile					53.273	2.974
rechnerischer Wert		8.960				(536)
Sonstige Vermögensgegenstände	13				10.195.937	5.380.497
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				712.159		890.844
b) andere				76.460		21.531
					788.619	912.375
Summe der Aktiva					204.807.962	193.786.060

Passivseite

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Übertrag					195.753.902	193.786.060
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17,18			570.959		564.029
b) Steuerrückstellungen				264.276		309.452
c) andere Rückstellungen	19			<u>2.544.969</u>		<u>1.671.320</u>
					3.380.204	2.544.801
Fonds zur baupartechnischen Absicherung					4.930	5.362
Sonderposten mit Rücklageanteil					4.293	5.244
Nachrangige Verbindlichkeiten	3,4,19.2				3.023.208	3.041.146
Genussrechtskapital	20				30.678	56.243
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		30.678				(53.022)
Fonds für allgemeine Bankrisiken					0	276.000
Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital	21			557.507		557.507
b) Kapitalrücklage				1.953.278		1.953.278
c) Gewinnrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage			3.272			3.272
cb) Rücklage für eigene Anteile			53.273			2.974
cc) Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin			1.329.081			1.256.000
cd) andere Gewinnrücklagen			<u>155.873</u>			<u>329.687</u>
				1.541.499		1.591.933
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter				29.403		113.003
e) Konzerngewinn/-verlust				<u>- 1.470.940</u>		<u>150.397</u>
					2.610.747	4.366.118
Summe der Passiva					204.807.962	193.786.060
Eventualverbindlichkeiten						
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln				0		5.248
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Konzernanhang)				6.110.828		5.930.613
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				<u>75.990</u>		<u>76.431</u>
					6.186.818	6.012.292
Andere Verpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					14.715.160	11.251.411

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000

Aufwendungen

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	22				9.266.079	7.933.721
Provisionsaufwendungen	23				92.860	94.661
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	27.1					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			763.419			764.658
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		77.546	209.213			199.859 (69.224)
				972.632		964.517
b) andere Verwaltungsaufwendungen				571.905		583.390
					1.544.537	1.547.907
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.2				137.400	135.879
Sonstige betriebliche Aufwendungen	28				1.536.407	709.541
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	25				1.198.088	596.672
Aufwendungen aus Verlustübernahme					70.995	19.262
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen					7.297	-
Außerordentliche Aufwendungen	29				388.742	24.173
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30				79.607	273.793
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					9.605	8.428
Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					0	7.572
Jahresüberschuss					0	156.908
Summe der Aufwendungen					14.331.617	11.508.517
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					- 1.648.350	156.908
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					18.405	33.678
					- 1.629.945	190.586
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
d) aus anderen Gewinnrücklagen					207.629	0
					207.629	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					50.299	2.153
c) in die Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin					73.081	25.832
d) in anderen Gewinnrücklagen					568	5.419
					123.948	33.404
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn und Entnahme					- 75.324	6.785
Konzerngewinn/-verlust					- 1.470.940	150.397

Erträge

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	22,26.2				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			8.224.699		8.020.559
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			<u>2.314.125</u>		<u>1.624.467</u>
				10.538.824	9.645.026
Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	22,26.2		352.869		300.558
b) Beteiligungen			14.239		10.915
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>2.096</u>		<u>10.215</u>
				369.204	321.688
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	22			-	3.066
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22			7.264	11.854
Provisionserträge	23,26.2			554.471	514.774
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24,26.2			139.400	104.824
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				15.525	21.136
Sonstige betriebliche Erträge	26.2,28			781.628	884.014
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				951	2.135
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken				276.000	0
Jahresfehlbetrag				1.648.350	0
Summe der Erträge				14.331.617	11.508.517

Anhang der AG und des Konzerns 2000

Vorbemerkung

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Sie erstellt gemäß § 291 HGB einen befreienden Konzernabschluss für die zu konsolidierenden Tochtergesellschaften.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis zum 31. Dezember 2000 umfasst neben der Bankgesellschaft Berlin AG 11 (i.V.: 20) inländische und 7 (i.V.: 6) ausländische Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin sind gegenüber dem Vorjahr unverändert einbezogen:

Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover
BANKENSERVICE GmbH, Berlin
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc, London
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin, Berlin
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH,
Berlin
BCS BankCard Service GmbH, Berlin
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V., Curaçao
Weberbank Berliner Industriebank KGaA, Berlin

Erstmals einbezogen in den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG wurden folgende Unternehmen:

BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft
mbH oHG, Berlin
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin
Zivnostenska banka a.s., Prag

Die Einbeziehung in den Konzernabschluss erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2000.

Ausgeschieden aus dem Konsolidierungskreis sind ausschließlich Tochtergesellschaften der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin:

ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin

BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH, Lohfelden

Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH, Berlin

Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg

Bavaria Projektentwicklung GmbH – Bau-, Sanierungs- und
Stadtentwicklungsprojekte, Nürnberg

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main

GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH, Hamburg

Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Bankgesellschaft
Berlin mbH, Berlin

LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin

LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Bau- und
Projektentwicklungen, Berlin

S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin

Zum 28.12.2000 hat die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (nachfolgend „IBG“) ihre 100%ige Beteiligung an der IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft (nachfolgend „IBAG“) in die Beteiligungsverwaltung für Immobilienwerte GbR (nachfolgend „GbR“) eingelegt, an der neben ihr mit 1% die Bankgesellschaft Berlin AG beteiligt war.

Einziges Vermögen der GbR war die von der IBG eingebrachte Beteiligung von 100% an der IBAG. Daneben waren die Gesellschafter zur Erbringung einer Bareinlage in die GbR in Höhe von 450,0 Mio. € verpflichtet. Auf die BGB entfiel hiervon ein Betrag in Höhe von 15,7 Mio. €, auf die IBG – neben der bereits eingebrachten Beteiligung von 100% an der IBAG – noch ein Betrag in Höhe von 434,3 Mio. €. Diese Bareinlage sollte der Erfüllung einer Bareinlageverpflichtung der GbR in die IBAG in gleicher Höhe dienen.

Einziges Gesellschaftszweck der GbR war das Halten und Verwalten der 100%igen Beteiligung an der IBAG. Beabsichtigt war insbesondere die Durchführung eines Börsengangs der IBAG in den Jahren 2003 bis 2005. Die Dauer der GbR war bis zum 31. Januar 2006 begrenzt.

Gleichzeitig hat die IBG es übernommen, die Gesellschaften, deren Anteile sie in die IBAG eingebracht hat, von sämtlichen Risiken aus Generalmietverhältnissen und Garantieverpflichtungen zu befreien, die sie gegenüber den Immobilienfonds, die die IBG-Gruppe aufgelegt hat, bis zu diesem Zeitpunkt übernommen

hatte. Mit einem Vertrag über die Befreiung von Garantieleistungen und Freistellungsverpflichtungen hat die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (nachfolgend „LPFV“) die IBG im Innenverhältnis von deren originären Risiken aus gegenüber den Fonds bis zu diesem Zeitpunkt übernommenen Verpflichtungen und von den Verpflichtungen und Risiken befreit, die sie von den frei von Risiken aus dem bisherigen Fondsgeschäft verkauften Gesellschaften übernommen hat. Die LPFV war zuvor von ihrer Alleingesellschafterin, der IBG, mit einem Kapital von 996,3 Mio. € durch eine andere Zuzahlung i.S.d. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB in die Kapitalrücklage ausgestattet worden. Mit dem Ziel, die Risiken aus den gegenüber den Fonds bestehenden Verpflichtungen auch wirtschaftlich der Bankgesellschaft zuzuordnen, sind die Anteile an der LPFV mit Wirkung zum 31. Dezember 2000, 24.00 Uhr für T€ 230 an die Bankgesellschaft Berlin AG übertragen worden.

Mit Vertrag vom 29. Dezember 2000 hat die IBG die von ihr gehaltene Beteiligung in Höhe von 99% an der GbR an die Greico Inc., Cayman Islands (nachfolgend „Greico“) verkauft und abgetreten.

Der Kaufpreis betrug 1.123,5 Mio. €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betrag in Höhe von 60,2 Mio. € für u. a. Sachvermögen, Forderungen und Kassenbestand der IBAG und dem damals von den Parteien aufgrund eines durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellten Wertgutachtens vom 15. Dezember 2000 angenommenen Wert, der von der IBAG gehaltenen Beteiligungen in Höhe von 1.063,3 Mio. €.

Zudem war die Greico verpflichtet, die Bareinlageverpflichtung der IBG in die GbR in Höhe von 434,3 Mio. € zu übernehmen.

Bei dieser Kaufpreisbemessung gingen die Parteien davon aus, dass sich durch die noch offene Bareinlageforderung der IBAG gegen die GbR in Höhe von 450,0 Mio. € der Wert der IBAG weiter um diesen Betrag auf insgesamt 1.573,5 Mio. € erhöht.

In dem Kaufvertrag ist eine Kaufpreisanpassung für den Fall vorgesehen, dass die GbR Aktien an der IBAG veräußert.

Mit Vertrag vom 2. April 2001 hat die GbR der BGB ein Ankauf- und Erwerbsrecht an 100% der Aktien an der IBAG eingeräumt. Dieses wurde von der BGB per 31. Mai 2001 mit schuldrechtlicher Wirkung zum 2. Januar 2001 angenommen.

Als Kaufpreis wurde ein aktualisierter Unternehmenswert der IBAG vereinbart. Dieser setzt sich zusammen aus dem o. g. Betrag in Höhe von 60,2 Mio. € sowie

dem zu ermittelnden Wert der von der IBAG gehaltenen Beteiligungen, der durch eine gutachterliche Stellungnahme überprüft wurde und sich auf 431 Mio. € beläuft.

Zusätzlich hat sich die BGB verpflichtet, anstelle der GbR die Bareinlage in die Kapitalrücklage der IBAG in Höhe von 450,0 Mio. € zu erbringen.

Es ist vorgesehen, dass die Bankgesellschaft in der IBAG als Alleingesellschafterin die Reduzierung der Einlageverpflichtung auf 100 Mio. € durch Auflösung der Kapitalrücklage in Höhe von 350 Mio. € und Ausschüttung an die Bankgesellschaft mit anschließender Verrechnung der Dividendenforderung gegen die Einlageverpflichtung veranlasst. Hinsichtlich der verbleibenden Einlageverpflichtung wurde eine Rückstellung gebildet (vgl. hierzu auch die Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung unter (18)). Diese veränderte Kapitalzuführungsmaßnahme steht im Zusammenhang mit dem geplanten Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags zwischen der Bankgesellschaft und der IBAG.

In Höhe der Differenz zwischen dem ursprünglich angenommenen Verkehrswert der von der IBAG gehaltenen Beteiligungen und dem nunmehr ermittelten Wert ist die IBG aufgrund der oben dargestellten Anpassungsklausel einem Ausgleichsanspruch der Greico ausgesetzt, der als wertaufhellendes Ereignis zu behandeln ist. In der Folge entsteht bei der IBG aus der Veräußerung der Beteiligung an der GbR ein deutlich geringerer Gewinn und damit insgesamt im Geschäftsjahr 2000 ein erheblicher Verlust.

Die BGB hält an der IBG eine Beteiligung in Höhe von 40% des Stammkapitals, die Berlin Hyp und die LBB jeweils eine Beteiligung in Höhe von 30% des Stammkapitals. Aufgrund des Verlustes bei der IBG im Geschäftsjahr 2000 müssen bei den Gesellschaftern erhebliche Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert IBG vorgenommen werden. Unmittelbare Ausgleichspflichten aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages, einer Patronatserklärung o.ä. bestehen nicht, allerdings haben alle Gesellschafter in den Einzelabschlüssen eine Rückstellung zum Ausgleich des anteiligen, nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages gebucht.

Im Geschäftsjahr sind die Beteiligungen an den Unternehmen IBV, Bavaria, ARWOBAU und weiteren Tochtergesellschaften der IBG-Gruppe entkonsolidiert worden, da diese Beteiligungen an einen Konzernfremden verkauft wurden. Die Bankgesellschaft Berlin AG hat diese Beteiligungen zusammen mit der IBAG mit schuldrechtlicher Wirkung zum 2. Januar 2001 zurückerworben. Im Hinblick hierauf ist der Veräußerungsgewinn im Konzernabschluss eliminiert worden. Da jedoch die veräußerten Beteiligungen am Stichtag nicht von einem Konzernunter-

nehmen, sondern von einem Konzernfremden gehalten wurden, sind diese Beteiligungen zum Stichtag nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen worden. Nach dem Rückerwerb ist bei unveränderter Situation davon auszugehen, dass diese Beteiligungen als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2001 einzubeziehen sind.

Die erstmalige Einbeziehung der Immobilienfonds-Kommanditgesellschaften zum 31. Dezember 2000 ist im Hinblick auf die Neuordnung der Fondskonstruktionen in 2001 unterblieben. Die jetzigen Komplementäre sollen durch neue Komplementäre ohne Freistellungserklärungen ausgetauscht werden.

Weitere verbundene Unternehmen wurden nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, weil sie für den Konzernabschluss von untergeordneter Bedeutung i. S. v. § 296 Abs. 2 HGB sind.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs. 2 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist; diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung • Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und Verlustrechnung ist um zusätzliche Angaben für Realkreditinstitute und Bausparkassen erweitert.

Der Anhang der Bankgesellschaft Berlin AG und der Konzernanhang wurden unter Ausnutzung des Wahlrechtes des § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Konsolidierung • Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf den 31. Dezember 2000 aufgestellt. Den Abschluss der in Fremdwährung bilanzierenden Gesellschaft haben wir zum Stichtagskurs umgerechnet und währungsbedingte Wertänderungen des Eigenkapitals gegen die Gewinnrücklagen des Konzerns verrechnet.

Die Erstkonsolidierung der im Geschäftsjahr neu einbezogenen Tochtergesellschaften erfolgte nach der Buchwertmethode, daraus ergab sich ein auszuweisender Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 11 Mio. €. Das Ausscheiden der Tochtergesellschaften der IBG aus dem Konsolidierungskreis hatte keine maßgeblichen Auswirkungen auf das Konzernergebnis.

Die stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin in Höhe von nominal 844 Mio. € stellt 100% des gezeichneten Kapitals der Landesbank Berlin dar. Schuldrechtlich beschränkt sich die stille Beteiligung auf 75,01% des Vermögens und des Ertrags der Landesbank Berlin und klammert ferner deren Abteilung Investitionsbank Berlin aus. Die der Landesbank Berlin zustehenden, nicht unter den Beteiligungsvertrag fallenden Vermögensteile werden in gesonderten Rücklagen des Konzerns ausgewiesen.

Für die nicht im Konzernbesitz befindlichen Anteile am gezeichneten Kapital und am Gewinn von Tochtergesellschaften, insbesondere der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG und der Weberbank Berliner Industriebank KGaA sowie der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, ist in der Konzernbilanz ein „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ bilanziert.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden ebenso wie entsprechende Aufwendungen und Erträge konsolidiert. Aus konzerninternen Umsätzen des Geschäftsjahres resultierende Zwischenerfolge sind ergebniswirksam eliminiert. Der aus dem Vorjahr vorgetragene Eliminierungsbetrag wurde, soweit er noch relevant war, mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Für das Berichtsjahr vereinnahmte Beteiligungserträge konsolidierter Gesellschaften wurden aufgerechnet.

Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB) • Von den insgesamt 8 (1999: 8) assoziierten Unternehmen haben wir 6 (1999: 8) Gesellschaften nach der Equity-Methode bilanziert. Die übrigen assoziierten Unternehmen bilanzieren wir mit den Anschaffungskosten.

In Würdigung der Gesamtverhältnisse aus gesellschaftsrechtlichen und vertraglichen Verflechtungen wird die Beteiligungsverwaltung für Immobilienwerte GbR, an der die Bankgesellschaft AG mit 1% beteiligt ist, zum 31. Dezember 2000 als assoziiertes Unternehmen im Sinne des § 311 HGB klassifiziert.

Die Zivnostenska banka a.s. wird aufgrund der im Geschäftsjahr erfolgten Erhöhung der Beteiligung auf über 85% zum 31. Dezember 2000 erstmals konsolidiert und scheidet damit – wie deren konsolidiertes 100%iges Tochterunternehmen ZB Trust investicni spolecnost a.s. – aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen aus.

Mit der Gründung der „BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft beschränkt haftende oHG“ (Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG: 90%, der BHS oHG: 10%) wurde der Betriebsteil Berlin der BHS oHG in die neu gegründete Gesellschaft eingebracht. Da damit die bisherige eigenständige operative Tätigkeit der BHS oHG für den Konzern Bankgesellschaft entfallen ist, ist die Beteiligung nunmehr für den Konzern von untergeordneter Bedeutung und es erfolgt keine Bewertung nach der Equity-Methode mehr.

Die IBB hat Anteile von 37,5% an der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH erworben und ist damit größter Anteilseigner der Gesellschaft. Das Unternehmen wurde gem. § 311 Abs. 1 HGB in den Kreis der assoziierten Unternehmen aufgenommen. Die Beteiligung ist jedoch für den Konzern von untergeordneter Bedeutung und es erfolgt deshalb keine Einbeziehung in die Equity-Bewertung.

Die assoziierten Unternehmen sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang) einzeln aufgeführt.

Die im Konzern vereinnahmten Beteiligungserträge wurden um die Beteiligungsbuchwertveränderungen bereinigt, die zur Anpassung an die quotalen Eigenkapitalien der assoziierten Unternehmen vorzunehmen waren (Buchwertmethode). Hieraus entstand per Saldo ein Ergebnis in Höhe von –7,3 (i.V.: +3,1) Mio. €, das in der Konzerngewinn- und Verlustrechnung als „Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen“ ausgewiesen wird. Auf eine Anpassung abweichender Bewertungsmethoden wurde wegen Unwesentlichkeit verzichtet.

Bewertung • Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB, soweit nicht Sonderregelungen nach §§ 340 ff. HGB bestehen. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 255 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit der geänderten Vorschrift des Steueränderungsgesetzes; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden. Im Finanzanlagevermögen des Konzerns befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete Vermögensgegenstände in Höhe von 1.648 (i.V.: 747) Mio. €, davon in der AG 1.615 (i.V.: 718) Mio. €.

Die anderen Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrag-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und für allgemeine Bankrisiken Reserven nach § 340f HGB.

Im Geschäftsjahr 2000 wurden erstmals für Kredite des Fördergeschäfts im Konzern eine Bewertung der Sicherheiten unter Einschluss eines barwertigen Ansatzes der zugesicherten Fördermittel zugrunde gelegt. Für dadurch erkennbare Risikopotenziale wurde in angemessener Höhe Vorsorge getroffen.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen wurden in der vollen erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6%. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck von 1998) verwendet.

Bewertung des Handelsbestands • Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Zins- und Aktienportfolios bzw. besonderen Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsprodukten werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Währungen, die an der ersten Stufe der Euro-Einführung teilgenommen haben sowie die griechische Drachme, die seit dem 1. Januar 2001 dem Euro-Währungsraum angehört, wurden als eine Währung behandelt. Bei den Aktienprodukten erfolgt die Zusammenfassung je Gattung. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestands einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolios miteinander verrechnet. Positive Bewertungsüberhänge werden bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolios unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolios werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Zins- oder dem Aktienportfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung • Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden wie im Vorjahr in Euro aufgestellt. Alle Angaben zu Fremdwährungen oder ausländischen Währungen beziehen sich deshalb auf Währungen von Ländern, die nicht an der Euro-Einführung zum 1. Januar 1999 teilgenommen haben.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung; § 340h Abs. 2 HGB findet entsprechend Anwendung. Für negative Bewertungsergebnisse bei darüber hinaus bestehenden Währungspositionen (überwiegend Devisen-Optionsgeschäfte) werden Rückstellungen gebildet. Positive Ergebnisse und unrealisierte Gewinne aus offenen Positionen werden nicht vereinnahmt.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung der AG und des Konzerns

Bilanz

(1) Fristengliederung nach Restlaufzeit

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute				
b) andere Forderungen				
– bis drei Monate	7.772	9.368	7.739	5.718
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.567	1.988	3.381	4.750
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.735	1.558	9.479	9.399
– mehr als fünf Jahre	578	442	11.247	11.106
Insgesamt	12.652	13.356	31.846	30.973
Forderungen an Kunden				
– bis drei Monate	7.195	7.143	16.415	15.684
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.595	1.376	5.994	5.711
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.347	2.125	21.297	20.300
– mehr als fünf Jahre	6.658	5.573	59.562	59.787
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.750)	(2.354)	(4.066)	(4.578)
Insgesamt	18.795	16.217	103.268	101.482
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
– bis drei Monate	33.903	26.819	40.950	30.509
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.106	4.467	6.325	7.494
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	262	461	5.105	5.545
– mehr als fünf Jahre	586	382	9.702	9.674
Insgesamt	38.857	32.129	62.082	53.222
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten				
– bis drei Monate	12	11	104	161
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	1	1	56	78
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	74	87	255	301
– mehr als fünf Jahre	7	9	18	23
Insgesamt	94	108	433	563
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
cb) andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
– bis drei Monate	4.814	4.410	11.214	10.523
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	508	419	1.859	1.749
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	851	442	8.755	6.756
– mehr als fünf Jahre	244	460	19.384	21.415
Insgesamt	6.417	5.731	41.212	40.443
Verbriefte Verbindlichkeiten				
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				
– bis drei Monate	475	59	317	103
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	230	22	51	79
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38	7	38	34
– mehr als fünf Jahre	21	–	21	6
Insgesamt	764	88	427	222

(2) Fristigkeiten von weiteren Bilanzpositionen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Im Folgejahr fällig werdende				
– Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.004	4.319	4.413	5.572
– Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen	10.270	8.443	21.906	17.643

(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	10.133	10.465	–	–
Forderungen an Kunden	484	625	921	1.054
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.718	3.764	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	158	181	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.941	16.883	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	195	243	344	256
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.241	10.689	21	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.517	2.517	–	–

(4) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	187	156	1.479	1.643
Forderungen an Kunden	96	135	344	406
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	498	569	498	569
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–	4	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	123	18	853	493
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32	16	55	30
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	64	–

(5) Nachrangige Aktiva

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	105	84	116	95
Forderungen an Kunden	1	–	3	3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	92	105	92	103
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12	15	184	185

(6) Entwicklung des Anlagevermögens

(6.1) AG

in Mio. €	Finanzanlagen					Sachanlagen
	Forde- rungen ¹⁾	Schuldver- schreibun- gen und andere festver- zinsliche Wert- papiere	Aktien und andere nicht fest- verzins- liche Wert- papiere	Beteili- gungen	Anteile an verbunde- nen Unter- nehmen	
Buchwert zum 31.12.1999	–	734	50	161	2.396	79
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.1999	–	734	50	182	2.400	192
Zugänge 2000	7	–	1.099	46	24	25
Abgänge 2000	–	24	147	4	10	4
Umbuchungen	–	–	–	–75	75	–
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	1	–	–	–	–
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2000	7	711	1.002	149	2.489	213
Zuschreibungen	–	–	–	10	–	–
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.1999	–	–	–	21	4	113
Zugänge 2000	3	–	5	0	393	12
Abgänge 2000	–	–	–	2	–	4
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2000	3	–	5	19	397	121
Buchwert zum 31.12.2000	4	711	997	140	2.092	92

1) Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

Die Zugänge in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ betreffen im Wesentlichen die strategische Anlage in Aktienfonds.

Die Abschreibungen auf „Anteile an verbundenen Unternehmen“ (Zugänge 2000) entfallen im Wesentlichen mit 249 Mio. € auf die Berlin Hyp sowie mit 142 Mio. € auf die IBG.

(6.2) Konzern

in Mio. €	Finanzanlagen						Sach- anlagen	Immaterielle An- lagewerte
	Forde- rungen ¹⁾	Schuld- verschrei- bungen und andere festver- zinsliche Wert- papiere	Aktien und andere nicht festver- zinsliche Wert- papiere	Beteili- gungen	Anteile an assoziier- ten Unter- nehmen	Anteile an verbunde- nen Unter- nehmen		
Buchwert zum 31.12.1999	–	1.457	125	346	87	134	584	102
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.1999		1.457	125	379	97	137	1.308	259
Zugänge 2000	7	6.490	1.157	158	16	48	198	163
Abgänge 2000		3.008	163	281	57	36	245	169
Effekte aus Wechsel- kursänderungen								
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.2000	7	4.939	1.119	256	56	149	1.261	253
Zuschreibungen	–	1	–	10	18	–	–	–
Kumulierte Abschrei- bungen zum 31.12.1999	–	–	–	33	10	3	724	157
Zugänge 2000	3	24	12	12	31	23	135	45
Abgänge 2000		15		19	11	18	132	29
Umbuchungen								
Kumulierte Abschrei- bungen zum 31.12.2000	3	9	12	26	30	8	727	173
Buchwert zum 31.12.2000	4	4.931	1.107	240	44	141	534	80

1) Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

(7) Treuhandgeschäfte

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	5
Forderungen an Kunden	14	18	324	272
Sachanlagen	–	–	–	1.523
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–	12	1
	14	18	336	1.801
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14	18	36	50
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	300	1.751
Sonstige Verbindlichkeiten	–	–	–	0
	14	18	336	1.801

Der Rückgang der Treuhandgeschäfte im Konzern resultiert aus der Entkonsolidierung der IBG-Gesellschaften.

(8) Börsenfähigkeit/Börsennotierung

(8.1) AG

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.00	31.12.99	31.12.00	31.12.99	31.12.00	31.12.99
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	28.352	22.457	23.391	19.576	4.961	2.881
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.897	5.306	5.891	5.297	6	9
Beteiligungen	70	111	27	66	43	45
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.167	1.326	569	737	598	589
davon						
Berlin Hyp	313	562	313	562		
BG Intern. S.A. Lux.	246	246			246	246
BG Berlin (UK) plc	205	205			205	205
ALLBANK	175	175	175	175		
Zivnostenska banka	81	–	81	–		
Übrige	147	138			147	138

(8.2) Konzern

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.00	31.12.99	31.12.00	31.12.99	31.12.00	31.12.99
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.377	30.603	32.292	26.709	7.085	3.894
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.332	6.576	5.796	5.137	1.536	1.439
Beteiligungen	81	56	7	11	44	45
Anteile an assoziierten Unternehmen	–	55	–	55	–	–

(9) Bestände in Fremdwährung¹⁾

in Mrd. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Vermögensgegenstände	22,0	17,4	34,3	27,7
Verbindlichkeiten	23,7	17,6	36,3	28,7

1) Positionen ohne Währungen der an der Euro-Einführung zum 01.01.1999 teilgenommenen Länder.

(10) Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an die LZB als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Wertpapiere	9.039	9.276	18.100	14.437
davon: Ausgleichsforderungen	2.063	2.541	5.627	6.179
Wirtschaftskredite	266	334	886	499
davon: Wechsel	32	14	32	15
Kreditforderungen	234	320	854	484
Gesamt	9.305	9.610	18.986	14.936

Im Übrigen verweisen wir darauf, dass zum Bilanzstichtag in der Bankgesellschaft AG folgende weitere Verpfändungen bestanden: Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 12,8 Mio. € (Vorjahr: 30,7 Mio. €) sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 724,8 Mio. € (Vorjahr: 941,9 Mio. €) wurden als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 39,0 Mio. € (Vorjahr: 25,9 Mio. €) als Sicherheiten, die die Bank als Pensionsnehmer aus einem Pensionsgeschäft gegeben hat und über 47,1 Mio. € als Sicherheiten für Wertpapierleihengeschäfte. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 34,5 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) wurden bei ausländischen Banken hinterlegt.

Der Nominalwert der in Pension gegebenen Vermögensgegenstände beträgt 4.901 Mio. € (Konzern) bzw. 2.701 Mio. € (AG).

Angaben zu einzelnen Bilanzpositionen

(11) Ausgleichsforderungen gegen die Öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch • In dieser Position

werden sowohl in der AG als auch im Konzern angekaufte Ausgleichsforderungen in Form von Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesen. Darüber hinaus befinden sich im Bestand der AG geliehene Wertpapiere in Höhe von 25 (per 31.12.1999: 180) Mio. €. Verliehen sind keine Wertpapiere.

Von den Ausgleichsforderungen sind 2.063 (i.V.: 2.541) Mio. € (AG) bzw. 5.627 (i.V.: 6.179) Mio. € (Konzern) im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente als Sicherheiten an die zuständigen Notenbanken verpfändet (vgl. (10)). Der Ausweis erfolgt zum größten Teil unter der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“. Zum Bilanzstichtag wurden nominal 4,7 Mrd. € außerplanmäßig gekündigt.

(12) Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte • Von den Grundstücken und Gebäuden des Konzerns werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeiten Immobilien im Buchwert von 235 (i.V.: 207) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 243 (i.V.: 258) Mio. € – AG: 92 (per 31.12.1999: 79) Mio. € – enthalten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten. Bei beweglichen Anlagegütern wird auf Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Grundstücke und Gebäude	25 Jahre
Mietereinbauten (bis 1998 Dauer des jeweiligen Mietvertrages)	25 Jahre
Einrichtungsgegenstände	5–10 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5–25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	5 Jahre
Fernsprechanlagen	7–10 Jahre
Kraftfahrzeuge	5 Jahre
Software	3 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Die immateriellen Anlagegüter des Konzerns enthalten einen aktivischen Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 16 (i.V.: 28) Mio. €.

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Aktivposten aus Portfolios	1.855	2.603	1.855	2.603
Gewinnansprüche LBB	767	767	767	767
Forderungen an Finanzbehörden	225	220	431	301
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	198	161	765	552
Einzugspapiere	2.073	90	4.731	146
Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände der IBG ¹⁾	–	–	–	559
Übrige	331	270	1.679	452
Insgesamt	5.449	4.111	10.228	5.380

1) Die Forderungen an Finanzbehörden des IBG-Teilkonzerns waren im Vorjahr in der entsprechenden Unterposition enthalten.

In den Forderungen aus Einzugspapieren zum 31. Dezember 2000 sind Ausgleichsforderungen aufgrund einer Sonderauslosung enthalten.

Die Aktivposten aus Portfolios umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf die restlichen 24,99% des Ertrags und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin.

Mit dem rechtskräftigen Urteil des Finanzgerichts Berlin vom 13. Mai 1998 ist für die Jahre 1981 bis 1985 eine Teilorganschaft zwischen der Berliner Bank AG und der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank AG anerkannt worden. Auch für die Jahre danach liegen nach unserer Auffassung die Voraussetzungen für die Teilorganschaft zwischen beiden Unternehmen beziehungsweise zwischen der Bankgesellschaft und der Berlin Hyp als ihren Rechtsnachfolgern vor. Wegen zwischenzeitlich seitens der Stadt Hannover beim zuständigen Finanzamt und beim Finanzgericht Berlin eingeleiteter Rechtsmittel haben wir die daraus resultierenden Steuererstattungsansprüche – saldiert mit entsprechenden Nachzahlungen der Bankgesellschaft als Organträger 39 Mio. € (Konzern 78 Mio. €) – auch im Geschäftsjahr 2000 noch nicht erfolgswirksam vereinnahmt. Bereits 1999 haben wir über entsprechende Zuführungen zu den Steuerrückstellungen Vorsorge getroffen.

(14) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten • Im Konzern wurden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 448 (i.V.: 542) Mio. € ausgewiesen.

In der AG enthält diese Position vor allem Agien für übernommene Kundenforderungen (übernommene Konsortialanteile aus gemeinschaftlichen privaten Baufinanzierungen im Rahmen des so genannten Berliner Modells), geleistete Up-Front-Zahlungen für Derivate, Disagien aus Inhaberschuldverschreibungen sowie Mietvorauszahlungen.

(15) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Passivposten aus Portfolios	1.878	1.724	1.878	1.724
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	14	11	55	40
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	80	78	82	83
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	17	26	46	77
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	171	275	446	606
Erhaltene Anzahlungen, Verbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten der IBG ¹⁾	–	–	–	241
Übrige	917	105	2.038	341
Insgesamt	3.077	2.219	4.545	3.112

1) Die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden und aus Lieferungen und sonstigen Leistungen des IBG-Teilkonzerns waren im Vorjahr in den entsprechenden Unterpositionen enthalten.

Die Passivposten aus Portfolios beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

(16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten • Für den Konzern wurden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 1.023 (i.V.: 1.098) Mio. € ausgewiesen.

In der AG beinhaltet diese Position überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag, Mietvorauszahlungen und abgegrenzte Zinsen und Gebühren.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Konzern • Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Konzern stiegen um 7 (i.V.: 35) Mio. € auf 571 (i.V.: 564) Mio. €.

(18) Andere Rückstellungen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2000	31.12.1999	31.12.2000	31.12.1999
Rückstellungen für Portfolios, Wertpapier- und Devisengeschäfte	258	432	262	432
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts einschließlich Länderrisiken	154	102	202	190
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBG	146	–	–	–
Rückstellungen für das Immobilienfondsgeschäft	116	–	249	–
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBAG	100	–	–	–
Rückstellungen im Personalbereich	77	90	169	226
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	150	81	206	94
Rückstellungen für Übernahmegarantien	–	31	–	31
IBG	–	–	10	442 ¹⁾
LPFV	–	–	996	–
Übrige	43	48	351	256
Insgesamt	1.044	784	2.445	1.671

1) Die Rückstellungen im Personalbereich des IBG-Teilkonzerns sind in der entsprechenden Unterposition enthalten.

Da die Bankgesellschaft die Risiken der IBG und deren Tochtergesellschaften aus gegenüber den Immobilienfonds übernommenen Verpflichtungen vielfach durch umfangreiche Patronate bis 1998 abgesichert hatte, sollen diese Risiken auch künftig wirtschaftlich der Bankgesellschaft zugeordnet werden. Mit diesem Ziel hat die Bankgesellschaft von der IBG deren Anteile an der LPFV mit Wirkung zum 31. Dezember 2000, 24.00 Uhr für 250 T€ übernommen. Die Bankgesellschaft hat die IBG und deren Tochtergesellschaften im Innenverhältnis von Rechten und Pflichten aus Generalmietverträgen und sonstigen Garantien freigestellt und dafür Vorsorge in Höhe von insgesamt 996 Mio. € getroffen.

Die Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen der IBG betreffen den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag dieser Gesellschaft, den die Gesellschafter (BGB: 40%, LBB: 50%, Berlin Hyp: 50%) anteilig zu decken haben. Darüber hinaus wurde durch die künftigen Gesellschafter BGB (70%) und LBB (50%) für weitere Kapitalmaßnahmen Vorsorge in Höhe von 50 Mio. € getroffen. Die Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen der IBAG in Höhe von 100 Mio. € betreffen die von der Bankgesellschaft zu erbringende Einlage in 2001 in die IBAG. Die Rückstellung für das Immobilienfondsgeschäft betrifft die Vorsorge zur Sicherung der Fortführung der Geschäftstätigkeit der IBAG bzw. deren Objektgesellschaften.

Die **Restrukturierungsrückstellungen im Konzern** entwickelten sich 2000 wie folgt:

in Mio. €	Stand 01.01. 2000	Ver- brauch	Um- buchung	Auf- lösung	Zu- führung	Stand 31.12. 2000
Flächen- management	45	21	4	0	2	30
Personal	49	17	8	0	136	176
Gesamt	94	38	12	0	138	206

Die starke Aufstockung der Rückstellung um 158 Mio. € war insbesondere zur Vorsorge für künftige personalpolitische Maßnahmen erforderlich, die sich als Konsequenz aus der noch stärkeren Ausrichtung der Strukturen und Qualifikationen auf den Vertrieb und die Kundenbetreuung ergeben. Der Konzern steht in diesem Zusammenhang vor der Aufgabe, Stellen in der Größenordnung von 1600 Mitarbeiterkapazitäten bis Ende 2001 abzubauen.

Zur sozialverträglichen Gestaltung dieses Vorhabens wurde der bereits bestehende Vertrag zum Interessenausgleich, der betriebsbedingte Kündigungen ausschließt, mit den Betriebs- und Personalräten um weitere drei Jahre auf nunmehr bis Ende 2004 verlängert.

(19) Nachrangige Verbindlichkeiten

(19.1) AG

	Währung	Währungsbetrag (in Mio.)	Zinssatz	Fälligkeit
(1)	DM	40	8,25 %	2002
(2)	DM	200*	7,40 %	2003
(3)	DM	100	7,00 %	2005
(4)	DM	300*	6,71 %	2006
(5)	JPY	10.000*	3,36 %	2007
(6)	DM	50*	6,06 %	2007
(7)	JPY	10.000*	3,32 %	2007
(8)	EUR	10*	Zerobond	2007
(9)	JPY	4.000*	2,80 %	2008
(10)	JPY	5.000*	2,30 %	2008
(11)	DM	10*	5,03 %	2008
(12)	DM	30*	5,33 %	2008
(13)	EUR	150*	3-Monats-Euribor + 35 BP	2009
(14)	EUR	10*	3-Monats-Euribor + 32 BP	2009
(15)	FRF	1.500*	5,75 %	2009
(16)	FRF	750*	5,75 %	2009
(17)	EUR	375*	4,75 %	2009
(18)	EUR	4*	Zerobond	2009
(19)	JPY	5.000*	3-Monats-JPY-Libor + 8 BP	2009
(20)	FRF	1.000*	5,375 %	2010
(21)	DM	250*	5,375 %	2010
(22)	USD	250*	7,125 %	2012
(23)	GBP	150*	8,00 %	2012
(24)	EUR	75*	mindestens 4,75 %	2019
(25)	JPY	15.000*	5,15 %	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (3), (4), (12) und (21) stammen aus der ehemaligen Berliner Bank AG. Von der nachrangigen Verbindlichkeit (3) befinden sich zum Bilanzstichtag 0,5 (i.V.: 0,5) Mio. € im eigenen Bestand. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (20) und (21) wurden 1999 redenominiert (152 bzw. 128 Mio. €). Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (24) wurde wie folgt vereinbart: 4,75% bis 31. März 2009, danach 4,75% + 81% der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap), mindestens 4,75%.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2000 in der AG beträgt 136 (i.V.: 112) Mio. €. Dieser Zinsaufwand setzt sich zusammen aus laufenden Zinsaufwendungen in Höhe von 146 (i.V.: 134) Mio. € und Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 10 (i.V.: 22) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

(19.2) Konzern

	Betrag (in Mio. €)	Emittent	Zinssatz	Fälligkeit
(1)	71	Bankgesellschaft Berlin AG	7,00 – 8,25 %	2002–2005
(2)	87	Landesbank Berlin – Girozentrale –	4,74 – 5,43 %	2008
(3)	174	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	4,06 – 7,80 %	2002–2020
(4)	30	Allgemeine Privatkundenbank AG	7,00 – 8,88 %	2002–2004
(5)	2.661	BGB Finance (Ireland) plc	2,30 – 8,00 %	2007–2027

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten (5) wurden 1.031 (i.V.: 1.491) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 3.023 (i.V.: 3.041) Mio. € – AG: 2.588 (i.V.: 2.588) Mio. € – entsprechen 3.000 (i.V.: 2.968) Mio. € – AG: 2.568 (i.V.: 2.579) Mio. € – den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2000 im Konzern beträgt 150 (i.V.: 136) Mio. €.

(20) Genussrechtskapital • Die per 31. Dezember 1999 fällige Emission der AG aus 1989 mit nominal 26 Mio. € (50 Mio. DM) wurde entsprechend den Vertragsbedingungen in 2000 zurückgezahlt.

Andere in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften haben weitere Genussrechte in Höhe von 31 (i.V.: 30) Mio. € ausgegeben.

Alle Genussrechte im Konzern verbriefen ausschließlich Gläubigerrechte. Nachdem im Vorjahr noch Genussrechte in Höhe von 3 (AG: 0) Mio. € die Voraussetzungen für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital nach den Vorschriften über das Kreditwesen erfüllten, sind per 31. Dezember 2000 weder im Konzern noch in der AG solche Genussrechte begeben.

(21) Eigenkapital • Das gezeichnete Kapital der Bankgesellschaft Berlin AG beträgt unverändert 558 Mio. € und ist eingeteilt in 218.077.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 9. Juni 2000 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2001 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene

Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Einheitskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende jeden Tages nicht übersteigen.

Zum Jahresende befinden sich 3.504.832 (i.V.: 209.700) Stückaktien mit einem Buchwert von 53 (i.V.: 3) Mio. € im Handelsbestand der Bank. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 1,607 (i.V.: 0,096)%. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 10.768.628 Stück, das entspricht 4,94% des gezeichneten Kapitals. Im gesamten Jahr wurden 14.079.791 Stück zum Durchschnittskurs von 15,96 € je Stück gekauft und 10.784.659 Stück zum durchschnittlichen Kurs von 15,62 € je Stück verkauft.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juni 2000 besteht bis zum 30. September 2001 die Möglichkeit des Rückkaufs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2000 kein Gebrauch gemacht.

Im Kreditgeschäft waren am Jahresende 2000 gemäß § 71e AktG 1.775.448 (i.V.: 2.002.120) eigene Stückaktien als Pfand genommen; dies entsprach 0,81 (i.V.: 0,92)% des gezeichneten Kapitals.

Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr 2000 beträgt in der Bankgesellschaft AG 975 Mio. € unter Berücksichtigung eines Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 20 Mio. €.

Zum Konzern-Eigenkapital erläutern wir die Entwicklung der anderen Gewinnrücklagen:

in Mio. €	2000	1999
Stand 01.01.	330	143
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	34	40
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 10	0
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile	- 53	0
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Verlustausgleich (LBB)	- 154	
Entnahme wegen Verrechnung aktivischer Unterschiedsbeträge aus Erstkonsolidierung	- 3	0
Entnahmen aus der Bewertung der assoziierten Unternehmen	6	1
Entnahmen aus der Auflösung von verrechneten passivischen Unterschiedsbeträgen der Endkonsolidierung	0	0
Einstellungen/Entnahmen aus der Währungsumrechnung	6	- 3
Einstellungen/Entnahmen aus der Zwischenerfolgseliminierung	6	- 19
Einstellungen/Entnahmen aus der Kapitalkonsolidierung	- 2	- 28
Eliminierung Ertrag aus Fusion BG/BB	- 4	4
Ehemalige satzungsmäßige Rücklage der LBB	0	192
Stand 31.12.	156	330

Die Gewinnrücklage der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin, wurde wegen des Wegfalls der satzungsmäßigen Bindung zum 31. Dezember 2000 erstmals unter den anderen Gewinnrücklagen ausgewiesen; die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

(22) Zinsüberschuss

in Mio. €	AG		Konzern	
	2000	1999	2000	1999
Zinserträge aus				
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.179	2.025	8.225	8.021
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.320	895	2.314	1.624
Laufende Erträge aus				
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	237	203	353	301
Beteiligungen ¹⁾	12	10	7	14
Verbundenen Unternehmen	46	78	2	10
Gewinngemeinschaften	4	96	7	12
Zinsaufwendungen für				
Einlagen	2.656	1.917	6.115	5.082
Verbriefte Verbindlichkeiten	664	435	3.001	2.716
Nachrangkapital ²⁾	136	112	150	136
Insgesamt	342	843	1.642	2.048

1) Im Konzernabschluss einschließlich assoziierter Unternehmen.

2) Nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital.

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €	AG		Konzern	
	2000	1999	2000	1999
Zahlungsverkehr/Kontoführung	27	29	127	129
Wertpapiere/Vermögensanlagen	70	52	167	126
Emissions- und Konsortialgeschäft	13	11	17	12
Kreditgeschäft	2	0	36	49
Avalprovisionen	14	17	28	30
Auslandsgeschäft	8	10	12	11
Devisengeschäft	2	2	5	5
Kartengeschäft	32	32	44	43
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	1	1	26	15
Insgesamt	169	154	462	420

(24) Nettoergebnis aus Finanzgeschäften • Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften im Konzern setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2000	1999
Nettoergebnis	139	105
darunter:		
Bankgesellschaft Berlin	158	117
Landesbank Berlin	1	16
Übrige Kreditinstitute	- 14	- 5
Konsolidierung	- 6	- 23

(25) Risikovorsorge • Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	AG		Konzern	
	2000	1999	2000	1999
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	284	167	1.537	504
Wertpapiere der Liquiditätsreserve	26	- 126	27	- 136
Veränderungen § 340f-HGB-Reserve	- 242	154	- 366	229
Risikovorsorge gesamt	68	195	1.198	597

Die Risikovorsorge für das **Kreditgeschäft in der AG** hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länder- risiko Kredit- geschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direkt- abschrei- bungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rück- stellun- gen Kredit- geschäft		2000	1999	2000	1999	2000	1999
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999						
Stand 01.01.			1.700	1.642	58	45	90	131	12	32	1.860	1.850		
Zuführungen			277	250	12	13	79	21	0	0	368	284	368	284
Inanspruchnahmen			126	142						20	126	162		
Auflösungen			85	103			8	29	0	0	93	132	93	132
Direktabschreibungen	14	19											14	19
Eingänge auf abge- schriebene Forderungen	5	4											5	4
Umbuchungen			24	27			- 13	- 33			11	- 6		
Wechselkursänderungen			14	26							14	26		
Stand 31.12.			1.804	1.700	70	58	148	90	12	12	2.034	1.860	284	167

1) Einzelwertberichtigung

2) Pauschalwertberichtigung

Die Risikovorsorge für das **Kreditgeschäft im Konzern** hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länder- risiko Kredit- geschäft	Gesamt		davon GuV- wirksam		
	Direkt abschrei- bungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rück- stellungen Kredit- geschäft			2000	1999	2000	1999	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999						
Stand 01.01.			3.125	2.871	179	140	157	214	33	48	3.494	3.273		
Zuführungen			1.612	651	70	38	104	50	1	1	1.787	740	1.787	740
Inanspruchnahmen			236	293			9	28	13	19	258	340		
Auflösungen			226	224	5		22	36	1	1	254	261	254	261
Direktabschreibungen	29	33											29	33
Eingänge auf abge- schriebene Forderungen	25	8											25	8
Umbuchungen ³⁾			77	92	1	1	-31	-43	2	4	49	54		
Wechselkursänderungen			14	28							14	28		
Stand 31.12.			4.366	3.125	245	179	199	157	22	33	4.832	3.494	1.537	504

1) Einzelwertberichtigung

2) Pauschalwertberichtigung

3) Inkl. Bestandserhöhung durch Erweiterung des Konsolidierungskreises

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft haben wir konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht hat.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an die Empfehlung des Bankenfachausschusses des IDW „Zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko im Jahresabschluss von Kreditinstituten“ (BFA 1/1990).

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko bilden wir nach konzerneinheitlichen Richtlinien Vorsorge durch pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bürgschaftsverpflichtungen. In die Länderwertberichtigungen beziehen wir neben umgeschuldeten Krediten weitere Finanzkredite (Laufzeit über einem Jahr) sowie Forderungen aus dem kommerziellen Geschäft (Laufzeiten bis ein Jahr) ein, sofern Zahlungsstörungen eingetreten sind. Uns zustehende, werthaltige Sicherheiten vermindern dabei unser Ausfallrisiko. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Über die für das Kreditgeschäft gebildete Vorsorge für Länderrisiken hinaus bestehen weitere Vorsorgen für Länderrisiken für Wertpapiere i.H.v. 0 (i.V.: 2) Mio. €.

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	AG		Konzern	
	2000	1999	2000	1999
Forderungen an Kreditinstitute	103	147	132	177
Forderungen an Kunden	1.783	1.623	4.492	3.150
Rückstellungen	148	90	199	157
Sonstige Positionen	0	0	9	10
Insgesamt	2.034	1.860	4.832	3.494

(26) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen • Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheit (Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Filialen).

(26.1) AG

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999
	Zinserträge	1.958	1.749	1.542	1.171	3.500
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	295	291	–	–	295	291
Provisionserträge	224	214	10	7	234	221
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	158	120	–	– 3	158	117
Sonstige betriebliche Erträge	64	87	9	6	73	93

(26.2) Konzern

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999
	Zinserträge	8.059	7.812	2.480	1.833	10.539
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	357	318	12	4	369	322
Provisionserträge	516	491	38	24	554	515
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	153	110	– 14	– 5	139	105
Sonstige betriebliche Erträge	770	881	12	3	782	884

(27) Andere Verwaltungsaufwendungen im Konzern

in Mio. €	2000	1999
Raumkosten	133	138
EDV	180	190
Werbung und Repräsentation	45	50
Dienstleistungen Dritter	115	113
Bürobetriebskosten	40	39
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	22	23
Personalabhängige Sachkosten	37	30
Insgesamt	572	583

Der Rückgang bei den Raumkosten erklärt sich aus der Reduzierung der Filialen der Niederlassung Berliner Bank und der Inanspruchnahme der Rückstellung für das Flächenmanagement. Die Gründe für den Rückgang bei den Aufwendungen für Werbung liegen in der Umstrukturierung und damit der Neupositionierung der Marktbereiche. Die Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter waren insbesondere durch einen geringeren Umfang von externen Beratungsleistungen geprägt.

Im Einzelabschluss der Bankgesellschaft spiegeln sich im hohen Maße auch die Leistungsverrechnungen aufgrund der Holdingfunktion wider. Der Rückgang der Verwaltungsaufwendungen der AG gegenüber dem Vorjahreswert um 15 Mio. € auf nunmehr 386 Mio. € entfällt überwiegend auf EDV-Aufwendungen.

(28) Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge im Konzern

in Mio. €	2000		1999	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge
Kreditinstitute	78	214	67	151
IBG				
Materialaufwand	301		293	
Abschreibungen	123		79	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	161		295	
Umsatzerlöse		515		736
Bestandserhöhungen/ -minderungen		46		- 22
Sonstige betriebliche Erträge		40		78
Sonstige Unternehmen	1.002 ¹⁾	498	2	472
Konsolidierungen	- 128	- 531 ²⁾	- 27	- 531 ¹⁾
Insgesamt	1.537	782	709	884

1) davon 996 Mio. € LPFV.

2) Leistungsumfang der Servicegesellschaften; dort Umsatztätigkeit.

(29) Außerordentliche Aufwendungen • Die außerordentlichen Aufwendungen im Konzern in Höhe von 589 Mio. € enthalten in Höhe von 249 Mio. € die weitere Vorsorge für das Immobilienfondsgeschäft (Bankgesellschaft: 116 Mio. €, LBB: 117 Mio. € und Berlin Hyp: 16 Mio. €). Darüber hinaus werden hier die Aufwendungen der Restrukturierungsvorsorge sowie eine Zahlung für die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft „Erinnerung/Verantwortung/Zukunft“ ausgewiesen.

Die in der Bankgesellschaft AG gebildeten Rückstellungen für die im Geschäftsjahr 2001 zurückerworbene IBAG (100 Mio. €) sowie für Kapitalmaßnahmen der IBG GmbH (146 Mio. €) wirken sich durch den Konsolidierungseffekt auf Konzernebene nicht aus.

(30) Ertragsteuern im Konzern • Der Konzern Bankgesellschaft Berlin besteht grundsätzlich aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die keinem dieser Organkreise angehören. Die Spitzen beider Organkreise, Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin, sind zu 75,01% über eine atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft an der Landesbank miteinander verbunden.

Das steuerliche Einkommen der Landesbank Berlin wird zu 75,01% der Bankgesellschaft Berlin zugerechnet und von ihr versteuert, während der Gewerbeertrag in der Landesbank Berlin endgültig der Gewerbesteuer unterliegt. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert; an die Bankgesellschaft Berlin AG fließende Dividenden bleiben hier im Wesentlichen steuerfrei.

Die Ertragsteuern im Konzern entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €	2000	1999
Tatsächliche Steuern	76	273
Latente Steuern	4	1
Insgesamt	80	274

Die latenten Steuern ergeben sich als Saldo aus Zuführung und Auflösung von Steuerabgrenzungen, die aufgrund zeitlicher Unterschiede von handels- und steuerrechtlichem Ergebnis im Konzernabschluss vorzunehmen sind.

Die Überleitung vom rechnerischen zum ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern wird wie folgt dargestellt:

in Mio. €	2000	1999
Ergebnis vor Steuern	- 1.558	439
Sonstige Steuern	10	8
Ergebnis vor Ertragsteuern	- 1.568	431
Anzuwendender Satz ¹⁾	52%	52%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	0	224
Steuereffekte		
temporäre Unterschiede Handels- und Steuerbilanz	56	22
ausländische Einkünfte	27	- 25
unterschiedliche Rechtsnormen	0	- 30
nicht abziehbare Aufwendungen	0	73
sonstige Unterschiede	- 3	10
Ausgewiesene Ertragsteuern	80	274

1) Der als Grundlage für die Überleitungsrechnung verwendete Ertragsteuersatz setzt sich aus 17% Gewerbesteuer und dem in Deutschland geltenden Körperschaftssteuersatz von 40% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag für thesaurierte Gewinne, bezogen auf das Ergebnis nach Gewerbesteuern, zusammen.

Die Steuereffekte aus temporären Unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben sich ausschließlich aus phasenfremdem Steueraufwand.

Die Auswirkungen aus ausländischen Einkünften resultieren aus dem Umstand, dass die inländischen Verluste nicht mit den positiven Ergebnissen der ausländischen Konzernunternehmen bzw. der ausländischen Niederlassungen ausgleichsfähig sind.

Die sonstigen Unterschiede ergeben sich aus dem Steueraufwand der konsolidierungspflichtigen Inlands- und Auslandstochtergesellschaften abzüglich des zu konsolidierenden Steueraufwands.

(31) Steuerabgrenzungen im Konzern • Die im Vorjahr gem. § 306 HGB vorgenommene aktive Steuerabgrenzung ist entsprechend dem Grad der Erfolgsrealisierung im Konzernabschluss mit 9 Mio. € verbraucht worden. Ferner wurden im Geschäftsjahr 2000 für weitere, aus der Eliminierung von Zwischenerfolgen resultierende, zeitlich befristete Ergebnisunterschiede aktive Steuerabgrenzungen von 5 Mio. € vorgenommen. Der Gesamtbetrag von 20 (i.V.: 24) Mio. € wird in der Konzernbilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

(32) Angaben zur Kapitalflussrechnung • Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel der Bank, getrennt nach den Bereichen Operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 2, ergänzt durch den bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 2-10.

Die Zuordnung der Zahlungsströme zur Operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Betriebsergebnisses. Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen bzw. Sachanlagen. In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden ausschließlich die Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern berücksichtigt.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst die Bilanzpositionen Barreserve (796 Mio. €) sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (44 Mio. €). Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten beinhaltet Bewertungsergebnisse aus Handelsgeschäften, die Veränderungen bei den latenten Steuern, Abschreibungen und Veräußerungsergebnisse auf Immaterielle Vermögenswerte sowie das Bewertungsergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Zum Erwerb von Anteilen an im Geschäftsjahr 2000 vollkonsolidierten Unternehmen wurden 71 Mio. € aufgewandt. Dabei wurden Zahlungsmittel in Höhe von 56 Mio. € übernommen, so dass sich im Saldo ein Mittelabfluss in Höhe von 15 Mio. € ergibt. Die Veräußerung von Tochtergesellschaften der IBG-Gruppe führte zu einem Mittelzufluss von 35 Mio. €. Der in der IBG GmbH angefallene Veräußerungsgewinn in Höhe von 456 Mio. € wurde im Konzernabschluss eliminiert.

Durch diese Konsolidierungsmaßnahmen haben sich die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss wie folgt verändert:

	Zugänge Mio. €	Abgänge Mio. €
Aktiva		
Zahlungsmittelbestand	+ 56	0
Forderungen an Kreditinstitute	+ 349	+ 122
Forderungen an Kunden	+ 465	+ 186
Wertpapiere	+ 413	– 1
Andere operative Aktiva	+ 76	– 2.131
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	+ 291	– 73
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	+ 953	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	– 1	0
Andere operative Passiva	+ 58	– 1.877

Liquiditätsunwirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

Kapitalflussrechnung der Bankgesellschaft Berlin – Konzern

in Mio. €	31.12.2000	31.12.1999
Jahresüberschuss	- 1.648	157
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	1.081	992
Veränderungen der Rückstellungen	94	408
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	- 365	- 278
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	- 5	11
Sonstige Anpassungen (per saldo)	- 1.931	- 1.738
Zwischensumme	- 2.774	- 448
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	- 742	3.608
an Kunden	- 2.102	542
Wertpapiere des Handels- und Liquiditätsbestandes	- 8.188	- 5.543
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 1.096	- 779
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.888	3.780
gegenüber Kunden	- 809	- 3.679
Verbriefte Verbindlichkeiten	984	1.431
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	3.863	- 281
Erhaltene Zinsen und Dividenden	10.393	7.408
Gezahlte Zinsen	- 8.037	- 5.692
Außerordentliche Auszahlungen	- 43	- 30
Ertragsteuerzahlungen	13	- 301
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	1.350	16
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	3.345	767
Sachanlagen	118	9
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	- 4.514	- 1.337
Sachanlagen	- 198	- 91
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen	35	26
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	- 15	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	- 22	- 42
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 1.251	- 668
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0
Dividendenzahlungen	- 131	- 6
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	- 19	821
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 150	815
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	889	726
Cash-Flow aus operativer Tätigkeit	1.350	16
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 1.251	- 668
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 150	815
Wechselkursbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	2	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	840	889

Hinweis: „-“ = Mittelabfluss

(33) Anteilige Ergebnisse der Geschäftssegmente im Konzern • Die

Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 3–10 (DRS 3–10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (netto). Bei den in der Summe der bankbetrieblichen Tätigkeit ausgewiesenen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva. Bei den in der Summe der bankbetrieblichen Tätigkeit ausgewiesenen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftssegment erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Geschäftssegmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands auf die Geschäftssegmente ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Im dezentralen Bereich erfolgt diese Verrechnung gemäß dem Vertriebsauftrag der Organisationseinheiten. Im zentralen Bereich erfolgt die Verrechnung anhand der Funktionen oder Tätigkeiten, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt.

Die Risikopositionen sind die Risikoaktiva gemäß Grundsatz I auf Ebene des jeweiligen Segments. Das allokierte Kapital ist ein intern betriebswirtschaftlich definiertes ökonomisches Kapital. Bezugsgrößen für seine Ermittlung sind die dem Segment zugeordneten Risikoaktiva und Marktpreisrisiken und die Verwaltungsaufwendungen des Segments. Die Rentabilität des allokierten Kapitals ergibt sich als Quotient aus Gewinn vor Steuern pro Segment und dem zugeordneten ökonomischen Kapital. Die Aufwand-/Ertrag-Relation ist der Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe der Erträge gemäß obiger GuV-Gliederung.

Die Zahl der Mitarbeiter ist die Mitarbeiterkapazität im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende).

Das Kapitalmarktgeschäft des Konzerns bildet das originäre (Eigen-)Handelsgeschäft des Konzerns ab. Im Segment Zinsmanagement haben wir die Erträge aus dispositiven Maßnahmen und der Hebung von Reserven separiert. Dort sind auch das Aktiv-/Passiv-Management-Ergebnis des Konzerns, die in den Corporate Centern anfallenden Zinskonditionenbeiträge (insbesondere aus der Anlage des

Eigenkapitals), Bewertungsergebnisse von Wertpapieren sowie die Veränderung von § 340f-Reserven ausgewiesen.

Zum Zwecke der Überleitung von der Summe der bankbetrieblichen Tätigkeit auf das Konzernergebnis werden die Immobilien-Dienstleistungen, das Fördergeschäft und die Konsolidierung gesondert dargestellt.

Zur besseren Transparenz wird die Summe der kundenorientierten Geschäftssegmente gesondert ausgewiesen. Das Segment Zinsmanagement entspricht inhaltlich dem Segment Aktiv-/Passiv-Management/Treasury des Vorjahrs.

Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf Berlin/Brandenburg verzichtet.

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern IST/IST

in Mio. €		Privat- kunden	Private Vermögens- anlagen ¹⁾	Firmen- kunden ²⁾	Immobilien- Finanzie- rungen	Öffentliche Hand	Großkunden/ Ausland
Zinsüberschuss	2000	474	259	224	374	18	135
	1999	487	251	268	449	32	95
Provisionsüberschuss	2000	179	132	44	33	1	16
	1999	170	105	51	29	1	18
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2000		10	- 1			1
	1999			- 4			1
Saldo sonst. Erträge/Aufwendungen	2000	11	2		4	1	1
	1999	34	1		- 1		2
Summe Erträge	2000	664	403	267	411	20	153
	1999	691	357	315	477	33	116
Personalaufwand	2000	237	79	86	58	5	24
	1999	227	63	72	54	4	21
Anderer Verwaltungsaufwand	2000	366	142	82	46	5	51
	1999	409	120	110	39	6	31
Normalabschreibungen	2000	3	8		2		1
	1999	4	1		3		1
Verwaltungsaufwand	2000	606	229	168	106	10	76
	1999	640	184	182	96	10	53
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2000	58	174	99	305	10	77
	1999	51	173	133	381	23	63
Risikovorsorge	2000	38	79	199	1.011	4	42
	1999	30	35	116	280	- 1	13
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	2000	20	95	- 100	- 706	6	35
	1999	21	138	17	101	24	50
Außerordentliches Ergebnis	2000	- 13	4	3	- 269	- 1	- 7
	1999	3		- 1	- 17		- 30
Gewinn vor Steuern	2000	7	99	- 97	- 975	5	28
	1999	24	138	16	84	24	20
Segmentvermögen	2000	7.235	6.651	8.165	55.594	11.555	11.015
	1999	6.888	5.118	9.214	53.966	5.128	7.845
Segmentverbindlichkeiten	2000	12.463	9.599	3.363	46.354	1.119	2.162
	1999	13.310	8.798	3.956	45.303	1.091	1.239
Risikopositionen	2000	4.755	4.977	7.154	22.649	1.434	10.993
	1999	4.751	4.319	7.083	20.547	1.293	7.003
Allokiertes Kapital	2000	916	553	633	1.578	103	790
	1999	949	465	643	1.431	94	508
Zahl der Mitarbeiter (Ø MAK)	2000	4.330	1.923	1.357	724	68	320
	1999	4.618	1.203	1.005	657	59	398
Rentabilität des allokierten Kapitals (bezogen auf den Gewinn vor Steuern)	2000	0,8%	17,9%	- 15,3%	- 61,8%	4,9%	3,5%
	1999	2,5%	29,7%	2,5%	5,9%	25,0%	3,9%
Cost-income-ratio	2000	91,3%	56,8%	62,9%	25,8%	50,0%	49,7%
	1999	92,7%	51,5%	57,8%	20,1%	30,4%	45,3%

1) Zunahme der Mitarbeiterkapazitäten (MAK) wegen Erstkonsolidierung der Zivnostenska banka (724 MAK)

2) Zunahme der Mitarbeiterkapazitäten wegen Verschiebung von Corporate Centern (Work out/Kreditfabrik) zum Segment Firmenkunden (320 MAK)

3) Erstkonsolidierung der BG-SYS (130 MAK)

4) IBG: Die Sachaufwendungen und die Normalabschreibungen werden im Saldo sonst. Ertr./Aufw. ausgewiesen, zusätzlich enthalten: Außerordentliche Aufwendungen einzelner Konzernbanken im Zusammenhang mit der IBG

Kapitalmarktgeschäft	Summe kundenorientierte SGFs	Zinsmanagement	Corporate Center ³⁾	Summe bankgesch. Tätigkeit	Immobilien-Dienstleistungen ⁴⁾	Fördergeschäft	Konsolidierung	Konzern
231	1.715	- 62		1.653	1	157	- 169	1.642
219	1.801	297		2.098	- 2	175	- 223	2.048
32	437	- 10		427		35		462
12	386	- 7		379		41		420
133	143	2		145			- 6	139
131	128			128			- 23	105
11	30		598	628	16	2	- 1.401	- 755
8	44		507	551	124	2	- 502	175
407	2.325	- 70	598	2.853	17	194	- 1.576	1.488
370	2.359	290	507	3.156	122	218	- 748	2.748
77	566		269	835	86	54	- 2	973
86	527		316	843	75	53	- 6	965
91	783		305	1.088		31	- 547	572
121	836		215	1.051		40	- 508	583
	14		104	118		10	1	129
	9		112	121		13	2	136
168	1.363		678	2.041	86	95	- 548	1.674
207	1.372		643	2.015	75	106	- 512	1.684
239	962	- 70	- 80	812	- 69	99	- 1.028	- 186
163	987	290	- 136	1.141	47	112	- 236	1.064
46	1.419	- 249		1.170		25	3	1.198
- 4	469	41		510		86	1	597
193	- 457	179	- 80	- 358	- 69	74	- 1.031	- 1.384
167	518	249	- 136	631	47	26	- 237	467
1	- 282	- 404		- 686	- 902	- 1	1.414	- 175
- 1	- 46	31		- 15			- 13	- 28
194	- 739	- 225	- 80	- 1.044	- 971	73	383	- 1.559
166	472	280	- 136	616	47	26	- 250	439
125.554	225.769	15.618		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
129.139	217.298	5.923	276	223.497	3.061	20.358	- 53.130	193.786
153.692	228.752	12.635		241.387	1.958	20.742	- 59.279	204.808
137.872	211.569	11.652	276	223.497	3.061	20.358	- 53.130	193.786
29.145	81.107	6.243		87.350		3.957		91.307
20.323	65.319	10.135		75.454		4.047		79.501
2.062	6.635	406	130	7.171	86	353	- 4.999	2.611
1.527	5.617	659	131	6.408	75	369	- 2.209	4.642
549	9.271		3.975	13.246	1.608	758		15.612
535	8.475		4.442	12.917	1.445	739		15.101
9,4%	- 11,1%			- 14,6%		20,7%		- 59,7%
10,9%	8,4%			9,6%		7,0%		9,5%
41,3%	58,6%			71,5%	505,9%	49,0%		112,5%
55,9%	58,1%			63,8%	61,7%	48,7%		61,3%

(34) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen •

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB sowie bei weiteren Konzernunternehmen im Rahmen ihrer durchgerechneten Beteiligungsquote, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die Landesbank Berlin ist neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DGZ•DekaBank Deutsche Kommunalbank. Wegen der Beteiligung an der Weberbank Berliner Industriebank KGaA wurde eine Freistellungserklärung gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken abgegeben. Gegenüber der Sicherheitsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 32 (i.V.: 31) Mio. €.

Die bankgenutzten Gebäude am Alexanderplatz, in der Prinzregentenstraße und der Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie in der Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG und andere Konzerngesellschaften ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Verpflichtungen von jährlich 64 Mio. €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2000 in Höhe von 13.344 (i.V.: 12.225) Mio. €, davon innerhalb eines Jahres fällig: 509 (i.V.: 429) Mio. €.

Bei 22 (i.V.: 21) geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtung gliedert sich wie folgt:

Unternehmen	ab Jahr	Volumen 2000 Mio. €	Volumen 1999 Mio. €
Bankgesellschaft Berlin AG	2019	83	83
Landesbank Berlin – Girozentrale –	2019	101	101
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2008	15	15
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2019	2.701	2.594
		2.900	2.793

Im Zuge der Neustrukturierung wurden auch mögliche Risiken aus diesen Verpflichtungen auf die LPFV übertragen.

Freistellungserklärungen • In den Jahren 1994 bis 1997 haben Komplementäre verschiedener Immobilienfonds Freistellungserklärungen von Vorständen der Landesbank Berlin erhalten. Der Umfang dieser Garantieerklärungen sowie die Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2000 sind im Lagebericht ausführlich dargestellt.

Einzahlungsverpflichtungen aus noch nicht voll eingezahlten Anteilen bestehen bei einigen Gesellschaften in Höhe von 5 (i.V.: 31) Mio. €. Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 54 (i.V.: 13) Mio. €, davon aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank in Höhe von 13 (i.V.: 13) Mio. €.

(35) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt • Im Jahresdurchschnitt waren im Konzern der Bankgesellschaft Berlin tätig:

	AG		Konzern	
	2000	1999	2000	1999
im Bankgeschäft (ohne IBG)				
Vollzeitbeschäftigte	3.624	3.899	12.874	12.566
Teilzeitkräfte	553	528	1.994	1.862
Auszubildende	156	187	620	797
	4.333	4.614	15.488	15.225
im Teilkonzern IBG				
Vollzeitbeschäftigte	–	–	1.519	1.342
Teilzeitkräfte	–	–	102	74
Auszubildende	–	–	55	42
	–	–	1.676	1.458
Gesamt	4.333	4.614	17.164	16.683

(36) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie gewährte Kredite • An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2000	1999
Gesamtbezüge des Vorstands	4.261	3.659
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	186	661
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	3.175	2.238
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	36.885	35.938

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2000	1999
an Mitglieder des Vorstands	223	118
an Mitglieder des Aufsichtsrats	803	11

(37) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien • Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 bzw. 4 zum Anhang dargestellt.

(38) Angaben über derivative Geschäfte • Die nachfolgende Tabelle zeigt die Produktbereiche des Derivate-Geschäfts:

(38.1) AG

Produktbereiche des Derivate-Geschäfts per 31.12.2000					
in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Adressen- risiko
	<= 1Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	450.546	294.280	180.286	925.112	8.432
Börsengehandelte Produkte	9.602	3.473	0	13.075	
Zinsfutures	9.457	3.473		12.930	
Zinsoptionen	145			145	
OTC-Produkte	440.944	290.807	180.286	912.037	8.432
Zinsswaps	365.582	195.465	139.372	700.419	7.377
FRA's	19.634	11.396		31.030	30
Swaptions	23.685	43.482	20.118	87.285	766
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe	1			1	
sonstige Zinskontrakte	32.042	40.464	20.796	93.302	259
Währungsbezogene Geschäfte	50.158	10.996	4.032	65.186	2.165
Börsengehandelte Produkte					
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	50.158	10.996	4.032	65.186	2.165
Devisentermingeschäfte	46.036	1.241	885	48.162	1.298
Cross-Currency-Swaps	1.897	9.677	3.147	14.721	823
Devisenoptionen, Käufe	1.097	39		1.136	44
Devisenoptionen, Verkäufe	1.128	39		1.167	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	11.304	947	29	12.280	159
Börsengehandelte Produkte	6.768	79	0	6.847	
Aktien-/Indexfutures	6.412	50		6.462	
Aktien-/Indexoptionen	356	29		385	
OTC-Produkte	4.536	868	29	5.433	159
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	901	322	18	1.241	148
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	1.812	265	11	2.088	
sonst. preisrisikobehaftete Geschäfte	1.823	281		2.104	11
Kreditderivate	3.895	3.382	124	7.401	36
Insgesamt	515.903	309.605	184.471	1.009.979	10.792

Das angegebene Adressenrisiko wird durch die Wiederbeschaffungskosten im Falle des Kontrahentenausfalls beziffert. Die Wiederbeschaffungskosten sind die Summe aller positiven Marktwerte der derivativen Geschäfte. Eine Saldierung mit negativen Marktwerten findet nicht statt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Kontrahentenstruktur des Derivate-Geschäfts:

Kontrahentenstruktur im Derivate-Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. €	31.12.2000	31.12.1999
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeiten bis 1 Jahr)	1.315	1.131
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	378	534
Insgesamt	1.693	1.665

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt; seit 1999 werden die Daten unter Berücksichtigung des Kontrahentennettings ermittelt.

(38.2) Konzern

Produktbereiche des Derivate-Geschäfts per 31.12.2000

in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Adressen- risiko
	<= 1Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	439.348	297.015	186.097	922.460	8.407
Börsengehandelte Produkte	9.602	3.542	501	13.645	
Zinsfutures	9.457	3.542	501	13.500	
Zinsoptionen	145			145	
OTC-Produkte	429.746	293.473	185.596	908.815	8.407
Zinsswaps	354.609	197.401	144.570	696.580	7.375
FRAs	19.997	11.646		31.643	30
Swaptions	23.624	43.882	19.999	87.505	750
Zinsoptionen, Käufe	7		217	224	0
Zinsoptionen, Verkäufe	1			1	
sonstige Zinskontrakte	31.508	40.544	20.810	92.862	252
Währungsbezogene Geschäfte	49.869	12.428	5.357	67.654	2.287
Börsengehandelte Produkte					
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	49.869	12.428	5.357	67.654	2.287
Devisentermingeschäfte	45.206	1.241	885	47.332	1.276
Cross-Currency-Swaps	2.438	11.109	4.472	18.019	967
Devisenoptionen, Käufe	1.096	39		1.135	44
Devisenoptionen, Verkäufe	1.129	39		1.168	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	10.915	945	29	11.889	156
Börsengehandelte Produkte	6.801	79	0	6.880	
Aktien-/Indexfutures	6.413	50		6.463	
Aktien-/Indexoptionen	388	29		417	
OTC-Produkte	4.114	866	29	5.009	156
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	669	320	18	1.007	145
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	1.622	265	11	1.898	
sonst. preisrisikobehaftete Geschäfte	1.823	281		2.104	11
Kreditderivate	3.895	3.382	124	7.401	36
Insgesamt	504.027	313.770	191.607	1.009.404	10.886

Kontrahentenstruktur im Derivatgeschäft nach Kreditrisikoäquivalenten

in Mio. €	31.12.2000	31.12.1999
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeiten bis 1 Jahr)	1.548	1.385
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	364	551
Insgesamt	1.912	1.936

(39) Deckungsrechnung des Konzerns • Für die im Umlauf befindlichen Emissionen der Landesbank Berlin sowie der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG werden jeweils getrennte Deckungsregister geführt.

Die Deckungsrechnung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Deckungsregister

in Mio. €	2000	1999
Pfandbriefe im Umlauf	17.160	17.152
Deckungswerte		
Hypothekendarlehen und andere Darlehen	18.302	17.949
Deckungsüberhang	1.142	797
Kommunalschuldverschreibungen		
Öffentliche Pfandbriefe im Umlauf	37.924	39.311
Gedekte Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	–	–
Deckungswerte		
Wertpapiere von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten	887	24
Kommunaldarlehen und andere Darlehen	39.912	42.389
Deckungsüberhang	2.875	3.102

Verzeichnis des Anteilsbesitzes
(§§ 285 Nr. 11 und 11 a, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)
Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2000 abweichender Jahresabschluss
Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin					
Konsolidierte Tochterunternehmen					
Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover	(P)	99,8	160.118	4.299	
BANKENSERVICE GmbH Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin, Berlin	(P)	100,0	2.045	0 ²⁾	
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin	(P)	100,0	134.122	16.969	
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau	(P)	100,0	58.387	3.931	
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc, London	(P)	100,0	219.021	13.961	
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg	(P)	100,0	199.354	11.904	
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	(P)	100,0	26	3	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	(P)	100,0	3.068	0 ²⁾	
BCS BankCard Service GmbH, Berlin	(P)	100,0	103	0 ²⁾	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin/Hannover	(P)	87,6	206.535	- 561.601	
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin	(P)	100,0	3.793	1.138	
BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft beschränkt haftende oHG, Berlin ¹⁾		90,0	152	57	
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin		100,0	- 278.021	- 529.782	
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	(P)	atyp. stille Beteiligung	2.256.725	- 81.275	
LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V., Curaçao	(P)	100,0	3.891	3.380	
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	14	- 996.245	
Weberbank Berliner Industriebank KGaA, Berlin	(P)	95,0	263.318	28.497	
Zivnostenska banka a.s., Prag ¹⁾⁵⁾	(P)	85,2	70.985	6.597	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen					
ABIS Altkredit Beratungs- und Inkasso Service GmbH, Berlin	(P)	100,0	51	0	
ABT No. 2 Ltd., London	(P)	100,0	74	28	
ABT No. 3 Ltd., London	(P)	100,0	416	30	
ACEMEWS SERVICES Ltd., London		100,0	0	0	
Alkmene GmbH & Co. KG, Berlin		100,0	25	³⁾	
Alkmene Beteiligungsgesellschaft mbH iG, Berlin		100,0	25	³⁾	
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin		100,0	254	0 ²⁾	31.12.1999
Babefi-Holding GmbH, Berlin		100,0	73	48	
Bankenservice Gesellschaft für elektronische Dienstleistungen für Banken mbH, Frankfurt am Main		100,0	117	1	
Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin		100,0	190	- 343	31.12.1999
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH, Berlin		100,0	256	0 ²⁾	31.12.1999
BB Aval Gesellschaft für Außenhandelsfinanzierungen mbH, Berlin	(P)	100,0	- 8.281	- 1.552	

Gesellschaft	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2000 abweichender Jahresabschluss
BB-DATA Multimedia GmbH, Berlin		100,0	175	175	31.12.1999
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	(P)	100,0	51	0 ²⁾	
BB-Hausverwaltung GmbH i. L., Berlin		100,0	26	0 ²⁾	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin		100,0	300	0 ²⁾	
BB-Jugend und Computer gemeinnützige Gesellschaft mbH im Konzern der Bankgesellschaft Berlin, Berlin		100,0	292	- 22	31.12.1999
BB-Leasing GmbH, Berlin	(P)	100,0	1.534	0 ²⁾	
BB-Miete GmbH, Berlin		100,0	51	0 ²⁾	
BB Privat Immobilien GmbH, Berlin (vormals: BB-PrivatFinanz-Service GmbH, Berlin)		100,0	1.956	0	
BCA Hotels GmbH, Berlin		100,0	896	- 324	31.12.1999
BEGOHA-Verwaltungsgemeinschaft GbR der Bankgesellschaft Berlin AG, der Metro Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG und der Gothaer Lebensversicherung a.G., Berlin		65,3	440	8	31.12.1999
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin (vormals: LBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin)	(P)	100,0	38.347	0 ²⁾	
Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin	(P)	100,0	44.110	460	31.12.1999
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	(P)	100,0	26	0 ²⁾	31.12.1999
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin (vormals: bhh-Immobilien GmbH, Hannover)	(P)	100,0	250	0 ²⁾	
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin (vormals: LBB Seed Capital Fund GmbH, Berlin)	(P)	100,0	5.113	0 ²⁾	
BG Property (Dublin) Limited, Dublin		100,0	- 133	- 51	
BGB Reinsurance Ltd., Dublin		100,0	3.147	927	
BILDUNGS-AKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin		100,0	1.252	0 ²⁾	
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking	(P)	100,0	- 14.098	947	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	(P)	100,0	26	0 ²⁾	
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin		62,5	14	- 2	
con Finanz GmbH, Gesellschaft für Beratung und Vermittlung von Finanzdienstleistungen, Hannover		100,0	26	0	
Crown Court Furniture Ltd., London ⁶⁾	(P)	100,0	- 140	56	
Crown Court Property Ltd., London ⁶⁾	(P)	100,0	18	- 86	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	(P)	100,0	- 3.034	36	
DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin		61,0	- 11.439	- 1.131	31.01.1998
EuroSpeedway Lausitz Beteiligungs-GmbH, Klettwitz		100,0	25	³⁾	
FdA Finanzberatungs-Service GmbH der ALLBANK, Hannover		100,0	51	0 ²⁾	
Fördergesellschaft der Weberbank gemeinnützige GmbH, Berlin		100,0	25	0	31.12.1999
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/ Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin	(P)	100,0	1.023	0	31.12.1999

Gesellschaft	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2000 abweichender Jahresabschluss
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	(P)	100,0	5.624	0 ²⁾	
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	(P)	100,0	1.111	380	
HaWe Immobilien GmbH, Berlin		100,0	32	8	
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	(P)	100,0	6.155	0 ²⁾	
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ⁹⁾		100,0	12.539	2.166	
IDBG-Immobilien Dienstleistungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin		100,0	511	- 5	31.12.1999
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin		100,0	1.816	0 ²⁾	31.12.1999
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München	(P)	100,0	- 3.128	149	
KNAPA Fünfundsechzigste Vermögensverwaltungs und -beteiligungs GmbH, Berlin ⁹⁾¹⁰⁾		100,0	6.212	- 460	
KNAPA Siebzigste Vermögensverwaltungs und -beteiligungs GmbH, Berlin ⁹⁾		100,0	25	³⁾	
KNAPA Vierundsechzigste Vermögensverwaltungs und -beteiligungs GmbH, Berlin ⁹⁾		100,0	25	³⁾	
Lausitzring Betriebs- und Managementgesellschaft mbH, Hörlitz		66,7	392	111	31.12.1999
Lausitzring Eurodrom GmbH & Co. KG, Berlin		70,0	- 2.518	- 1.985	31.12.1999
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Berlin		60,0	21	- 1	31.12.1999
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin		100,0	511	0 ²⁾	31.12.1999
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	(P)	100,0	256	0 ²⁾	31.12.1999
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin		62,5	- 468	- 227	
LBB Kommunal-Betriebsführungsgesellschaft mbH, Potsdam		100,0	- 376	- 7	
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam		100,0	511	0 ²⁾	
LBS-Immobilien GmbH Berlin, Berlin		100,0	573	- 155	
LdA LEASING GMBH DER ALLBANK, Hannover	(P)	100,0	51	0 ²⁾	
LfA Leasing für Automobile GmbH, Hannover	(P)	100,0	26	0 ²⁾	
MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking	(P)	99,0	- 84	11	
Nordversicherungsdienst Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Hannover		100,0	26	0 ²⁾	
SOMAG Soziale Wohnheimmanagement und Betreuungsgesellschaft mbH, Berlin		100,0	152	55	31.12.1999
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin		100,0	1.761	547	
VOVI-Beteiligungs AG, Berlin		57,0	7.013	187	
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Gielsdorf		100,0	40	- 106	31.12.1999
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Gielsdorf		100,0	178	- 1.126	31.12.1999
ZB-Asset Management, a.s., Prag ⁵⁾		100,0	495	205	31.12.1999
ZB-Trust, investicni spolecnost, a.s., Prag ⁵⁾		100,0	3.031	483	31.12.1999
Zivnostenska Finance B.V., Hoofddorp ⁸⁾		100,0	10	- 11	31.12.1999

Gesellschaft	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2000 abweichender Jahresabschluss
Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – bewertet –					
BANKGESELLSCHAFT BERLIN INVESTMENT GmbH, Berlin		50,0	13.881	3.533	31.12.1999
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin		50,0	845	69	31.12.1999
Beteiligungsverwaltung für Immobilienwerte GbR, Berlin		1,0	1.573.500	³⁾	
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin		62,5	– 31.402	– 1.243	
LHI Leasing GmbH & Co. Immobilien KG, München		45,0	999	1	31.12.1999
LHI Leasing GmbH, München		50,0	45.493	13.470	
Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – nicht bewertet –					
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover (vormals: BHS Berliner Hannoversche Software- entwicklungsgesellschaft oHG der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover)		50,0	450	333	31.12.1999
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Berlin ⁹⁾		37,5	511	0	31.12.1999
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.					
Atos Processing Services GmbH, Frankfurt am Main		25,1	6.140	2.502	30.09.2000
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main		25,1	8.423	2.656	30.09.2000
BB-Rentaco-Immobilien GmbH i.L., Berlin		50,0	520	3	31.12.1999
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin		24,4	7.653	– 185	
„Billwerder Deich“ Grundstücks Verwaltungs GmbH, Berlin		50,0	28	1	31.12.1999
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin		49,0	5.035	– 136	31.12.1999
Cesky Leasing s.r.o., Prag ⁵⁾		25,0	4.027	575	31.12.1999
dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover		20,0	14.427	– 1.769	31.12.1999
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin (vormals: Lausitzring Betriebs-, Vermarktungs- und Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin)		49,0	– 913	– 270	31.12.1999
Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ⁹⁾		50,0	51	0	31.12.1999
Filmkreditreuehand Gesellschaft mit beschränkter Haftung i.L., Berlin		40,0	200	4	31.12.1999
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Stahnsdorf		48,0	– 17.344	– 15.832	31.12.1998
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Stahnsdorf		49,0	28	0	31.12.1998
GBG-Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH, Hamburg		25,0	– 201	0	30.06.2000
GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Wasserstadt Berlin-Oberhavel mbH, Berlin		49,0	– 147	– 68	31.12.1999
Gegenbauer Gebäudemanagement GmbH, Berlin		49,0	935	812	31.12.1999
Gothaer Credit Versicherung AG, Köln		25,0	27.941	96	

Gesellschaft	Patronats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	vom 31.12.2000 abweichender Jahresabschluss
Grundstücksgesellschaft Hotel an der Elbe „Billwerder Neuer Deich“ GbR, Berlin		50,0	51	- 2.516	31.12.1999
Immobilien Beratungs- und Anlagen GmbH, Potsdam		49,2	7	- 13	31.12.1999
insel urlaub rügen Appartement-Vermietung GmbH, Binz		50,0	- 718	- 591	31.12.1999
Inteligo Financial Services S.A., Warschau ⁴⁾		23,1	325	³⁾	
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam		25,0	151.060	9.692	
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin/Hannover		50,0	1.023	0	31.12.1999
New Europe Insurance Ventures Limited Partnership, Edinburgh ⁷⁾		21,9	5.386	- 569	
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, GbR, Berlin/Hannover		50,0	0	0	
PEB Capital B.V., Utrecht		42,4	31.311	- 1.043	31.12.1999
Spree-Kliniken GmbH, Berlin		25,0	27	- 51	
TCC Technologie-Coaching-Center GmbH, Berlin ⁹⁾		50,0	511	0	
WBSG Wohnungswirtschaftliche Beratungs- und Softwaregesellschaft mbH i. L., Berlin		44,0	51	22	31.12.1999
WEBA Beteiligungsgesellschaft mbH, Limburg		40,0	223	- 4	31.12.1999
Wohn- und Bürohaus an der Elbe Verwaltungs GmbH, Berlin		50,0	28	- 11	31.12.1999
Wohnbau- und Planungsgesellschaft Mahlow mbH, Mahlow		45,0	0	- 1.293	31.12.1999
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i. V. m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)					
CBB Holding AG, Köln (vormals: CONCORDIA Bau und Boden AG, Oberhausen)		13,0			
Parion Finanzholding AG, Berlin		10,0			

- 1) Die Gesellschaft wird erstmalig konsolidiert.
- 2) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
- 3) Die Gesellschaft wurde 2000 gegründet.
- 4) EZB-Kurs vom 29.12.2000: 100 PLN = 25,9754 €.
- 5) EZB-Kurs vom 29.12.2000: 100 CZK = 2,8533 €.
- 6) EZB-Kurs vom 29.12.2000: 1 GBP = 1,6023 €.
- 7) EZB-Kurs vom 29.12.2000: 1 USD = 1,0747 €.
- 8) 100 NLG = 45,3780 €.
- 9) Beteiligung der Investitionsbank Berlin – Anstalt der Landesbank Berlin – Girozentrale -
- 10) Rumpfgeschäftsjahr.
- (P) Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Bankgesellschaft Berlin AG.

Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen
im Konzern Bankgesellschaft Berlin AG

Anlage 2 zum Anhang

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in TEUR ²⁾	vom 31.12.2000 abweichender Jahresabschluss
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾	ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	30	31.12.1999
BANKENSERVICE GmbH Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	256	
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH, Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	- 1.328	31.12.1999
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	260	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 5.056	
BB-Hausverwaltung GmbH i. L., Berlin	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	- 340	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 1.237	
BB-Leasing GmbH, Berlin ¹⁾	Bankgesellschaft Berlin AG	3.247	
BB-Miete GmbH, Berlin	BB-Leasing GmbH	6.817	
BCS BankCard Service GmbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	0	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin ¹⁾ (vormals: LBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin)	Landesbank Berlin – Girozentrale –	3.828	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	- 1.048	31.12.1999
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin (vormals: bhh – Immobilien GmbH, Hannover)	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	- 92	
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin (vormals: LBB Seed Capital Fund GmbH, Berlin)	Berlin Capital Fund GmbH	9.407	
BILDUNGS-AKADEMIE DER BANK-GESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	9	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 846	
FdA Finanzberatungs-Service GmbH der ALLBANK, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	- 751	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	2.725	
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	Weberbank Berliner Industriebank KGaA	- 506	
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	- 6.130	31.12.1999
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	48	31.12.1999
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	- 3.837	31.12.1999
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam	Landesbank Berlin – Girozentrale –	171	
LdA LEASING GMBH DER ALLBANK, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	1	
LfA Leasing für Automobile GmbH, Hannover	Bankgesellschaft Berlin AG	283	
Nordversicherungsdienst Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	3	

1) Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31.12.2000

2) +) = Gewinnabführung an Organträger

-) = Verlustübernahme durch Organträger

Verzeichnis gemäß § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2000

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a*) Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Dieter Feddersen

Vorsitzender
Rechtsanwalt in Sozietät
White & Case, Feddersen,
Frankfurt/Main

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Drägerwerk AG, Lübeck
Deutsche Beteiligungsgesellschaft
Unternehmensbeteiligungs AG,
Frankfurt/Main¹⁾
SAI Automotive AG, Frankfurt/Main¹⁾
Lindauer Dornier GmbH, Lindau¹⁾
Mitglied des Aufsichtsrats der
Tarkett Sommer AG, Frankenthal
Zeppelin Baumaschinen GmbH,
Garching/München¹⁾
b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Gesellschaft für Industriebeteiligungen
Dr. Joachim Schmidt AG & Co. Holding-
Kommanditgesellschaft, Berlin
Karl Munte Bauunternehmung
GmbH & Co. KG, Braunschweig

Helmut Tesch *)

Stellv. Vorsitzender
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
DAWAG Deutsche Angestellten
Wohnungsbau-AG, Hamburg
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
WEV Waren Einkaufs- und Vertriebs-
Gesellschaft mbH, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin
VvdDAG GmbH Vermögensverwaltung
der Deutschen Angestellten-
Gewerkschaft, Hamburg
DAG-TVG GmbH Treuhandverwaltung
von Gewerkschaftsvermögen, Hamburg

*) Arbeitnehmervertreter

1) Mandate fallen unter die Übergangsregelung des § 12 EGAktG

Dr. h.c. Manfred Bodin

Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche Hypothekbank
AG, Hannover-Berlin
dvg Hannover Datenverarbeitungs-
GmbH, Hannover
Nordland Papier AG, Doerpen
CeWe Color Holding AG,
Oldenburg
Continental AG, Hannover
Dragoco Gerberding & Co. AG,
Holzminden
Niedersächsische Staatstheater
Hannover GmbH, Hannover
Höft & Wessel AG, Hannover
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
LHI Leasing GmbH, München
NORD CON Asset Management
Holding GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bremer Landesbank Kreditanstalt
Oldenburg – Girozentrale –,
Bremen
LBS Norddeutsche Landesbauspar-
kasse, Berlin-Hannover, Hannover/Berlin
Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Nord/LB Luxembourg S.A., Luxemburg

Mitglied des Verwaltungsrats der
DGZ-DekaBank Deutsche
Kommunalbank, Frankfurt/Main
Skandifinanz AG, Zürich

Wolfgang Branoner

Senator für Wirtschaft und Technologie,
Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Berlinwasser Holding AG, Berlin
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berliner Hafen- und Lagerhaus-Betriebe
(BEHALA), Berlin
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR),
Berlin

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
Berliner Wasser-Betriebe (BWB), Berlin
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH,
Berlin
Berlin Tourismus Marketing GmbH,
Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin
WISTA-Management GmbH
(Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort
Berlin-Adlershof), Berlin
TSB Technologiestiftung
Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
The New German Länder Industrial
Investment Council GmbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats
der
Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berlin
Öffentliche Lebensversicherung Berlin
Brandenburg, Berlin

Dagmar Brose *)

Mitglied des Betriebsrats der
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr

Geschäftsführer der Heinz Dürr GmbH,
Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Dürr AG, Stuttgart
Krone GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
Benteler AG, Paderborn
Preussag AG, Hannover
Stinnes AG, Mülheim/Ruhr
b) Stiftungskommissar der
Carl-Zeiss-Stiftung, Heidenheim
a.d. Brenz und Jena
Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats
der
Alp Transit Gotthard AG, Bern
Mitglied des Verwaltungsrats der
Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart

Hartmut Friedrich *)

Landesverbandsleiter der
DAG Berlin und Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Herlitz PBS-AG, Berlin
Berliner Gaswerke (GASAG)-AG, Berlin
Berlinwasser Holding AG, Berlin

Dr. Annette Fugmann-Heesing

(bis 17. Februar 2000)

Mitglied des Abgeordnetenhauses

- b) Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Carmen Hümpel *)

Gesamtbetriebsratsvorsitzende
der ALLGEMEINE PRIVATKUNDEN-
BANK AG, Hannover

Ernst-Otto Kock *)

Gewerkschaftssekretär ÖTV Berlin,
Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Bewag AG, Berlin

Peter Kurth

(ab 17. Februar 2000)

Senator für Finanzen

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Messe Berlin GmbH, Berlin
NET-GE Kliniken für Berlin GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungs-
gesellschaft mbH, Berlin
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats der
Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berlin
Öffentliche Lebensversicherung Berlin
Brandenburg, Berlin

Dr. Klaus Murmann

Chairman der Sauer Danfoss Inc.,
Ames, Iowa (Neumünster)
Ehrenpräsident der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände
e.V., Köln

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
E.ON Energie AG, München
- b) Vorsitzender des Konzernrats
der Aufsichtsräte der
Parion OHG, Köln
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
PSVaG Pensions-Sicherungs-
Verein, Köln
Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln
Gothaer Lebensversicherung VVaG,
Göttingen
Mitglied des Aufsichtsrats der
GKN plc, Redditch, Worcestershire
Mitglied des Verwaltungsrats
(Senior Advisor) der
E.M. Warburg, Pincus & Co., London

Dr. Wolfgang Peiner

Vorsitzender der Vorstände der
Parion OHG, Köln, und der
Parion Finanzholding AG, Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Aachener Bausparkasse AG, Aachen
Roland Rechtsschutz-
Versicherungs-AG, Köln
Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt/Main
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
EurAPCo, Zürich
Eureko N.V., Amsterdam
Mitglied des Verwaltungsrats der
Karl Munte Bauunternehmung
GmbH & Co. KG, Braunschweig
Kühne & Nagel International AG,
Schindellegi
Director (non-executive) der
Friends Providence Life Office, Dorking

Bernd Reinhard *)

Betriebsratsvorsitzender der Berliner
Bank Niederlassung der Bankgesell-
schaft Berlin AG, Berlin

Andreas Rohde *)

Haushandwerker bei der Bankgesell-
schaft Berlin AG, Berlin

Dr. Dieter Schadt

Vorsitzender des Vorstands der
Franz Haniel & Cie. GmbH, Duisburg

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
GEHE AG, Stuttgart
TAKKT AG, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats der
Delton AG, Bad Homburg
EXXON Mobil GmbH, Hamburg
RWE Umwelt AG, Essen
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Herba AG, Wien
OCP S.A., St. Quen

Hans Christian Seidel *)

Direktor der Landesbank Berlin
– Girozentrale –, Berlin

Erwin Staudt

Vorsitzender der Geschäftsführung der
IBM Deutschland GmbH, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Krone GmbH, Berlin
- a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
IBM Deutschland Entwicklung GmbH,
Böblingen
IBM Deutschland Speichersysteme
GmbH, Mainz

Dr. Heinz-Gerd Stein

Mitglied des Vorstands der
ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
AXA Colonia Versicherung AG, Köln
Dürr AG, Stuttgart
Gerling Konzern Speziale Kredit-
versicherungs AG, Köln
- a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Thyssen Krupp Automotive AG,
Bochum
Thyssen Stahl AG, Duisburg

Mitglied des Aufsichtsrats der
Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln
Thyssen Krupp Industries AG, Essen
Thyssen Krupp Materials & Services AG,
Düsseldorf
Thyssen Krupp Steel AG, Duisburg
- b) Mitglied des Board of Directors der
The Budd Company, Troy/Michigan
Thyssen Elevator Holding Corp., Whittier

Joachim Tonndorf *)

Abteilungsleiter Banken,
Sparkassen und Versicherungen der
DAG Berlin und Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
Deutsche Beamten-Versicherung AG
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Berliner Volksbank eG

Bärbel Wulff *)

Stellv. Vorsitzende des Gesamt-
personalrats und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –,
Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31.12.2000

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a*) Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Die Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften sind mit ◊ gekennzeichnet.

Vorstand	Dr. Johannes Evers	Dr. Thomas Kurze
Dr. Wolfgang Rupf	seit 1. Februar 2000 ordentliches Vorstandsmitglied	a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Honeywell Bremsbelag GmbH, Glinde ◊
Vorsitzender	vorher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Bankgesellschaft Berlin AG, seit 1. Februar 2000 Mitglied des Vorstandes der Landesbank Berlin – Girozentrale –	Mitglied des Aufsichtsrats der dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mbH, Hannover ◊ Honeywell Deutschland GmbH, Raunheim Honeywell Specialty Chemicals Seelze GmbH, Seelze ◊
a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der CeWe Color Holding AG, Oldenburg ◊ Hornbach Baumarkt AG, Bornheim ◊	a*) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover ◊	a*) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Weberbank Berliner Industriebank KGaA, Berlin ◊
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hornbach Holding AG, Bornheim ◊	b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Atos Processing Services GmbH, Frankfurt/Main ◊	Mitglied des Aufsichtsrats der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover ◊
Mitglied des Aufsichtsrats der Berlinwasser Holding AG, Berlin ◊ Messe Berlin GmbH, Berlin ◊	Mitglied des Aufsichtsrats der B + S Card Service GmbH, Frankfurt/Main ◊	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ◊
a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover ◊ Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ◊	Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau Inteligo Financial Services S.A., Warschau LBS-Immobilien GmbH Berlin, Berlin	b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Zivnostenska banka a.s., Prag ◊
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	Vorsitzender des Verwaltungsrats der Visa Deutschland e.V., Frankfurt/Main	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der B + S Card Service GmbH, Frankfurt/Main ◊
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bau Holding Strabag Aktiengesellschaft, A-Spittal a.d. Drau ◊	Mitglied des Verwaltungsrats der SCHUFA Ostdeutsche Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung GmbH, Berlin	Mitglied des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin PEIKER acoustic GmbH & Co. KG, Friedrichsdorf	Mitglied des Board of Directors (non-executive) der Visa International Service Association, San Francisco	Mitglied des Verwaltungsrats der Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Joachim Schmidt AG & Co. Holding KG, Berlin	Mitglied des Board of Directors (non-executive) der Visa EU, London	
Mitglied der Mitgliedervertretung (mit beratender Stimme) der Gothaer Lebensversicherung a.G., Göttingen Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln		
Mitglied des Investitionsausschusses der PEB Capital B.V., NL-Utrecht		

Hans Leukers

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale – Chairman of the Board of Directors of Bankgesellschaft Berlin (UK) plc., London

Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc., Dublin

BGB Finance (Ireland) plc., Dublin ◊

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Börse AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V., Curaçao
- Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
- Deka International (Ireland) Ltd., Dublin
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bankgesellschaft Berlin International S. A., Luxemburg
- Mitglied des Verwaltungsrats der InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam

Norbert Pawlowski

Mitglied des Board of Directors (executive members) der Bankgesellschaft Berlin (UK) plc., London

a*) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ◊

b) Mitglied des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin

Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin

Mitglied des Verwaltungsrats der Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Hubert Piel

a) Mitglied des Aufsichtsrats der dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mbH, Hannover ◊

a*) Vorsitzender des Aufsichtsrats der BANKENSERVICE GmbH – Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin, Berlin ◊

b) Mitglied des Aufsichtsrats der Atos Processing Service GmbH, Frankfurt/Main ◊

Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau

Dr. Lothar Wackerbeck

Mitglied des Board of Directors (executive members) der Bankgesellschaft Berlin (UK) plc., London

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wall AG, Berlin ◊

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gothaer Credit Versicherung AG, Köln ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der Specker Bauten AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau

Mitglied des Aufsichtsrats der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main

BVG Berliner Verkehrsbetriebe – Anstalt des öffentlichen Rechts –, Berlin

KPM – Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin GmbH, Berlin

LHI Leasing GmbH, München

Mitglied des Verwaltungsrats der Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Vorsitzender des Beirats der Knipping Holding GmbH, Gummersbach

Mitglied des Beirats der

Köppern Vermögensverwaltung GmbH, Hattingen ◊

Maschinenfabrik Köppern GmbH & Co. KG, Hattingen

Verzeichnis gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Anlage 4 zum Anhang

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern wahrgenommen werden

Dr. Matthias Bergmann

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.

Stellv. Vorsitzender des
Aufsichtsrats der
Bankenservice GmbH

Dr. Matthias von Bismarck-Osten

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.

Dr. Karl Friedrich Hirschhäuser

Mitglied des Aufsichtsrats der
Bankenservice GmbH

Dr. Bertin Pietsch

Mitglied des Aufsichtsrats der
H5B5 Media AG

Wolfgang Radszuweit

Mitglied des Aufsichtsrats der
Vectron Systems AG, Münster

Mitglied des Aufsichtsrats der
Proalpha Software AG, Kaiserslautern

Gerhard Roller

Stellv. Vorsitzender des
Aufsichtsrats der
Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

1. AG • Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Bestand der Gesellschaft gefährdet ist, wenn die geplanten und im Lagebericht in Kapitel „6. Ausblick“ dargestellten notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Berlin, den 16. Juli 2001

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Eckes)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Palm)
Wirtschaftsprüfer

2. Konzern • Wir haben den von der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Bestand des Konzerns gefährdet ist, wenn die geplanten und im Lagebericht in Kapitel „6. Ausblick“ dargestellten notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Berlin, den 16. Juli 2001

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Wrede)	(Eckes)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ließ sich im Geschäftsjahr 2000 in fünf Plenumsitzungen, in zehn Ausschuss-Sitzungen und mittels schriftlicher Berichte eingehend über die aktuelle Situation der Bank sowie über die den Konzern betreffenden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten. Dabei hat er sich zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG sowie des Konzerns Bankgesellschaft befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat dabei über die beabsichtigte Geschäftspolitik und die Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, informiert und vor dem Hintergrund der sich verändernden nationalen wie internationalen Wettbewerbsbedingungen über die einzelnen Schritte der strategischen Weiterentwicklung, einschließlich der IT-Strategie und der Vorhaben der Bank im Electronic-Business, unterrichtet.

Im Geschäftsjahr 2000 standen erneut grundlegende Beschlüsse zur konsequenten Fortführung der strategischen Neuausrichtung des Konzerns und die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Kostensenkung im Mittelpunkt der Arbeit des Aufsichtsrats.

Dabei wurden die Entwicklung der einzelnen Unternehmenseinheiten und Geschäftsfeldstrukturen, insbesondere die Osteuropa-Konzeption, die Neuordnung des Retailgeschäfts einschließlich der dazugehörenden Service- und Stabsbereiche sowie die Konzentration der Aktivitäten des Konzerns in zwei Portfolios „Retailbanking“ und „Wholesalebanking“, ausführlich erörtert.

Der Aufsichtsrat hat sich auch im vergangenen Geschäftsjahr eingehend mit der Segmentberichterstattung im Konzern befasst. Er ließ sich regelmäßig über die Fragen des Risikocontrollings und der Risikosituation der Bankgesellschaft informieren.

Zur Übernahme spezieller Kontrollaufgaben sowie zur generellen Unterstützung der Arbeit des Aufsichtsratsplenums kamen der aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Arbeitsausschuss und der Kreditausschuss in jeweils fünf Sitzungen zusammen. Der Arbeitsausschuss behandelte Personalangelegenheiten des Vorstands, er bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Aufsichtsrats-

sitzung vor, und er vertiefte strategische Fragen. Die Mitglieder des Kreditausschusses ließen sich entsprechend der Geschäftsordnung die nach den Kompetenzregeln zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen, zum Teil erfolgte die Beschlussfassung im Umlaufverfahren. Im Kreditausschuss wurden insbesondere die Kredit- und Marktrisiken diskutiert sowie die Struktur des Konzernkreditportefolles und das Risikomanagement des Konzerns eingehend beraten.

Sowohl für den bestehenden „Weisungsausschuss“ (Ausschuss gemäß § 11 Abs. 3 des zwischen der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin abgeschlossenen Vertrages über eine Stille Gesellschaft und zur Begründung einer einheitlichen Leitung) als auch für den gesetzlich zu bildenden „Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz 1976“ gab es wie in den Vorjahren im Berichtsjahr keine Veranlassung zusammenzutreten.

Darüber hinaus wurden Einzelfragen von wesentlicher Bedeutung in regelmäßigen Arbeitsgesprächen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert.

Im vierten Quartal legte der Vorstand Vorschläge zur Neustrukturierung der Immobilienaktivitäten des Konzerns und des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) in die IBAG vor. Dem grundsätzlichen Konzept zur Ausgliederung der IBAG stimmte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 1. Dezember 2000 zu, zunächst mit der Absicht, über eine Put and Call Option den Wiedereinstieg der Bankgesellschaft in die IBAG zu ermöglichen. Zwecks Bildung des erforderlichen Gesellschafterkonsortiums im Rahmen eines Private Placements waren namhafte Investmentbanken eingeschaltet worden.

Wesentliche Voraussetzung der unter Arrangierung von J.P. Morgan stehenden Transaktion war, dass der Erwerber der IBG-Gruppe den gesamten Kaufpreis aus eigenen, jedenfalls aber bankfremden Mitteln aufbringen würde. Nach Abschluss des Vertrages Ende Dezember 2000 stellte sich im Laufe der ersten zwei Monate des Jahres 2001 heraus, dass nicht nur die der Transaktion zugrunde gelegten gutachtlichen Werte für die IBG-Gruppe und die bilanziellen Grundlagen der Transaktion in Frage zu stellen waren, sondern dass der Kaufpreis nicht durch Inanspruchnahme der Mittel Dritter zu finanzieren war und dass – und zwar nicht nur vorübergehend – eigene Mittel der Bank hätten in Anspruch genommen werden müssen. Diese veränderten Tatsachen nahm der Aufsichtsrat zum Anlass, die Übertragung der IBG-Gruppe auf die neugegründete Immobilien- und Beteiligungen Aktiengesellschaft (IBAG) zu stoppen. Nachdem der Vorstand auch nach

dem Anhalten der Transaktion eine Lösung mit Eigenkapital Dritter oder eine andere Struktur nicht vorschlagen konnte und damit weder die Bedenken des Aufsichtsrats noch des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen beseitigt und schließlich auch die gewünschten bilanziellen Folgen nicht erreicht werden konnten, wurde die vorgesehene Transaktion rückabgewickelt mit dem Ergebnis, dass die Bankgesellschaft Berlin AG die ehemaligen IBG-Gesellschaften unter dem jetzt gefundenen Dach der IBAG zurück erwarb.

Damit sind alle die Vermögensgegenstände, die Gegenstand der Transaktion waren, wieder in den Konsolidierungskreis der Bankgesellschaft Berlin AG zurückgeholt worden.

Im Zusammenhang mit dieser Transaktion wurde der Rückstellungsaufwand für Risiken im IBG/IBAG-Bereich unter Berücksichtigung einer vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen angeordneten Sonderprüfung nach § 44 KWG von der Geschäftsleitung der IBG erheblich erhöht. Die gesamte Risikovorsorge für zukünftige Risiken aus dem Fondsgeschäft wurde mit 996 Mio. € festgelegt. Für zusätzliche Risiken im IBG/IBAG-Bereich wurden weitere 250 Mio. € zurückgestellt. Auf der Grundlage der nachvollziehbaren Überzeugung des Vorstands und der Bestätigung dieser Auffassung durch den uneingeschränkten Prüfungsvermerk des Prüfers der Bankgesellschaft Berlin AG und Konzernprüfers sowie der Prüfer der Einzelbanken und der IBAG wird diese Risikovorsorge als ausreichend erachtet.

Der Ablauf der IBG/IBAG-Transaktion gab dem Aufsichtsrat Anlass, einen Sonderprüfungsbericht zum Ablauf der Transaktion und zur Prüfung etwaiger zum Schadenersatz verpflichtender Handlungen zu erteilen. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, wird über das Ergebnis der Prüfung gesondert berichtet werden.

Zusätzlich zu der Sonderprüfung bei der IBG/IBAG wegen der Verfolgung etwa bestehender Ansprüche aus der oben beschriebenen Transaktion hat der Aufsichtsrat den Abschlussprüfer der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, die KPMG, beauftragt, in einem Bericht über Fehlhandlungen von Organen und Mitarbeitern der Bank zu informieren, damit etwaige Ersatzansprüche gegen solche Personen weiterverfolgt werden können. Dieser Bericht soll bis Ende des Monats Juli 2001 vorliegen. Desgleichen ist der Vorstand zur laufenden Berichterstattung über seine Revisionserkenntnisse aufgefordert, die sich mit Fehlverhalten im Konzern u. a. bei der Konzeption von Immobilienfonds und der Abgabe von Freistellungserklärungen von persönlich haftenden Gesellschaftern solcher Fonds befassen. Der Aufsichtsrat wird darauf drängen, dass etwaige Schadenersatzansprüche aus solchen Vorgängen verfolgt werden.

Die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, prüfte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2000 sowie den Lagebericht und den Konzernabschluss und versah die Abschlüsse mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorgelegt.

Die Wirtschaftsprüfer haben auch in diesem Jahr sowohl an den Sitzungen des Arbeitsausschusses, in denen die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und in diesen Gremien über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet und Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrats beantwortet. Der Konzernabschluss, der Konzernlagebericht sowie der Bericht des Konzernabschlussprüfers lagen dem Aufsichtsrat zur Prüfung vor.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Anforderungen des KonTraG hinsichtlich der Überwachungspflichten des Aufsichtsrats, aber auch aufgrund der besonderen Situation der Bankgesellschaft Berlin AG nach Vorliegen des Jahresabschlusses 2000 hat der Arbeitsausschuss, wie schon im Vorjahr, darüber hinaus für die Prüfung des Jahresabschlusses der AG und des Konzerns einen fachkundigen externen Bilanz- und Controlling-Fachmann zur Unterstützung hinzugezogen.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses hat der Aufsichtsrat insbesondere geprüft, ob die erheblichen zusätzlichen Rückstellungen bei der Bankgesellschaft Berlin AG, bei der Landesbank Berlin – Girozentrale – und bei der Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG aus den Jahresabschlüssen bzw. den Wirtschaftsprüfungsberichten für das Jahr 1999 erkennbar waren.

Für den Jahresabschluss der Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG haben die Konzernprüfer darauf hingewiesen, dass der Jahresabschluss 1999 und der Prüfungsbericht keinerlei Hinweise auf den jetzt entstehenden Wertberichtigungsbedarf haben erkennen lassen. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin – Girozentrale – im Jahre 1999 sind Beanstandungen hinsichtlich des Risikomanagements und der Kreditabwicklung erhoben worden. Entgegen den Zusicherungen des damaligen Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale – sind diese Beanstandungen aber nicht rechtzeitig beseitigt worden. Die Abschlussprüfer haben darüber hinaus zum Ausdruck gebracht, dass sie aufgrund der veränderten Marktsituation in der Immobilienwirtschaft speziell im Bereich der Bundesländer Berlin und Brandenburg zu gegenüber den Vorjahren abweichenden, schärferen Beurteilungsparametern gelangt sind, die zu einem nicht

unerheblichen Teil maßgeblich sind für die sprunghaft angestiegene Wertberichtigung. Zu den veränderten Prüfungsmaßstäben gehört auch der Umfang der von den Wirtschaftsprüfern angestellten Prüfungen, der etwa bei der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG 80% des gesamten Darlehensbestands erfasste. Darüber hinaus führten die vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen angeordneten Sonderprüfungen nach § 44 KWG zu weiteren Rückstellungen; und zwar neben der bereits erwähnten Sonderprüfung für die IBG auch die entsprechenden Maßnahmen, insbesondere bei der Landesbank Berlin – Girozentrale – und bei der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG.

Die Abschlussprüfer haben die Risikovorsorge in allen drei Konzernbanken sowie in der IBG/IBAG für nunmehr ausreichend erklärt. Das Rechnungswesen wird in allen drei Teilbanken als in ordnungsmäßigem Zustand befindlich beurteilt. Beanstandet wird das Risikomanagement, insbesondere das Risikofrüherkennungssystem im Bereich der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, das als nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechend gewertet worden ist.

Aufsichtsräte und Vorstände der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und der Landesbank Berlin – Girozentrale – befassen sich derzeit mit der Abstellung dieser festgestellten Mängel. Personelle Konsequenzen aus den festgestellten Mängeln sind gezogen worden. Trotz dieser für den Aufsichtsrat überraschenden und nicht erkennbaren Entwicklung und der durch die missglückte IBG/IBAG-Transaktion entstandenen schwer wiegenden Turbulenzen, ergeben sich nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung des Aufsichtsrats keine Einwendungen gegen die Feststellung des Abschlussprüfers in den Prüfungsvermerken für die Bankgesellschaft AG und den Konzern, so dass der Aufsichtsrat dem Prüfungsergebnis zugestimmt hat.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrats vom 16. Juli 2001 gebilligt, der damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2000 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Der Bericht des Abschlussprüfers hierzu enthält folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2000.

Aus dem Lagebericht des Unternehmens sowie aus der allgemeinen Berichterstattung des Unternehmens selbst zuvor ist ersichtlich, dass die Bank zusätzliches Eigenkapital benötigt. Der Senat von Berlin hat gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen verbindlich erklärt, dass neues Kapital in der nach Auffassung des Vorstands und des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen ausreichenden Höhe von 2 Mrd. € zur Verfügung gestellt wird. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat durch Beschluss vom 12. Juli 2001 die parlamentarische Grundlage für die Erfüllung der vom Senat eingegangenen Verpflichtung geschaffen.

Die Kapitalmaßnahmen sollen nach den entsprechenden Beschlüssen der Hauptversammlung vom 29. August 2001 durchgeführt werden. Der Aufsichtsrat hat sich in dieses durch das Jahresergebnis entstandene Problem intensiv eingeschaltet und durch Gespräche mit und aktive Information zwischen der gesetzlichen Aufsichtsbehörde, dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, und dem Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG um Unterstützung des notwendigen Sanierungsprozesses bemüht. Desgleichen wurden mit Rücksicht auf § 36 KWG Personalentscheidungen im Informationsaustausch mit dem Bundesaufsichtsamt behandelt.

Seit dem 17. Februar 2000 gehörte der Senator für Finanzen, Herr Peter Kurth, als weiterer Vertreter des Landes Berlin neben Herrn Branoner anstelle der ehemaligen Senatorin für Finanzen, Frau Dr. Annette Fugmann-Heesing, als vom Land Berlin entsandtes Mitglied gemäß § 8 der Satzung der Bankgesellschaft dem Aufsichtsrat der Bank an. Der Aufsichtsrat dankt Frau Dr. Fugmann-Heesing auch an dieser Stelle noch einmal für ihr besonderes Engagement und ihren wertvollen Rat.

Nach Beendigung seines Amtes als Senator für Finanzen hat Herr Peter Kurth sein Mandat im Aufsichtsrat mit Schreiben vom 16. Juni 2001 mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Herrn Kurth gebührt unser ausdrücklicher Dank für seinen engagierten Einsatz im Interesse der Bank in dieser schwierigen Situation. Als seine Nachfolgerin wurde die neue Senatorin für Finanzen, Frau Christiane Krajewski, vom Land Berlin gemäß § 8 der Satzung der Bankgesellschaft am 19. Juni 2001 in den Aufsichtsrat der Bank entsandt.

Anstelle des ehemaligen Senators für Wirtschaft, Herrn Wolfgang Branoner, der nach der Beendigung seines Amtes zum 20. Juni 2001 aus dem Aufsichtsrat der Bank ausschied, ist Herr Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung, vom Land Berlin entsandt worden. Herr Strieder gehört dem Aufsichtsrat seit dem 22. Juni 2001 an. Auch Herrn Branoner wird für die zweieinhalb Jahre gemeinsame Arbeit im Interesse der Zukunft des Konzerns gedankt.

Zuvor hatte Herr Ernst-Otto Kock sein Mandat als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Bank nach fast siebenjähriger Zugehörigkeit aufgrund der Übernahme einer anderen Aufgabe bereits zum 31. März 2001 niedergelegt. Herrn Kock wird für seine intensive Unterstützung im Aufsichtsrat und sein Engagement für die Belange der Arbeitnehmer des Konzerns gedankt. Seit seiner gerichtlichen Bestellung am 17. April 2001 ist Herr Frank Wolf, der bereits im Mai 1999 zum Ersatzmitglied gewählt worden war, Mitglied des Aufsichtsrats.

In Abstimmung mit dem Großaktionär haben die Herren Dr. Dieter Schadt und Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr ihre Mandate zum 27. Juni 2001 beziehungsweise zum 1. Juli 2001 niedergelegt. Herr Dr. Schadt hatte sein Mandat seit seiner Wahl durch die Hauptversammlung am 26. Mai 1999 inne. Herr Dr.-Ing. E.h. Dürr gehörte dem Aufsichtsrat seit dem 22. Juli 1994 an und war zuvor bereits fast vier Jahre im Aufsichtsrat der Berliner Bank tätig.

Wir danken beiden Herren auch an dieser Stelle für ihre Unterstützung bei schwierigen Entscheidungen und für ihre konstruktive Begleitung der Arbeit des Aufsichtsrats und des Vorstands.

An ihre Stelle sind die Herren Ernst-Otto Sandvoß, ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DGZ Deka-Bank, und Thomas Dobkowitz, Unternehmensberater und Aufsichtsratsvorsitzender der ASDIS-Software AG, mit Beschluss des Amtsgerichts vom 4. Juli 2001 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt worden.

Der Aufsichtsrat hat Herrn Dr. Johannes Evers, der seit dem 1. Februar 1999 stellvertretendes Vorstandsmitglied war, mit Wirkung vom 1. Februar 2000 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Bank bestellt.

Den Mitgliedern des Konzernvorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG spricht der Aufsichtsrat seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit und ihr Engagement in einem für den Konzern besonders schwierigen Geschäftsjahr aus.

Der Aufsichtsrat geht davon aus, dass die angestrebten Sanierungsmaßnahmen der Bank zur Durchführung kommen und damit die Krise der Bankgesellschaft Berlin AG behoben wird.

Berlin, im Juli 2001

Der Aufsichtsrat

Prof. Dr. Dieter Feddersen

Vorsitzender

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Dieter Feddersen Vorsitzender	Rechtsanwalt und Notar White & Case, Feddersen
Helmut Tesch *) Stellv. Vorsitzender	Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –
Dr. h.c. Manfred Bodin	Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Wolfgang Branoner (bis 20.6.2001)	Senator für Wirtschaft und Technologie bis 16.6.2001
Dagmar Brose *)	Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG
Thomas Dobkowitz (ab 4.7.2001)	Unternehmensberater
Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr (bis 1.7.2001)	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dürr AG
Hartmut Friedrich *)	Landesverbandsleiter der DAG Berlin und Brandenburg
Dr. Annette Fugmann-Heesing (bis 17.2.2000)	Mitglied des Abgeordnetenhauses
Carmen Hümpel *)	Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Allgemeine Privatkundenbank AG
Ernst-Otto Kock *) (bis 31.3.2001)	Stellv. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV Berlin
Peter Kurth (ab 17.2.2000) (bis 16.6.2001)	Senator für Finanzen bis 16.6.2001
Christiane Krajewski (ab 19.6.2001)	Senatorin für Finanzen
Dr. Klaus Murmann	Chairman der Sauer-Danfoss Inc.
Dr. Wolfgang Peiner	Vorsitzender der Vorstände Parion OHG und Parion Finanzholding AG
Bernd Reinhard *)	Betriebsratsvorsitzender der Berliner Bank Niederlassung der Bankgesellschaft Berlin AG
Andreas Rohde *)	Haushandwerker bei der Bankgesellschaft Berlin AG

Dr. Dieter Schadt
(bis 27. 6. 2001)

Vorsitzender des Vorstands der
Franz Haniel & Cie. GmbH
bis 31. 5. 2001

Ernst-Otto Sandvoß
(ab 4. 7. 2001)

Vorsitzender des Vorstands der
DGZ Deka-Bank i. R.

Hans Christian Seidel *)

Direktor der
Landesbank Berlin – Girozentrale –
Filialdirektion 1

Erwin Staudt

Vorsitzender der Geschäftsführung der
IBM Deutschland GmbH

Dr. Heinz-Gerd Stein

Mitglied des Vorstands der
ThyssenKrupp AG

Peter Strieder
(ab 22. 6. 2001)

Senator für Stadtentwicklung

Joachim Tonndorf *)

Abteilungsleiter Banken,
Sparkassen und Versicherungen der
DAG Berlin und Brandenburg

Frank Wolf *)
(ab 17. 4. 2001)

Gewerkschaftssekretär bei der
Gewerkschaft HBV

Bärbel Wulff *)

Stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats
und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –

*) Arbeitnehmersvertreter

Vorstand

Dr. Wolfgang Rupf
Vorsitzender

Konzernentwicklung und Zentralsekretariat
Unternehmenskommunikation
Konzernrevision
Konzern Personal (oberer Führungskreis)
Konzern Recht
Immobilien-Dienstleistungen (IBAG)
Sonstige Beteiligungen (u. a. IBG)
Immobilien-Finanzierungen einschl. Workout
und LPFV (kommissarisch)

Dr. Johannes Evers *)

Privatkunden

Dr. Thomas Kurze

Private Vermögensanlagen
Firmenkunden (kommissarisch)

Hans Leukers

Kapitalmarktgeschäft

Norbert Pawlowski

Controlling
Risk and Performance für das
Kapitalmarktgeschäft
Aktiv-/Passiv-Management
Kreditrisiko- und Portfoliosteuerung
Compliance
Finanzen

Hubert Piel

Organisation Informationstechnologie
Operations
Konzern Personal
(außer oberer Führungskreis)

Dr. Lothar Wackerbeck

Großkunden/Ausland

*) bis 31. Januar 2000 stellv. Mitglied

Konzernbanken und wichtige Beteiligungen des Konzerns

Banken

Allgemeine Privatkundenbank

Aktiengesellschaft

Buchholzer Straße 98

30655 Hannover

Tel.: (05 11) 646 50

Fax: (05 11) 646 52 33

Internet: www.allbank.de

Vorstand:

Jens-Peter Knoblauch

(Sprecher)

Emanuel H. Brinkhaus

Bankgesellschaft Berlin

International S.A.

30, Boulevard Royal

L-2449 Luxemburg

Luxemburg

Tel.: (+352) 477 81

Fax: (+352) 477 829 99

Internet: www.bankgesellschaft.lu

Geschäftsführung:

Horst-Dieter Hochstetter

(Sprecher und Administrateur-Délégué)

Klaus A. Heiliger

(Administrateur-Délégué) (bis 31.12.00)

Uwe Jungerwirth

(seit 1.4.01)

BANKGESELLSCHAFT BERLIN

INVESTMENT GmbH

Kurfürstendamm 201

10719 Berlin

Tel.: (030) 245 645 00

Fax: (030) 245 646 00

Internet: www.bb-invest.de

Geschäftsführung:

Günter Wolfgang Laubner

Hans-Werner Wilms

Bankgesellschaft Berlin

(Ireland) plc

No. 5 George's Dock

I.F.S.C. Dublin 1

Irland

Tel.: (+353 1) 819 44 00

Fax: (+353 1) 819 44 99

Board of Directors:

David Allen

Heinz Dieter Gottschalk

(seit 2.7.01)

Klaus-Rüdiger Landowsky

(bis 25.4.01)

Hans Leukers

Norbert Pawlowski

Gerald Scanlan

Dr. Noel Whelan

Bankgesellschaft Berlin (UK) plc

1 Crown Court, Cheapside
GB-London EC2V 6LR
Großbritannien
Tel.: (+44 171) 572 62 00
Fax: (+44 171) 572 62 99

Board of Directors:

Hans Leukers
(Chairman)
Frank-Michael Boenke
(Joint Managing Director)
Lord Ralph Dahrendorf
Thomas Gaffney
(bis 26.3.01)
Norbert Pawlowski
Brian Quinn
(bis 22.6.01)
Gerhard Richter
(Joint Managing Director)
Dr. Lothar Wackerbeck
Malcolm Winston

**Bankgesellschaft Berlin
(Polska) S.A.**

Al. Jana Pawla II Nr. 15
PL- 00-828 Warschau
Polen
Tel.: (+48 22) 697 72 00
Fax: (+48 22) 697 72 05

Vorstand:

Tomasz Taraba
(Vorsitzender)
Michał Jonczyński
Andrzej Klesyk
Jarosław Konieczka

**Berlin-Hannoversche
Hypothekenbank AG
– Berlin Hyp –**

Budapester Straße 1
10787 Berlin
Tel.: (0 30) 259 990
Fax: (0 30) 259 991 31

Vorstand:

Klaus-Rüdiger Landowsky
(Vorsitzender) (bis 7.3.01)
Jürgen Noack
(Stellv. Vorsitzender) (bis 8.3.01)
Gerd-Ulrich Blümel
(bis 8.3.01)
Heinz Dieter Gottschalk
Dr. Dirk Hoffmann

Landschaftstraße 8
30159 Hannover
Tel.: (05 11) 301 10
Fax: (05 11) 301 13 84
Internet: www.BerlinHyp.de

Landesbank Berlin – Girozentrale –

Bundesallee 171
10715 Berlin
Tel.: (030) 869 801
Fax: (030) 869 830 74
Internet: www.berliner-sparkasse.de

Vorstand:

Ulf-Wilhelm Decken
(Vorsitzender) (bis 8.3.01)
Norbert Pawlowski
(Vorsitzender) (seit 28.3.01)
Friedhelm Schaperjahn
(Stellv. Vorsitzender) (bis 31.12.00)
Dr. Johannes Evers
Hans Jürgen Kulartz
Hans Leukers
Bernd-Peter Morgenroth
Hubert Piel
(seit 1.6.01)
Jochem Zeelen
(bis 8.3.01)

Weberbank Berliner

Industriebank KGaA
Hohenzollerndamm 134
14199 Berlin
Tel.: (030) 897 980
Fax: (030) 897 989 00
Internet: www.weberbank.de

Persönlich haftende Gesellschafter:

Dr. Christian Grün
(Sprecher)
Dr. Andreas Bödecker
Cornelius Koch
Michael Graf Strasoldo

Generalbevollmächtigter:

Robert Graf

Zivnostenska banka a.s.

Na Prikope 20
11580 Prag 1
Tschechische Republik
Tel.: (+42 224) 121 111
Fax: (+42 224) 125 555
Internet: www.ziba.cz

Vorstand:

Jiri Kunert
(Chairman)
Josef Pitra
(Vice-Chairman)
Ales Barabas
Thomas Bürkle
Tomas Zraly

Finanz-
dienstleistungs-
institute

BB-ASSET MANAGEMENT

Vermögensverwaltung GmbH
Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: (030) 245 645 00
Fax: (030) 245 645 88

Geschäftsführung:

Hans-Werner Wilms

Berlin Capital Fund GmbH

(vormals:
LBB Beteiligungsgesellschaft mbH)
Hauptstraße 65
12159 Berlin
Tel.: (030) 859 54 30
Fax: (030) 859 543 20
Internet: www.berlin-capitalfund.de

Geschäftsführung:

Markus Müller von Blumencron
Wolfgang Radszuweit

BGB Finance (Ireland) plc

No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: (+353 1) 819 44 00
Fax: (+353 1) 819 44 99

Board of Directors:

David Allen
Hans Leukers
Martin Müller
Hadi Saidi
Carlos Santistevan

DirektBankService GmbH

**Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin**
(vormals:
BCS BankCard Service GmbH)
Gustav-Meyer-Allee 1
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 562 02
Fax: (030) 245 512 03

Geschäftsführung:

Hans-Jürgen Torkler

LfA Leasing für Automobile GmbH

Buchholzer Straße 98
30566 Hannover
Tel.: (05 11) 646 55 25
Fax: (05 11) 646 54 97

Geschäftsführung:

Wolfgang Luda
Jan Welsch

LHI Leasing GmbH

Bahnhofplatz 1
80355 München
Tel.: (089) 512 00
Fax: (089) 512 020 00
Internet: www.LHI.de

Geschäftsführung:

Ralf Kirberg
Helmut Philipp
Oliver Porr
(seit 1. 1.01)

BANKENSERVICE GmbH
Ein Unternehmen der
Bankgesellschaft Berlin
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 538 82
Fax: (030) 245 546 70

Geschäftsführung:
Joachim Antezack
(bis 15.5.01)
Stefan Haemmerling

Bauprojekt- und Facility-
management GmbH der
Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin
Maxstraße 2-4
13347 Berlin
Tel.: (030) 245 514 00
Fax: (030) 245 514 02

Geschäftsführung:
Dr. Heinz Neubauer

BB-DATA Gesellschaft für
Informations- und
Kommunikationssysteme GmbH
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 544 33
Fax: (030) 245 544 82

Geschäftsführung:
Joachim Antezack
(seit 15.5.01)
Helmut von Groß
(bis 18.5.01)

BG-SYS Bankgesellschaft Berlin
AG & Co. Systementwicklungsge-
sellschaft beschränkt haftende oHG
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: (030) 245 569 05
Fax: (030) 245 566 11

Generalbevollmächtigte:
Stefan Trägler
Dr. Peter-Michael Weber

BILDUNGS-AKADEMIE DER
BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Wilmsdorfer Straße 138-140
10585 Berlin
Tel.: (030) 245 584 00
Fax: (030) 245 584 09
Internet: www.bildungsakademie.de

Geschäftsführung:
Dr. Volker Hasewinkel

**Immobilien- und Baumanagement
der Bankgesellschaft Berlin GmbH**

Berliner Straße 44
10715 Berlin
Tel.: (030) 864 72 00
Fax: (030) 864 72 02
Internet: www.ibg-berlin.de

Geschäftsführung:

Friedhelm Schaperjahn
(Sprecher) (bis 31.12.00)
Hans Görler
(bis 2.4.01)
Wilhelm Schmalfuß
Dr. Manfred Schoeps
(bis 31.3.01)
Bernhard Stöckigt
(ab 7.3.01)

**Versicherungsservice GmbH
Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin**

Wexstraße 1
10825 Berlin
Tel.: (030) 310 932 75
Fax: (030) 310 933 88

Geschäftsführung:

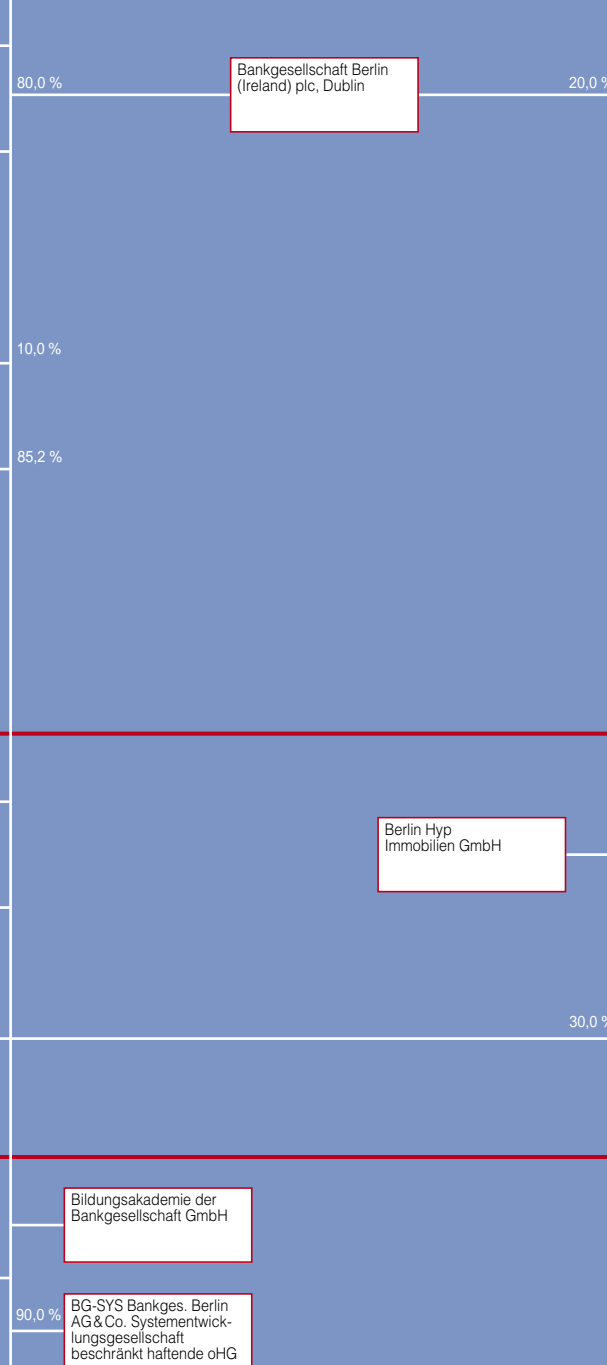
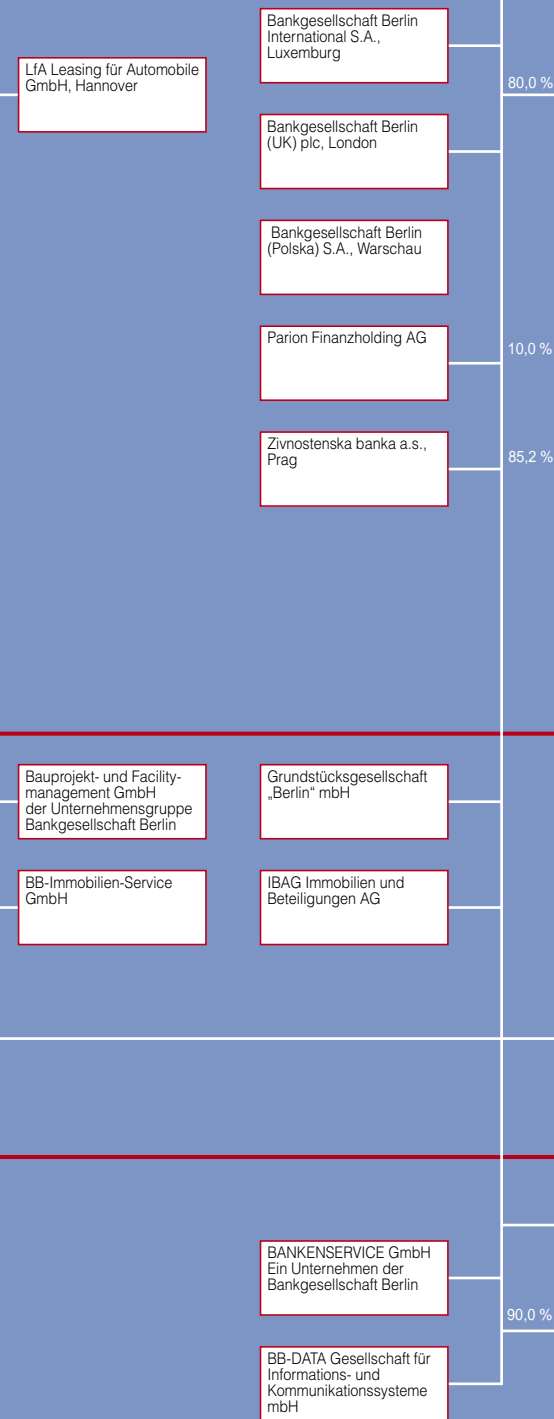
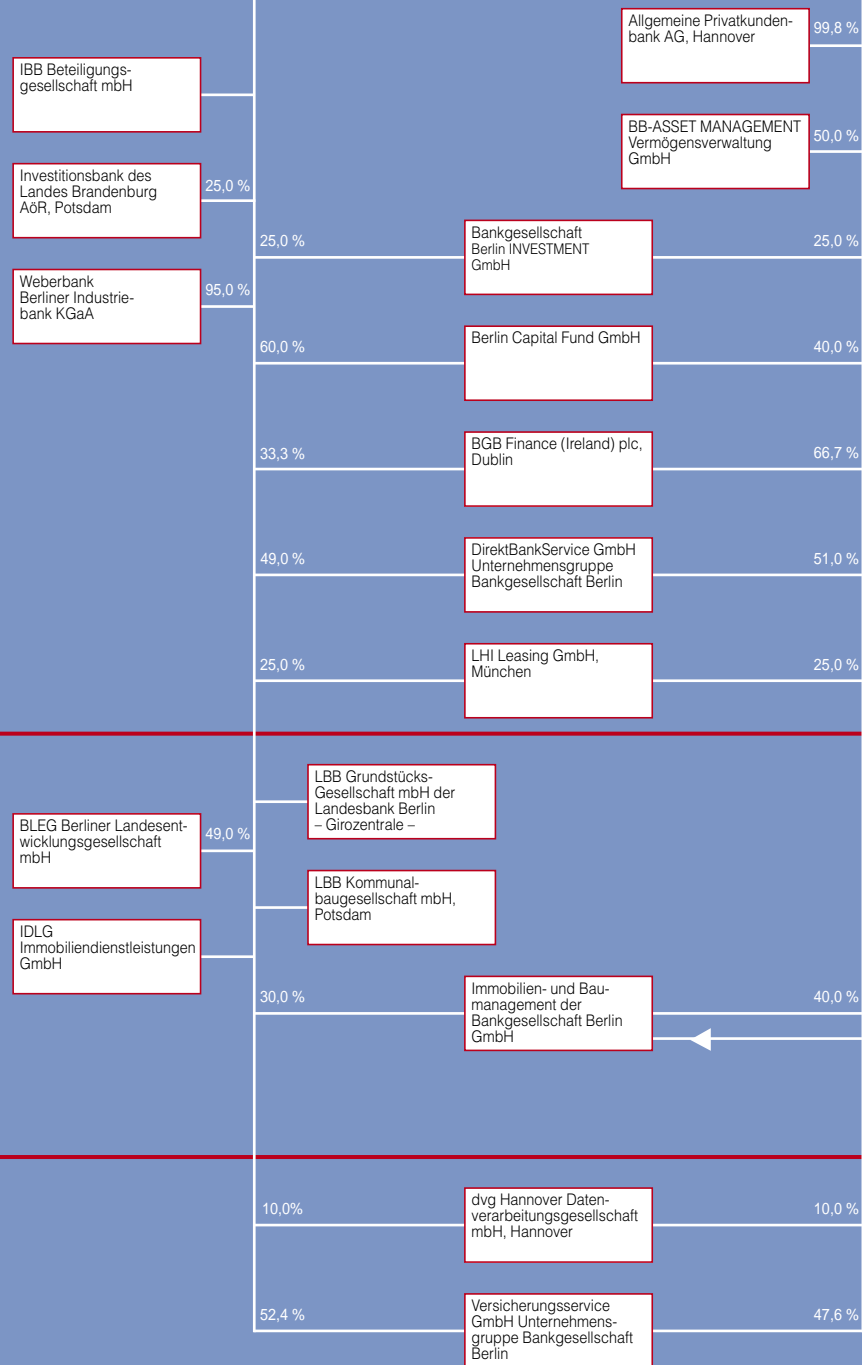
Dirk Bachnick
Detlef Bienkowski



BANK GESELLSCHAFT BERLIN

LBB **LandesBank Berlin**
Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin

Berlin Hyp
Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin



Kreditinstitute und Finanzunternehmen

Immobilien

Sonstige Dienstleistungen

Abgebildet sind die wesentlichen Beteiligungen im Konzern Bankgesellschaft Berlin. Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100 %. Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

Impressum

Herausgeber

Bankgesellschaft Berlin AG

Investor Relations

Alexanderplatz 2

10178 Berlin

Gestaltung und Produktion

Charles Barker GmbH,

Frankfurt am Main

Fotografie

Sabine Wenzel, Berlin

Fotodesign

Adjouri, Berlin

Druck

Druckerei Hachenburg GmbH, Hachenburg

Bankgesellschaft Berlin AG

Alexanderplatz 2

D-10178 Berlin

Postfach 110801

D-10838 Berlin

Telefon: (030) 245 500

Telefax: (030) 245 509

Für Anfragen stehen wir unseren

Aktionären gerne zur Verfügung:

Investor Relations

Tel: (030) 245 663 87/89

Fax: (030) 245 663 93

Internet:

www.bankgesellschaft.de

E-Mail: IR@bankgesellschaft.de



**BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN**